DOKUMENTATION ZUR KIEZ-DEMO REICHENBERGER 63A-BESETZUNG

Inhalt:

Teil 1: Kiez-Demo am 14. November

Vorwort S.2
Aufrufe zur Kiez-Demo am 14.11. . . . . .S.4
Redebeitrag von Frauen und Lesben S.8
Kinderbauernhof Mauerplatz S.11
Backsteinfabrik Waldemarstrasse S.12
Allgemeine Ortskrankenkasse S.14
Sozialamt Mariannenplatz S.15
Sozialer Wohnungsbau S.17
Beitrag der Mietboykottgruppe S.19
Görlitzer Park und Kinderbauernhof S.22
Beitrag zur Wrangelstr. 90 . . . . . S.24
Abschlußkundgebung vor "BOLLE" S.28
Zum Kiezpalaver S.31
Umstrukturierung in der Eisenbahnstr. S.33
Stellungnahmen zur Kiez-Demo S.34
Nachbetrachtung S.36

Teil 2: Reichenberger-Aktion am 14.11.
Besetzung der Reichenberger 63A am 24.12.

Reichenberger 63A besetzt S.38
Selbstkritisches zur Reiche-Besetzung S.39
Auf ein neues - und diesmal besser:
Die Reichenberger 63A ist besetzt! S.41
BesetzerInnen gesucht!
Presseerklärung zum 24.12. . . . . S.43
Zur Reiche-Besetzung und zu den Festnahmen
Flugblatt der "Weihnachts"-BesetzerInnen . . S.44

Teil 3: Anhang

Häuserkampfbeitrag aus der "Wildcat" S.48
Pressespiegel S.52

VORWORT

Kahlschlagsanierung, Rausmodernisierung, profitables Spekulantengeschäft, Umstrukturierung, soziale Gesundung des Stadtteils, soziale Kontrolle, drastische Mieterhöhungen, Zwangsräumungen, Obdachlosigkeit, ... - das sind alles Schlagworte, die wir seit Jahren kennen, gegen die wir uns mehr oder weniger zur Wehr setzen. Durch die Einführung des "Weißen Kreises" wird auf das "i" lediglich das Pünktchen gesetzt.

Wir wollten am 14.11.87 mit der Kiez-Demo und der Besetzung der Reichenberger 63A uns, wie auch denen, die mit dem Grundbedürfnis "wohnen" Geschäfte und unterdrückerische Politik betreiben, zeigen: worin zwischen diesen Schlagworten Zusammenhänge bestehen, und daß es nicht wenige sind, die sich gegen diese Inhalte wehren.

Allerdings versäumten wir, diese Demo breiter bekannt zu machen. Darin unterstützen uns - natürlich ungewollt - die Mieterläden Dresdner- und Manteufellstraße, sowie der Verein SO 36 mit ihrer Distanzierung von der Kiez-Demo. Auch der Konflikt um die Hafenstraße in Hamburg mobilisierte, da diese Demo ja auch ein Ausdruck von Solidarität war.

Wir (das sind Leute, die sich als Gruppe aus dem Kiezpalaver zusammengefunden haben) wollten von Anfang an eine Kiez-Demo machen, die nicht mit abgehobenen Institutionen wie dem Verein SO 36 in einem Bündnis zur Demo aufrufen, sondern mit Initiativen von unten und den Kiez-BewohnerInnen, die sich wehren wollen. Wir wollen keine Bündnisse mit abgetakelten Institutionen, die von ihrer Funktion her auf Seite des Senats stehen und sozial integrativ sind - von einigen MitarbeiterInnen mal abgesehen, die vielleicht anders wollen, sich aber objektiv in den vorgeschriebenen Bahnen verhalten müssen, wollen sie da weiter arbeiten.

Wir freuten uns auch darüber, daß trotz oder gerade wegen der Distanzierung so viele an der Demo teilnahmen. Da der Schwerpunkt der Demo die Darstellung der inhaltlichen Zusammenhänge war und nicht jede/r alle Beiträge hören konnte, haben wir alle (außer dem über den Spekulanten Pohly, der is leider verschütt gegangen) in einer kleinen Doku zusammengefasst.

Die nächsten Schritte müssen zu einer Art Gegenmacht führen. Wenn wir die Schlagwörter als Inhalte nehmen, brauchen wir nur noch die Hülsen wegzupusten!

Die Aktualität hat uns überrascht! Die Kiez-Demo ist mittlerweile über anderthalb Monate her und am 24.12. wurde die Reichenbergerstr. 63A erneut besetzt, mit dem Unterschied, daß es diesmal Festnahmen gab: Sieben BesetzerInnen wurden aus dem Haus festgenommen, 19 davor, einer sitzt noch in U-Haft. Die Auseinandersetzung um die Reiche hat damit ein Ausmaß angenommen, das bei der Kiez-Demo noch nicht abzusehen war. Das Haus ist jedenfalls mehr denn je in der öffentlichen Diskussion, der Kampf darum hat jetzt erst angefangen! Mehr darüber im Teil 2 der Doku ...

AUFRUF ZUR KIEZ-DEMO

AM 14. NOVEMBER UM 14 UHR HEINRICHPLATZ

Viele von euch können das Wort Weißer Kreis nicht mehr hören. Wie die Aufhebung der Mietpreisbindung zustande kam, war ja auch grotesk genug. Die SPD, die sich ganz an die Spitze der Unterschriftenkampagne gesetzt hat, stimmte dem Gesetz letzlich zu, aus Loyalität zum Bund.

Aber vielleicht hat das ganze Theater um den Weißen Kreis von vielem abgelenkt, was ebenfalls unter den Begriff UMSTRUKTURIERUNG fällt (Umstrukturierung im Kiez meint die bewußt gesteuerte Veränderung der Sozialstruktur). Mieterhöhungen sind ja nicht erst jetzt was neues. Und wer zur Zeit eine Wohnung sucht, merkt, wieviele Vermieter über Modernisierung ihre Kohle machen. Mietpreisbindung hin oder her, auch bisher konnten bereits 11% der Modernisierungskosten pro Jahr auf die Miete abgewälzt werden. Die Gewerbemieten im Kiez sind jetzt schon in schwindelnde Höhen gestiegen. 2o DM pro Quadratmeter sind nur noch von Sex-Shops, Schickis und Speilhallen aufzubringen. Und auch schon vor dem Weißen Kreis konnten viele ihre Miete nicht mehr bezahlen. 120 Zwangsräumungen monatlich allein in Schöneberg, 50 in Kreuzberg (hier zahlt das Sozialamt meist noch ne Weile), sprechen eine deutliche Sprache.

Im Juli dieses Jahres wurde auf einer "Bürgerversammlung" der Kreuzberger CDU im Neuen Kreuzberger Zentrum (NKZ), unterstützt von Innensenator Kewenig und Polizeipräsident Schertz, ein Rezept für die Sanierung Kreuzbergs präsentiert, das RAUSMODERNISIERUNG heißt. Die CDU will die Mieten durch "großzügige" Modernisierungen so hoch treiben, daß die "sozial Kranken" zum Auszug gezwungen sind und stattdessen "sozial Gesunde" einziehen können. Denn, so der Abgeordnete Kliem: "Die schlechte Bausubstanz zieht die Chaoten an" und Bürgermeister Krüger: "Mit dem Zugeständnis einer Minimalmodernisierung, die die Mieten bezahlbar erhalten sollte, hat man teilweise schwere Fehler gemacht...". Die Herren, die solche Pläne schmieden, wollen kein Kreuzberg, in dem es sich lohnt zu leben, sondern ein Kreuzberg, in dem es sich wieder so richtig lohnt Geschäfte zu machen. Dahinter steckt nicht zuletzt das Kalkül durch die damit verbundene Zerstörung der Widerstandskultur langfristig einen zweiten "1.Mai" zu verhindern.

Die Bonzen sind fett und arrogant wie eh und je. Und es sind nicht nur die Makler, die sich bei Besichtigungen wie die letzten Tyrannen aufführen (was mensch sich natürlich nicht gefallen lassen muß, oder?). Es sind immer mehr, die das ausnützen, womit ihnen der Senat den Weg ebnet. So steht z.B. zur Zeit ein Prozeß kurz vor dem Abschluß, in dem ein Hausbesitzer eine Abrißgenehmigung allein auf wirtschaftlicher Grundlage erklagen will. Aber das ist nur die sogenannte spitze eines Eisberges. Schon heute stehen viele Wohnungen leer, weil

für die Besitzer die Neuvermietung nach dem 1. Januar 1988 mehr Miete bringt.

Es ist schon zum Kotzen, wenn mensch sich überlegt, mit was die ihre Kohle machen. Was für uns eine Selbstverständlichkeit sein sollte, ein Dach überm Kopf zu haben, eine Dusche, Doppelfenster und so weiter, ist für die die Grundlage ihrer Profite. Nirgendwo ist diese Entwicklung, zu der zusätzlich die Aufhebung der Sanierungsprogramme gehört (modernisierungsbedingte Mieterhöhungen sind nicht mehr an staatliche Subventionen gebunden) so deutlich wie in Kreuzberg (aber auch in Teilen von Neukölln und wedding). Nirgendwo wird dem aber auch so viel und kontinuierlich Widerstand entgegengebracht. Ohne eben diesen Widerstand sähe heute ganz 36 "kotti-like" aus, inclusive Autobahnanschluß. Zwar ist der Widerstand nicht immer erfolgreich, Beispiel Kindernbauernhof, aber das ist kein Grund zum Jammern, im Gegenteil: WENN WIR NICHT JETZT IHRE UMSTRUKTURIERUNG ZUM THEMA MACHEN UND GEMEINSAM BLOCKIEREN, DANN WACHEN WIR EINES TAGES AUF UND GLAUBEN IM FALSCHEN FILM ZU SEIN. Winterfeldplatz, Chamissoplatz und große Teile von 61 geben da einen Vorgeschmack.

Ein Patentrezept für unseren Widerstand gibt es natürlich nicht. Eine Grundlage, die uns aber nach all den fruchtlosen Apellen an Senat und Abgeordnetenhaus deutlich geworden sein sollte, ist die, unsere Sachen selbst in die Hand zu hemen, jede und jeder da, wo es sie oder ihn trifft. Sei es gemeinsam gegen Makler vorzugehen, sei es das Thema Zwangsräumungen endlich seinem peinlichen Beigeschmack zu entziehen oder sei es sich das zu nehmen, was uns ohnehin zusteht: Wohnungen und Häuser! Nicht die Aktion des "Kübels" ist es, die unsere Kiezstrukturen, unsere in Reiseführern gepriesene "Vielfalt" zerstört, sondern das Umstrukturierungsprojekt von Grundbesitzern und Senat, unterstützt, ob freiwilig oder nicht, von den Medien, die diesem Prozeß ignorant entgegenstehen und sich lieber auf "attraktivere", weil auflagensteigernde Themen stürzen.

Wenn wir am 14.11. gemeinsam eine Kiezdemo machen, dann nicht nur, um dem Senat und anderen zu zeigen, daß sie ihre Rechnung ohne uns gemacht haben, sondern vor allem auch, um unseren Widerstand praktisch zum Ausdruck zu bringen. Unsere Perspektive liegt in unserem Ziel, im Kiez so leben zu können, wie WIR es wollen. Das kann nur klappen, wenn wir aus unseren verschiedenen Szenen ausbrechen und zum gemeinsamen Widerstand zusammenkommen. Ihr Interesse ist es uns in Autonome und BürgerInnen, Deutsche und AusländerInnen zu spalten. Das wird an unseren gemeinsamen Bedürfnissen, Zielen und Kämpfen zerbrechen. Zeigen wir es ihnen!

Es wird sicher keine langweilige Demo, allein schon wegen der Objekte, an denen wir vorbeikommen, und zu denen wir einige Kurzbeiträge vorbereitet haben: Oranienstraße 192, "SO 36", Kinderbauernhof, Backsteinfabrik, NKZ, Moritzplatz, Block 104, Bolle und und und ...

ES IST NIE ZU SPÄT UND ERST RECHT NICHT ZU KALT UM AUF DIE STRASSE ZU GEHEN !!!

KIEZ-DEMO SAMSTAG, 14.NOVEMBER
14 UHR HEINRICHPLATZ

Veranstalter: Kreuzberger Kiezinitiativen

KIEZ - DEMONSTRATION

Alle wollen Kreuzberg sanieren

- was wollen wir ?

Seit dem ersten Mai rauchen die Köpfe in allen Parteien. Ein Konzept jagt das andere. Die CDU will die " Sozial Kranken " durch den Weißen Kreis verdrängen und den " Deutsch Gesunden" Anteil stärken. Die SPD betont die Freuden der Arbeiter.In AL nahen Kreisen wird eine Fürsorgestiftung für uns diskutiert, die eine " soziale Sanierung " durchsetzen will.

In den Augen der Parteien ist ganz SO 36 offensichtlich ein Schandfleck, den es umzustrukturieren gilt. Warum leben eigentlich so viele Leute dann noch gerne hier ?

Sicherlich auch, weil eine langjährige Kultur des Widerstandes vielfältigen und unterschiedlichen Lebensperspektiven den Raum zur Gestaltung eröffnete, auch wenn das gelegentlich Dissonanzen mit sich bringt.

Unsere Probleme liegen in der Bedrohung dieser Lebenszusammenhänge durch Mieterhöhungen, Zwangsräumungen, Vertreibung der Kleingewerbe und Alternativprojekte, Modernisierungen, die die Häuser zwar bewohnbar, aber nicht bezahlbarer machen, Aushöhlung der Bewohnerbeteiligung und Kriminalisierung des Widerstandes.

Die Kiezdemo wird uns zu solchen Schandflecken führen, die jeweils von den Betroffenen kurz dargestellt werden.

Jeder soll sehen was Umstrukturierung heißt !

Die Karten für Kreuzberg werden neu gemischt, mischen wir mit !!!

Die Anwohner der Route werden dazu aufgerufen, akute Mißstände, erlebte Schweinereien, oder einen bereits jetzt überteuerten " Mietpreisspiegel " mit Transparenten an den Häusern kundzutun.

Route : Heinrichplatz, Kotti, Moritzplatz, Waldemarstr.,Mariannenplatz, Muskauer Str., Eisenbahnstr., Wrangelstr., Oppelner Str., Görlitzer Str., Abschlußkundgebung bei BOLLE.

SAMSTAG 14. NOV. 14°° UHR

HEINRICHPLATZ

Es rufen auf :

Mieterrat Walde eV, Kinderbauern eV, Kosmos eV, Heilehaus eV, Bauchladen eV, Kinderbauernhof Görlitzer Bahnhof eV, Blockrat 89, Asta TU, Blockrat Walde, Mietergruppe Mariannenplatz Nord eV, VoBo-Initiative 61, Bewohner Block 104, Bürgerinitiative SO 36, Kerngehäuse Cuvrystr. eV, Bezirksgruppe Kreuzberg der Berliner Mietergemeinschaft eV und andere.

Herkes Kreuzbergi bir Hastaliktan kurtarmak istiyor
-Biz ne istiyoruz ?

Bir mayistan itibaren bütün Partilerde her kafadan bir ses çikiyor.
Bir Taslak diğerini takip ediyor. CDU, " Sosyal Hastalari " Weißen Kreis iç inden defetmek istiyor. Ve " Saglikli Alman kesimi " güçlendirmek istiyor. SPD İşçilerin sevincini vurguluyor. AL içerisinde belli bir sahada bizin için bir yardim Vakfi tartişiliyor ki, bu da " Sosyal Hastaliktan kurtarmar " fikrini geçirmek istiyor.

Bütün Partilerin gözlerinde SO 36 açik olarak bir Namus Lekesi dir. Öyleyse neden halâ birçok Insan burada severek kaliyor ?

Şüpkesiz ki, belirli anlaşmazliklari beraberinde getirmiş olsa bile, direnmenin ötedem beri aliş ilagelmiş Kültürünün çeşitli ve değisken yaşam tarzlarin bu yönde yeni yollar ve imkanlar açmiştir.

Bizim Probleminiz şu hayat kosullarinin tehdidi altinda bulunmaktadir: Kira yükselmesi, mecburi boşaltma, Altarnativ Projelerin atilmasi, oturulabilir olan Evlerin yenileştirilmesi ve bununla birlikte Kiralarin ödenemeyecek derecede yükseltilmesi ve karşi koymanin Krimine edilmesi.

Bu direnis bizleri, bunlardan etkilenenlerin zahmetleyeceği namus lekelerine sevkedecektir.

Herkesin, yeniden düzenlemenin ne demek olduğunu bilmesi gerekir.

Kreuzbergin Kartlari yeniden karilacak, bizler de katkida bulunacağiz.

Duraklar : Heinrichplatz, Kotti, Moritzplatz, Waldemarstr., Mariannenplatz, Muskauerstr., Eisenbahnstr., Wrangelstr., Oppelnerstr., Görlitzerstr., BOLLE.

CURMARTESI, 14. KASIM 87,

SAAT: 14°° HEINRICHPLATZ 'da.

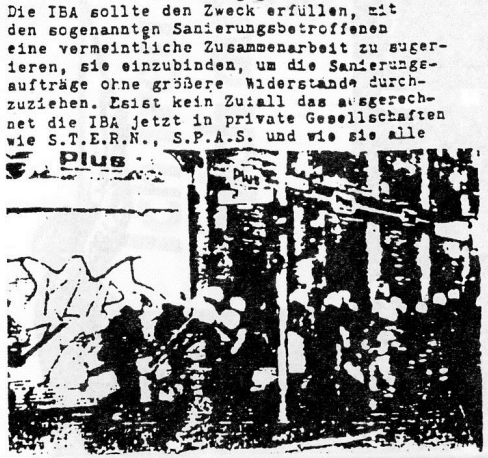
Mieterrat Walde eV, Kinderbauern eV, Kosmos eV, Heilehaus eV, Bauchladen eV, Kinderbauernhof Görlitzer Bahnhof eV, Blockrat 89, Asta TU, Blockrat Walde, Mietergruppe Mariannenplatz Nord eV, VoBo-Initiative 61, Bewohner Block 104, Bürgerinitiative SO 36, Kerngehäuse Cuvrystr. eV, Bezirksgruppe Kreuzberg der Berliner Mietergemeinschaft eV

Aufruf zur Demo in K 36/61

Im 1.1.88 wird nun auch in Westberlin der weiße Kreis offiziell eingeführt. Das heißt Mieterhöhungen bis zu 200%, besonders hier in Kreuzberg, wo es noch einen hohen Altbaubestand gibt. Da die Senatsschergen große Unruhe in der Bevölkerung befürchten wenn sie die - von der Baumafia geforderten Horrormieten auf einmal verlangen, haben sie das Wort von der sogenannten Mietenstaffelung in den Medien lanciert. Also die Horrormieten sollen sozusagen "demokratisch gestaffelt", von Jahr zu Jahr, innerhalb von 4 Jahren, durchgesetzt werden. Schon seit einigen Monaten vermieten einige Spekulanten und Hausbesitzer frei werdende Wohnungen nicht mehr. Sie warten auf die Aufhebung der Mietpreisbindung, um sofort ab 1.1.88, möglichst viel in unseren Häusern abzukassieren. Im Rahmen der 750-Jahr-Feier wurden auch hier viele Häuserfassaden angestrichen. In den Häusern hat sich allerdings wenig verändert: Nicht mal Rohr- u. Wasserleitungen wurden ausgetauscht, sodaß vorherzusehen ist, daß auch diesen Winter bei -10°C wieder Zehntausende von MieterInnen wochenlang Ohne Wasser- u. Klospülung aushalten müssen. Diese Verbrechen und Gewalt an Menschen bleiben ungestraft. Die Hausbesitzer lassen die Häuser verrotten, um dann später durch Modernisierung Abriss,- Neubeuten die doppelte und dreifache Miete und die ihnen in Aussicht gestellten Subventionen der WBK abzukassieren.

Nachdem die zahlreichen Angriffe während der HausbesetzerInnenzeit die Bau-u. Spekulantenmafia vorübergehend eingeschüchtert und verunsichert hat, wodurch viele Abrisse verhindert wurden, glaubt das Pack jetzt ihre Profitinterressen noch unverschämter gegen uns durchsetzen zu können. Auf der **DEMO (auf der ihr hoffentlich zahlreich mitlaufen werdet !!!)** wollen wir an einigen „Objekten" haltmachen, um dazu nochmal genauer was zu sagen.

Da die großangelegte Flächen-u. Kahlschlagsanierung in den 70ern hier in kreuzberg nicht mehr durchsetzbar war, wurde von Senats-u. Planungsstrategen das Konzept von der sogenannten "behutsamen Stadterneuerung" entwickelt, draufhin dann die IBA gegründet wurde. Die IBA sollte den Zweck erfüllen, mit den sogenanntgn Sanierungsbetroffenen eine vermeintliche Zusammenarbeit zu sugerieren, sie einzubinden, um die Sanierungsaufträge ohne größere Widerstände durchzuziehen. Exist kein Zufall das ausgerechnet die IBA jetzt in private Gesellschaften wie S.T.E.R.N., S.P.A.S. und wie sie alle heißen übergegangen ist. Sie verteilen Aufträge an alternative Unternehmen, die sich als stabilisierenden Faktor hier ausgewiesen haben. Auch Stadtbau wurde mit starker Unterstützung der IbA konzipiert; damals um Teile der BesetzerInnenbewegung zu integrieren. Heute haben sie vorwiegend die Aufgabe, die BewohnerInnen zu weit untertariflich bezahlte Arbeit zu disziplinieren und ruhigzuhalten.



30 Zwangsräumungen in Kreuzberg pro Woche jetzt schon - verhindern wir sie

Und weil wir uns nicht nur wehren, sondern uns gegen dieses Ausbeuter- und Unterdrückersystem kollektiv organisieren und es bekämpfen wollen, nutzen wir auch jede spontane Möglichkeit, proletarische Aktionen durchzuführen. (Supermärkte plündern, Bullis angreifen, Banken plattmachen)

Durch ständig steigende Gewerbemieten werden alteingesessene Gewerbetreibende vertrieben z.b. wie jetzt in der eisenbahnstraße. Die soziale Struktur, also Dienstleistungsbetriebe wie Schuhmacher, Bäckereien, Gemüseläden usw., wird kaputtgemacht, an ihrer Stelle machen sich Spielhallen, Puffs, Sexshops, Supermärkte, teure Restaurants usw. breit. Diese Resultate der Umstrukturierung sind ein Angriff auf alle Frauen die hier wohnen und dienen unter anderen dazu, daß sich die sog. "gesunde" Schicht hier wohlfühlen kann und Kreuzberg für Touristen attraktiver wird. **Das dürfen und werden wir nicht dulden!**

Diese Umstrukturierung ist Teil einer globalen Aufstandsbekämpfung, wo die Kapitalisten die existierenden sozialen Klassenwidersprüche verkleistern, die soziale Infrastruktur zerstören und der Widerstand dagegen mit Bullengewalt unterdrückt werden soll. Dazu gehören auch polizeistrategische Maßnahmen; zum Beispiel wurden Hausdurchgänge, Hinterhöfe usw. zum 11. 6. (Anti-Reagan-Demo) systematisch mit Zäunen dichtgemacht, oder wie jetzt aktuell der Waldepark vergittert, um Fluchtwege abzuschneiden.

Dies alles wurde mit Zustimmung von Al-Baustadtrat Orlowsky finanziert und durchgeführt. Da werden geheime Bürgerhearings mit ausgesucht reaktionären Bürgern inszeniert, unter Teilnahme der Schweine, (Polizeidirektoren, Innensenator, Bauausschußmitglieder, usw.) wo sie angekündigt haben, daß es jetzt darum geht, "sozial gesunde" Schichten hier anzusiedeln. Im Nazi-Faschismus hieß es "Ungeziefer" beseitigen, jetzt sagen sie, daß sog. "sozial Kranke" (Obdachlose, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger) ausgesondert und ausgedrängt werden sollen. Durch die zwangsweise Umsiedlung von sozial deklassierten Menschen wollen die Herrschenden zukünftigen Klassenkämpfen vorbeugen. Sie wissen, daß es für uns in diesem kapitalistischen System, daß uns krank macht, keine Perspektive mehr gibt und wir uns auch nicht von ihren Integrationsmodellen kö-

Mai haben wir mitgekriegt, welche Stärke wir in der gemeinsamen Revolte entwickeln können. Wenn sich viele revolutionäre Gruppen im Stadtteil diese Vorstellung bewußt zu eigen machen, ist das der organisierte Anfang von der Revolte zur Revolution. Eine Revolution, in der auch das grundlegende Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnis über Frauen durch Männer abgeschafft ist. Deshalb sind Vergewaltiger in unseren Reihen ausgeschlossen.

Die Senatsanweisung an die gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften in Kreuzberg, Wohnungen vorwiegend an Beamte und Familien zu vergeben, ist ein weiterer Schritt gegen uns. Daß sich jetzt die Landessozialbehörden mit über 2000 Beamt/innen mitten in Kreuzberg niederlassen wollen, müssen wir von Anfang an bekämpfen.

Wir müssen jetzt die Scharfe der Konfrontation diskutieren, die die Auseinandersetzung zwischen Widerstand und Staat erreicht hat!

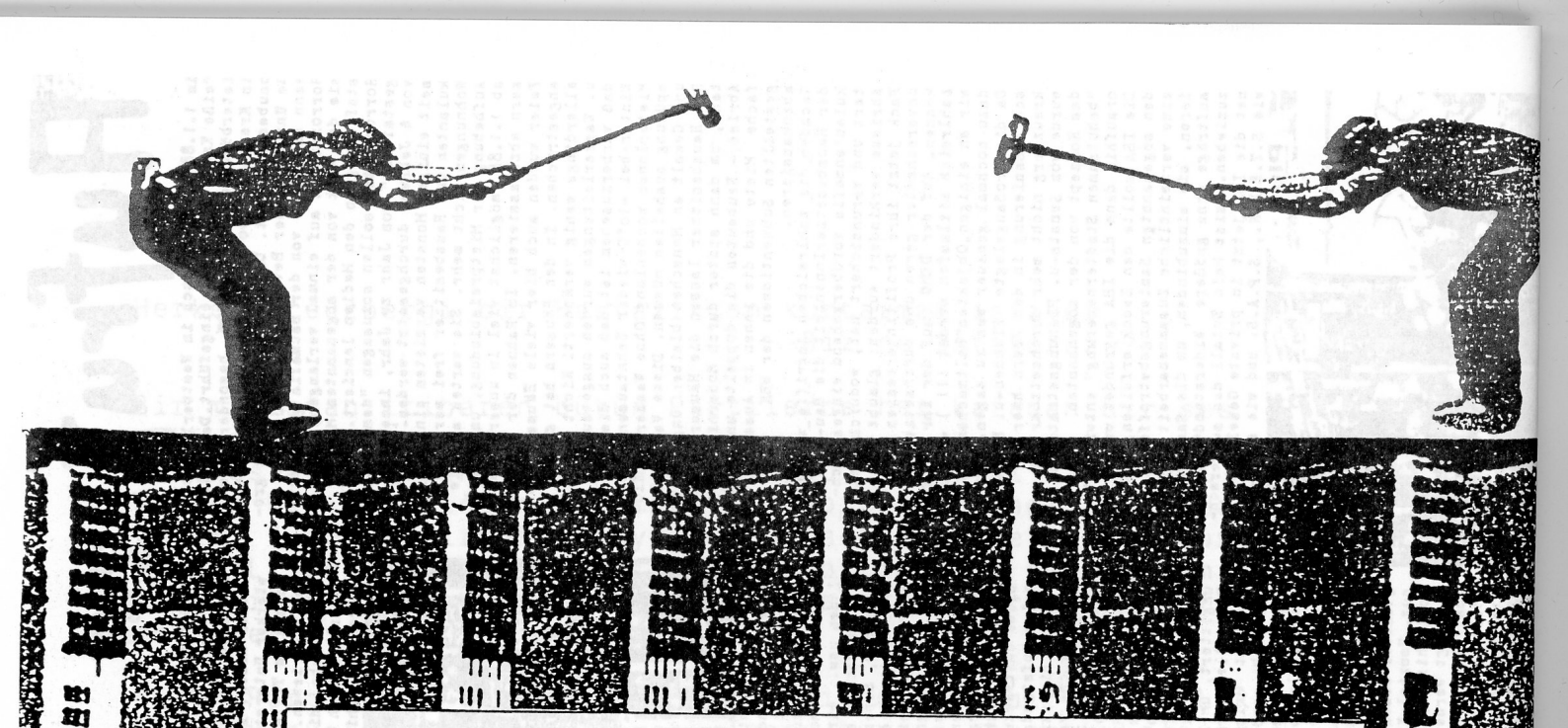
Nieder mit dem Polizeistaat
Für eine starke revolutionäre Bewegung drinnen und draußen
Mieterhöhungen verweigern - Mietboykott organisieren
Hier fliegt keine/r mehr raus - Verhindern wir die Zwangsräumungen
Solidarität mit den rev. Befreiungskämpfen weltweit -
Für den proletarischen Internationalismus
Für den Kommunismus - Im Kampf um Befreiung rev. Gegenmacht organisiere

Route: Heinrichplatz / Kotti / Wasserturmpl. / Taldenerstr. / Mariannenpl./ Muskauer Str. / Eisenbahnstr. / Wrangelstr. / Oppelner Str./ Görlitzer Str. / ABSCHLUßKUNDGEBUNG bei Bolle.

SAMSTAG 14. NOV.

14°° UHR HEINRICHPLAT

Kommt alle!!



REDEBEITRAG VON FRAUEN+LESBEN • KIEZDEMO 14.NOV. 1987

wir sind frauen und lesben. seit jahrhunderten wird versucht, unseren körper und unseren geist durch pat. und kap. zu unterdrücken. sie versuchen uns zu zerstückeln und uns unsere identität zu entreißen. unser körper und unser kopf ist übersäät mit eitrigen wunden, die mann in uns geschlagen hat.
aber wir haben unseren hunger nach einem befreiten leben nie vergessen und die kraft und den mut zu sehen wo unsere wunden herkommen und lassen uns nicht länger schlagen. wir nutzen unsere energie zum kampf, wir sind schön, wir sind stark und wir sind genau und wir schlagen zurück!
wenn wir von befreitem leben reden meinen wir ein leben, in dem unsere tief verschütteten, wirklichen bedürfnisse maßstab für alle lebensbereiche sind und nicht unsere maximale verwertung zum nutzen des kapitals.
ein leben, in dem wir selbst bestimmen, was wir wirklich brauchen und für uns sinnvolle und nützliche arbeit tun, statt uns täglich durch lohnarbeit verstümmeln zu lassen.
wir wollen selbstgewählte formen des zusammenlebens ausprobieren statt vereinzelt in kleifamilienzellen zu wohnen für die wir auch noch miete bezahlen müssen. aber befreites leben heißt nicht nur aufhebung der materiellen unterdrückungsverhältnisse überall, sondern auch beseitigung der herrschenden denk- und verhaltensmuster in uns selbst.
das streben der kapitalisten ist auf möglichst gute verwertungsbedingungen weltweit gerichtet. in ihrer profitlogik ist ihnen jedes noch so brutale mittel recht, menschen, die unter den herrschenden bedingungen nicht arbeiten wollen oder können zu kontrollieren und ruhig zu stellen. das betrifft hier besonders sozialhilfeempfägerinnen, arbeitslose, sog. behinderte, ausländerinnen, kranke, lesben und schwule, sowie frauen und männer aus dem widerstand.

Als langfristige Planung sollen sie gar nicht erst entstehen, um den reibungslosen Ablauf des Systems nicht in Frage zu stellen.
Die Bevölkerung zu komtrollieren beginnt mit dem Sammeln von Daten über jede und jeden wie bei der Volkszählung. Einmal wollen sie damit den jetzt schon bestehenden Widerstand besser erfassen und treffsicherer bekämpfen, für die Zukunft wollen sie Unruheherde voraussehen und vorbeugende soziale Maßnahmen ergreifen, damit sie gar nicht erst enstehen.
Die Krankenkassen wie die aok haben noch viel genauere Datensammlungen, die dazu dienen, Menschen in wertvolle = funktionierende= gesunde und nichtfunktionierende= störende= kranke einzuteilen und letztere auszugrenzen.
Das nennen sie Kostendämpfung. Für die Zukunft wollen sie, daß solche Menschen gar nicht erst geboren werden. Schon jetzt werden sogenannte Behinderte, aber auch ausländische Frauen gegen ihren Willen zwangssterilisiert.
In Zukunft soll jede Frau, bevor sie Kinder bekommt, in die Humangenetischen Beratungsstellen gehen, wo ihre Gene untersucht werden, und Experten darüber entscheiden, ob sie ein Kind bekommen darf oder nicht.

Die Vererbungslehre, die im Faschismus dazu benutzt wurde, den Mord an Millionen von Menschen zu rechtfertigen, ist auch die Grundlage der heutigen Bevölkerungsplaner. Die Entscheidung über das zukünftige Leben besteht in der Kontrolle über die Fruchtbarkeit der Frauen. Was bei der Bevölkerungspolitik ganz deutlich wird, ist, daß die Unterdrückung der Frauen Grundlage und Voraussetzung von Herrschaft überhaupt ist.

Die angebliche Minderwertigkeit von uns Frauen und die Zwangsheterosexualität sind die Ideologien, die unsere Unterdrückung aufrecht erhalten sollen.

Ein weiterer wichtiger punkt im rahmen der umstrukturierung ist die kommerzialisierung und kontrolle des freizeitbereichs.

in vielen straßen des kiezes werden gewerbemieten so drastisch erhöht, daß kleine läden gezwungen sind, aufzugeben, und nur noch einrichtungen wie spielhöllen, sexshops, puffs und dergleichen in der lage sind sie zu bezahlen.

hier sollen die männer ihre freizeit verbringen und ihr geld lassen.

damit werden gleich mehrere fliegen mit einer klappe geschlagen:

solche läden sind nicht nur eine unerschöpfliche profitquelle für ihre besitzer, sondern sie mobilisieren auch in ganz extremer weise die alltägliche frauenverachtung. dadurch wird angestaute wut über täglich erlebte ausbeutung auf frauen gelenkt und die frauenunterdrückung zementiert.

jede frau bekommt das zu spüren, alleine schon, wenn sie an solchen läden vorbeigeht.

eine ähnliche funktion haben die überall wie pilze aus dem boden schießenden videoläden: in 99 prozent der filme wird das bild der frau als begleiterin des mannes, als sex- und vergewaltigungsobjekt ,als hirnloses dummchen oder attraktives aushängeschild des mannes,als treusorgende gattin und mutter zum erstrebenswerten ideal gemacht.

massenweise gewalt-und pornofilme bestärken die männer in ihrem frauenhass, , der sich in angriffen gegen uns frauen und lesben entlädt:

- wir sind ständig irgendwo mit ätzender anmache konfrontiert,mit vergewaltigungen,sei es in der ehe,in beziehungen oder auf der straße.
- wir erleben diese gewalt gegen uns,wenn wir unsere körper den frauenärzten ausliefern müssen,bei dem organisierten angriff auf den türkischen frauen- und mädchenladen tio 1985 oder bei der demo der türkischen fundamentalisten im sommer,die hier parolen brüllten wie "schlitzt den unverschleierten weißen frauen die bäuche auf". Dieselbe gewalt erleben wir auch in der linken szene!

aber wir erkämpfen uns mit frauen und lesben den raum, in dem wir von uns aus bestimmen, wie wir leben wollen, wie wir uns gemeinsam aus den rollen und zwängen befreien, in denen dieses system unsere lebendigkeit und vielfalt einzwängen will, und aus dem heraus wir auch bestimmen, wo unsere kämpfe für ein leben ohne unterdrückung ansetzen müssen.

und genau darin, im begreifen der herrschenden zustände und den daraus entstehenden kämpfen, revolten, verweigerungen von und frauen und lesben liegt der

Liebes-Rache:

30 Frauen

alles kurz und klein

zertrümmerten

Klirrende Vorwürfe

Berliner Kneipe

8. MÄRZ INTERNATIO-NALER FRAUENTAG!

WIR HABEN HEUTE DEM SCHWEINE JOURNALISTEN NELTE VON DER BILDZEITUNG EINEN BESUCH ABGESTATTET. WIR HABEN IHN MIT DEM EINGEDECKT, WAS ER: BEI SUSANNE MATTHES UND SONST ÜBERHAUPT AN SCHEIßE BEI SEINER ARBEIT ÜBER FRAUEN VERBREITET, NÄMLICH MIT SCHEIßE UND BUTTERSÄURE. WIR LASSEN UNS NICHT BIETEN WAS BILD BZ UND ANDERE FRAUEN FEINDLICHE LÜGENBLÄTTER ÜBER UNS VERBREITEN DIE HIER HERRSCHENDE UNTERDRÜCKUNGSSITUATION KENNT JEDE UND ERLEBT DIESE IN IHREM ALLTAG AUF VERÄNDERUNG ZU HOFFEN BLEIBT SINNLOS

FRAUEN SCHLAGT ZU WO ES NÖTIG IST!

NICHT NUR EINMAL IM JAHR!

Gegen Mack... und Sexiste...

Am Mittwoch, den 13.6.1984 haben wir dem Cafe ZONE „einen Besuch abges... ben die Kneipe abgeräumt und demo... nicht mehr bereit sind, Typen, die derm... xistisch auftreten und dabei pseudolin... führen, hinzunehmen.

Was hat es mit dieser Kneipe auf sich? Vor einigen Wochen tauchten Flugblätter auf, die die miesen Arbeitsbedingungen in ... gen von Asmir (Zone, Kraak, früher Chaos), i... gearbeitet haben, beschreiben. Die Latte ... üblen Sprüchen — über Angegrapsche — bis ... körperlichen Bedrohung und Lohnprellung. ... die dort arbeiten, haben es genauso erlebt, wi... en, die dort Gäste waren.

Wir sehen Asmir nicht als Einzelfall, sondern V... tensweisen, wie von ihm bekannt, erleben Fr... tagtäglich in Kneipen, am Arbeitsplatz, zu Hause ... auf der Straße. Sie sind Ausdruck patriarchalisc... Strukturen.

Um es ganz klar zu stellen: Es geht bei dieser Aktio... nicht um Ausländerfeindlichkeit. (Asmir ist Paläst... nenser), sondern ganz klar um sexistisches Männer... verhalten, das sich auch nicht durch pseudolinke An... sprüche vertuschen läßt. Da wir jede Form von Frauenunterdrückung abschaf... fen wollen, begreifen wir diese Aktion als einen Teil unseres Widerstandes, der sich genauso gegen all... täglichen Sexismus und Männergewalt richten muß, wie gegen Imperialismus und Ausbeutung.

FRAUEN SCHLIESST EUCH IN AUTONOMEN GRUPPEN ZUSAMMEN!!!
DIESE AKTION HAT SPASS GEMACHT — NACHAHMUNG ERWÜNSCHT!!!

unseren widerstand leben wir auch hier im kiez: ③

- wenn frauengruppen sexshops angreifen
- wenn frauen sich gegen anmache von typen wehren wie beim angriff gegen den besitzer der szenekneipe zone in der lausitzerstr., der nach der aktion 1984 seinen laden dicht machen mußte
- wenn frauenbanden sich gegen frauenärzte wehren, wie z.b. einen gynäkologen im nkz seine praxis mit farbe verschönern und flugis verteilen
- wenn wir uns zusammentun und gemeinsam hexen- und heilewissen aneignen
- wenn wir ein frauen- und lesbenstrassenfest organisieren und verteidigen wie 1985 in der naunynstr.
- wenn frauen sich gegen das sexistische bild der neuen emanzipierten frau wehren wie mit zahlreichen aktionen gegen die werbeplakate der frauenzeitschrift freundin
- oder zuletzt während des hungerstreiks der frauen im frauenknast plötzensee die wir mit zahlreichen transparenten, sprühaktionen , infotafeln und ner solifete in ihrem kampf gegen das mörderische knastsystem unterstützt haben

unser widerstand hier im kiez ist ein teil des weltweiten frauen- und lesbenkampfs gegen das system von patriarchat und kapitalismus.

★ ★ ★ ★

ES GIBT VIEL ZU TUN - PACKEN WIR'S GEMEINSAM AN

wir schicken hier noch ganz viel powervolle grüße an die hafenstr. besonders an die frauen aus dem frauenhaus !

Maskierte Frauen übe... Kreuzberger Loka...

Der Spuk dauerte nur Minuten. Als wenig später die Polizei eintraf, waren die „Leder-Frauen" schon über alle Berge. Das Lokal sah aus wie nach einem Wirbelsturm. Schaden: etwa 5000 Mark.

Frauen schlugen demolierten stürmten überfielen

Wie der Leiter des polizeilichen Staatsschutzes, Ganschow, gestern sagte, wird in dem Flugblatt behauptet, der Besitzer der beiden Lokale mißhandele seine weiblichen Angestellten. Nach Ganschows Ansicht besteht zwischen diesem Vorfall und den Aktionen gegen die Praxis eines libanesischen Frauenarztes in Kreuzberg und einen Kongreß der Firma Schering.

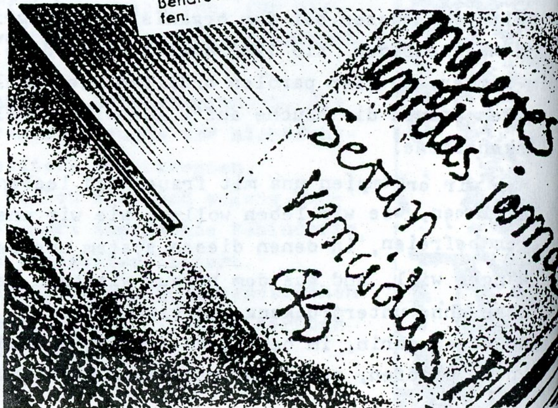
Offenbar sei ein „feministisches Rollkommando" in Berlin unterwegs, sagte Ganschow.

Doch damit nicht genug! Ein Spiegel zerbarst in tausend Splitter. Das Telefon wurde kurz und klein gehauen.

30 vermummte Frau... stürmten Café, schlu... alles kurz und klei...

Die Masken-Frauen hatten dem Zapfer nach seinen eigenen Worten „eine Ladung Straßendreck" ins Gesicht geworfen.

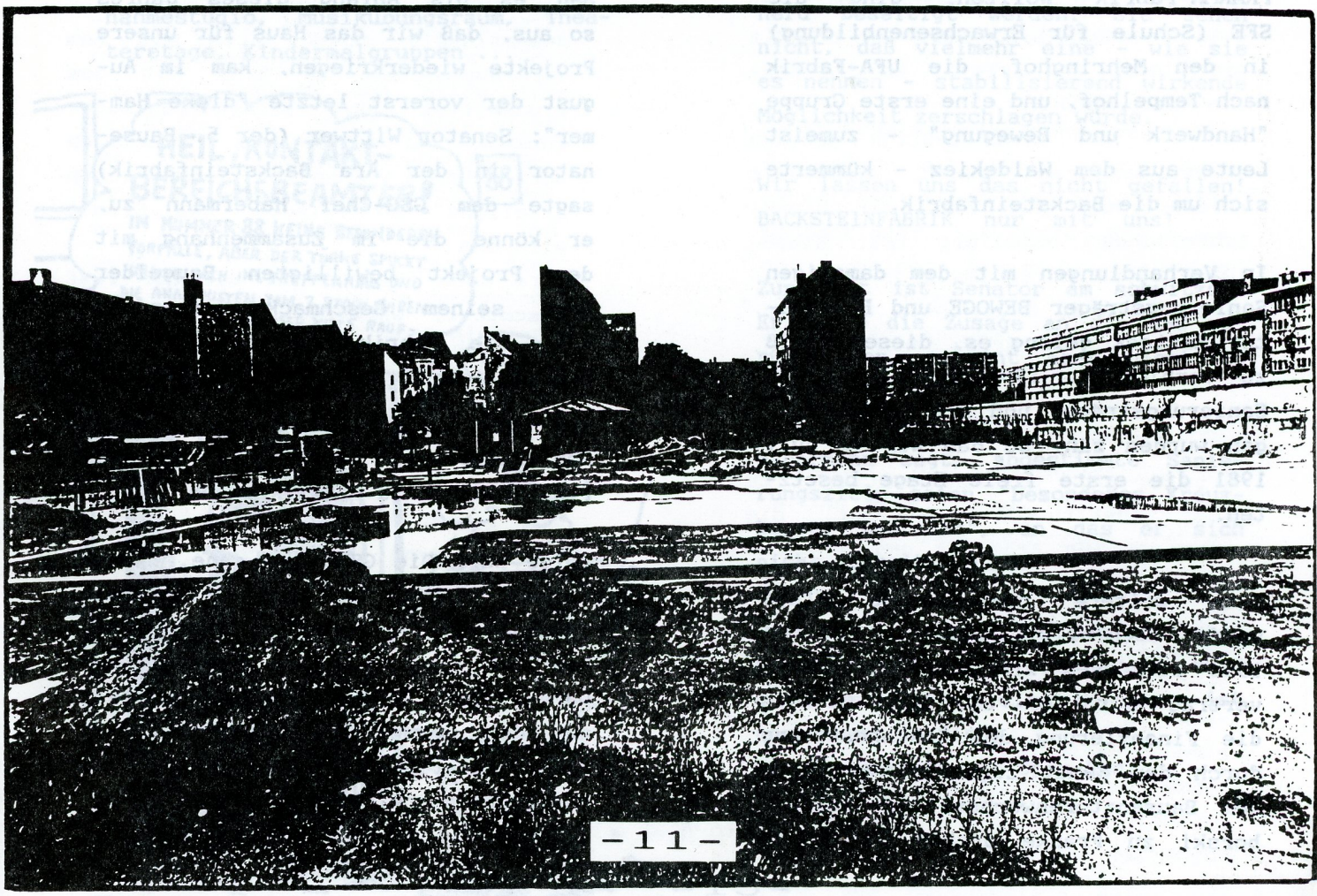
In schwarze... die Gesichter ... mummt – so st... Frauen in das ... der Lausitzer ... berg.



Kinderbauernof Mauerplatz

Hier gibt es einen weiteren Schandfleck der Schönsanierung in Kreuzberg, den Kinderbauernhof am Mauerplatz. Er wurde 1981 besetzt, um es uns und den Kindern hier etwas schöner zu machen. Am 26. März wurde 1/3 des Geländes durch die Polizei geräumt, um eine Kita darauf zu errichten.

Dadurch sind für uns große Probleme entstanden. Wir hatten vor der Räumung eine Tobefläche. Hier konnten die Kinder Aggressionen ausleben ohne zu zerstören. (Mit Crossrad die Berge herunter, kämpfen, manschen, toben usw.) Die Kinder brauchen dies hier ganz besonders, weil sie oft in engem Wohnraum leben müssen. Jetzt toben sie zwischen Tieren und Pflanzen. Die MitarbeiterInnen sind oft in die Rolle der "OrdnungshüterInnen" gedrängt. Was zur Folge hat, daß einige Leute aus dem Projekt ausgestiegen sind. Keine Lust auf Streichelzoo und "Ordnungshüterei". Außerdem leiden unsere Weidetiere an Mineralstoffmangel. Die wenigen Kräuter auf diesem überstrapazierten Weidegelände reichen nicht aus, es muß den Tieren künstlich Mineralstoffutter zugefügt werden. Wir wollen kein Dienstleistungsbetrieb zwischen zwei Kitas werden. Wir wollen offen bleiben für alle und jede/n. Ohne Öffnungszeiten, ohne Zäune nicht nur für Kinder, sondern für alle Menschen. Wir wollen unseren Acker zurück, weil wir ihn dringend brauchen.



Zu unserer Geschichte mit dem "Dauerbrennerschandfleck":

Die Fabrik ist fast 120 Jahre alt und wurde mittlerweile auf unsere Veranlassung unter Denkmalschutz gestellt. 1979 wurde den früheren Gewerbetreibenden gekündigt, weil die Fabrik im zuge der damaligen Kahlschlagsanierung abgerissen werden sollte. Im selben Jahr 1979 wurde ein paar Häuser weiter, in der Waldemarstraße 62/64 die viel größere PRAKMA-Fabrik widerrechtlich abgerissen, obwohl der Mieterrat - die nach dem StBauFG vorgesehene Betroffenenvertretung - damals einen Prozeß gegen den Abriß geführt und auch Recht bekommen hatte.

Von den Interessenten, die in die PRAKMA-Fabrik wollten, ging die SFE (Schule für Erwachsenenbildung) in den Mehringhof, die UFA-Fabrik nach Tempelhof, und eine erste Gruppe "Handwerk und Bewegung" - zumeist Leute aus dem Waldekiez - kümmerte sich um die Backsteinfabrik.

In Verhandlungen mit dem damaligen Sanierungsträger BEWOGE und Bausenator Ristock gelang es, diesen Abriß zu verhindern. 1980 wurde die GSG Sanierungsträger und die Verhandlungen wurden zäh, so daß wir im Juli 1981 die erste freie Etage besetzten.

Jede weitere freiwerdende Etage wurde ebenfalls besetzt. Im Mai 1983 schlossen wir einen Nutzungsvertrag mit der GSG ab, nachdem die Finanzierung der Instandsetzung durch den Senat zugesagt war. Nach dem Bausenatorenwechsel von Rastemborski zu Franke drehte dieser im Juli 84 den Geldhahn wieder zu. Die zusammengepfiffene IBA-Eröffnungsfeier im Septemebr 84 in der Philharmonie war unter anderem eine Antwort darauf.

Franke brauchte über ein Jahr, bis eer wiederum die Sanierungsfördergelder zusagte (August 1985). Inzwischen war aber unser Nutzungsvertrag ausgelaufen - und der inzwischen gegründete KOSMOS-Verein war wieder Besetzer. Bis zum 18. November 1985 duldete uns die GSG in dem Haus; am 19. ließ sie uns unerwartet räumen. Das "aggressive Umfeld" mußte als fadenscheinige Begründung herhalten. Wir haben seitdem nicht aufgehört, um das Haus zu kämpfen - auf allen Ebenen.

Sah es bis Anfang dieses Jahres so aus, daß wir das Haus für unsere Projekte wiederkriegen, kam im August der vorerst letzte "dicke Hammer": Senator Wittwer (der 5. Bausenator in der Ära Backsteinfabrik) sagte dem GSG-Chef Habermann zu, er könne die im Zusammenhang mit dem Projekt bewilligten Baugelder nach seinem Geschmack verwenden, d.h. die Fabrik wieder zu einem herkömmlichen Gewerbehof ausbauen.

Und das, obwohl es abgestimmtes Sanierungsziel ist, das KOSMOS-Projekt darin zu verwirklichen.

Folge war: Die GSG ließ ohne Ankündigung unsere im Haus gelassenen Sachen zum Fenster rausschmeißen und auf die Müllkippe fahren. Das waren zum Teil Produktionsmittel aus den verschiedenen Werkstätten, Archiv-Material aus über 10 Jahren Sanierungsgeschichte, zahlreiche private und projektbezogene Einrich-

tungsgegenstände und viel weiteres persönliches Eigentum der NutzerInnen. Die von uns installierten Einbauten und Elektroanlagen, zum Teil nagelneu, wurden harausgerissen. Kurz: alle unsere Spuren im Haus wurden beseitigt.

Was "lehrt" uns das?

Das Projekt Backsteinfabrik ist wie andere im Waldekiez (Kinderbauern hof, Heilehaus, Triebwerk, Werkstätten) "von unten" entstanden.
Leute von hier wollen darin wieder
- sich selber Arbeitsplätze schaffen
- ein Kommunikations-, Bildungs- und Kulturzentrum schaffen - für den Kiez und weit darüber hinaus.

Und zwar in den Vorhaben:
Veranstaltungsetage
Tagungs- und Gästehaus
Küche und Kaffeegarten
Druckerei, Reprowerkstatt, Medienwerkstatt, Textilwerkstatt, Tonaufnahmestudio, Musikübungsraum, Theateretage, Kindermalgruppen ...

Wir wollen selbstverwaltet und selbst bestimmt darin arbeiten und leben. Die Fabrik ist ein lebenswichtiger Bestandteil unserer Struktur.

Das passt nicht mehr in die neue CDU-Strategie für Kreuzberg, über die ja im Verlauf der Demo schon vieles gesagt wurde. In Reaktion auf den 1. Mai soll hier ein - in ihren Augen - potentieller Unruheherd beseitigt werden. Sie sehen nicht, daß vielmehr eine - wie sie es nennen - stabilisierend wirkende Möglichkeit zerschlagen würde.

Wir lassen uns das nicht gefallen! BACKSTEINFABRIK nur mit uns!

Zur Zeit ist Senator am schwitzen. Er müßte die Zusage an die GSG zurückziehen, scheint aber nicht zu wissen, wie.
Habermann sagt: NEIN!
Habermann sagt, abgestimmte Sanierungsziele seien "besonderes Kreuzberger Baurecht", an das er sich nicht zu halten habe.

Weitere Senatoren und Regiermeister Diepgen haben sich der Sache zwar angenommen, aber eine Einigung ist noch nicht in Sicht.
Ein Nervenkrieg mit Open-End!

ALLGEMEINE ORTSKRANKENKASSE

Massiver Widerstand aus dem Stadtteil ist die eine Seite - sozialstaatliche Beherrschung ist die andere.
Seit es Sozialstaat und Krankenversicherung gibt, die schon von Anfang an ein Mittel zur Beherrschung und Disziplinierung von Proletariat und Arbeiterklasse war, gibt es andererseits auch so etwas wie den proletarischen Gebrauch davon. D.h. ein offensives Benutzen dieser Gelder um sich vorerst individuell dem Fabriksystem zu entziehen. Das war und ist aber in der massenweisen Praktizierung für die Kapitalisten immer gefährlich. Und so wird über Handlanger, wie den vertrauensärztlichen Dienst, eine Art Gericht geschaffen, die über deine Wiederverwertbarkeit als Arbeitskraft urteilt.
Der vertrauensärztliche Dienst, der hier in der AOK Kreuzberg residiert und täglich Dutzenden von ArbeiterInnen die sogenannte "Gesundheit" bescheinigt, d.h. er schickt sie wieder zur Arbeit, in die Knochenmühle zurück.
Der VäD ist geschichtlich gesehen immer dann mit Macht aufgefüllt worden, wenn die Zahl der Krankschreibungen eskaliert ist. Eingeführt wurde er erstmals in der Weimarer Republik 1926, weil die Krankenkassen in die Krise geraten waren, wegen zu vieler Krankschreibungen.
Bei den Nazis wurde er unter dem Schlagwort §
'Arbeits-und Leistungsmedizin' zu einer Institution ausgebaut, die praktisch für Arbeiter und Soldaten die Krankheit generell abschafft, um z.B. zu verhindern, daß die ArbeiterInnen die Rüstungsproduktion fürn WK 2 boykottieren. Zu dieser Zeit wurde der Vertrauensarzt im Volksmund 'Gesundschreiber' genannt, und viele machten lieber gleich blau als sich noch nen Krankenschein zu holen. Das Aufspüren von Arbeitsverweigerern, Simulanten und Drückebergern steht im Mittelpunkt seiner Tätigkeit. Er hatte dadurch eine Schlüsselrolle bei der Aussonderung und Vernichtung. Heute ist das nicht anders! Die gesetzliche Grundlage für die Angriffe auf die Arbeitsunfähigkeit der Malocher/-innen ist in der Aufbaugesetzgebung von 1934/36 noch heute gültig. Als Ergänzung des "Gestzes zur Wiederbelebung der Wirtschaft und Beschäftigung" wurde 1983 ein verstärktes Interventionsrecht der Kapitalisten bei vertrauensärztlichen Untersuchungen eingeführt.
Wenn wir heute ab und zu mal krankmachen, damit uns der ganze Stress auf Arbeit mal kann, kriegen wirs zwangsläufig eines Tages mit dem Vertrauensarsch zu tun. Mit dem Druckmittel des Leistungsentzuges versucht er dich zum "demütigen Strammstehen vor seiner richterlichen Exzellenz" zu zwingen. Das Urteil wird dam
wird dann 1Tag später mit der Post geschickt, wahrscheinlich weil sie Muffe haben, sie könnten gleich eine aufs Maul kriegen. Das Ganze funktioniert aber nur solange wie uns nichts einfällt dem was entgegen zu setzen.
Und leider muß man sagen, gab es außer einem Brandanschlag in den letzten Jahren nicht viel, was das ganze System eine Zeitlang lahmgelegt hätte.

SOZIALAMT MARIANNENPLATZ

Das Sozi. Ein Schandfleck besonderer Art. Gut versteckt vor dem Alltagsleben der Kiez-BewohnerInnen. Aber nur scheinbar. Und eigentlich braucht man über die Zustände, die dort HERRschen, kein Wort verlieren. Ihr kennt es zum größten Teil selbst - aus eigener Erfahrung. Die Erfahrung, daß der Staat über das Sozi die Herrschaft über uns und alle erlangen will, die sich nicht mehr in den täglicher Arbeitsstreß intergreiren lassen können oder wollen, die für die kapitalistische Ausbeutungsmaschinerie überflüssig geworden sind.

Dieser potentielle Unruheherd soll über Schikanen, Demütigungen und Erniedrigungen kleingemacht werden, indem in die gesamten Lebensverhältnisse der vom Sozi Abhängigen eingegriffen wird. Zwangsregulierung der Lebensmittel und der Lebenslage in jeglicher Hinsicht. Das dem Sozialhilfegesetz zugrundeliegende Prinzip der "besonderen Prüfung und Hilfe für den Einzelfall" dient gerade nicht den auf Sozialhilfe Angewiesenen, sondern funktioniert als Instrument der Spaltung, Aussonderung und Kontrolle. Kontrolle über die4 Form des Wohnens, der Geldausgaben, der Zeit, der Arbeit oder Nichtarbeit, der Bevölkerungszusammensetzung in der Stadt und im Stadtteil.

Beispiel Wohnen:

Bewohnt jemand mehr als die ihm oder ihr als SozialhilfeempfängerIn zustehenden Quadratmeter Wohnraum, so wird der Mietanteil dieser überflüssigen Quadratmeter vom Sozialhilferegelsatz abgezogen, wenn er oder sie nicht binnen sechs Monaten eine kleinere Wohnung gefunden hat. Das heißt: Entweder Verdrängung in Billigwohnungen und Aufgabe des bisherigen Lebensumfeldes oder ein Leben unterhalb des Sozialhilfesatzes. Wenn man sich vorstellt, daß ab nächstem Jahr die Mietpreisbindung aufgehoben wird, weiß jede und jeder, was Sache ist. Die Zwangsräumungen (schon jetzt bis zu 60 Räumungsklagen pro Woche in Kreuzberg bei steigender Tendenz) werden zunehmen, die teuren Wohnungen werden an die sog. sozial gesunde Bevölkerung vermietet.

Kapitalistische Stadtplanung, was unter dem verniedlichenden Wort Umstrukturierung durch aller Munde geht, hat aber auch noch andere Facetten, z.B. in der AusländerInnenpolitik, auch am Beispiel Sozialamt:

AusländerInnen werden in vier Kategorien gespalten:

1. Die Menschen aus den EG-Ländern. Sie werden, wenn sie genügend gearbeitet haben, vom Sozi wie Deutsche behandelt - also genauso beschissen!

2. ArbeitsimmigrantInnen aus Nicht-EG-Ländern mit unbefristeter Aufenthaltserlaubnis oder Aufenthaltsberechtigung. Sie dürfen die gleichen wenigen Ansprüche gegenüber dem Sozi haben wie die Menschen aus den EG-Ländern. Selbstverständlich auch mit allen Schikanen!

3. ArbeitsimmigrantInnen aus Nicht-EG-Ländern mit befristeter Aufenthaltserlaubnis oder -berechtigung. An dieser Personengruppe treffen sich drei Stränge staatlicher Planung: Arbeitsmarktpolitik, Ausländerpolitik und Stadtplanung unter dem Leitmotiv: Ausländer raus! Denn alle, die keine unbefristete Aufenthaltserlaubnis besitzen, kriegen in der Regel Schwierigkeiten mit der Ausländerbehörde, wenn es um die Verlängerung des Aufenthaltes geht. Das

Sozialamt informiert die Ausländerbehörde und diese kann die Aufenthaltsverlängerung allein wegen des Bezugs von Sozialhilfe verweigern. Wovon diese Behörde natürlich Gebrauch macht, und das heißt: AUSWEISUNG! Die Konsequenz für viele ist, gar nicht erst zum Sozi zu gehen, sondern sich irgendeinen Job zu suchen. Wie diese aussehen braucht wohl nicht weiter beschrieben zu werden.

4. In der Spaltungshierarchie staatlicher Ausländerpolitik stehen die Flüchtlinge an letzter Stelle. Neben dem Terror der Ausweisungen durch die Ausländerpolizei, der Errichtung von Lagern und der öffentlichen Hetze gegen Asylsuchende hat sich auch die Sozialadministration etwas einfallen lassen: Der sog. Haushaltsvorstand erhält nicht den vollen Satz von 412 DM im Monat, sondern nur 323 DM und dieser werden zum Teil noch in Wertgutscheinen ausgezahlt. Richterliche Begründung dieser Sauerei: Die Eßgewohnheiten der meist aus Afrika und Ostasien stammenden Flüchtlinge seien nicht so ausgeprägt, on daher komme der volle Sozialhilfesatz nicht in Frage! So einfach ist das!

Aussonderung, Spaltung, Zwangsregulierung von Lebensverhältnissen und -bedürfnissen, Disziplinierung von Widerstand. Das staatliche Gewaltpotential kennt keine Grenzen! Trotz millionenfacher Erwerbslosigkeit will sich der Staat auch die vollständige Verfügbarkeit über die Arbeitskraft aller Menschen aneignen. auch wen sie vom kapitalistischen Produktionsprozeß nicht mehr gebraucht werden! Disziplinierung durch Arbeit, durch Zwangsarbeit. Jährlich ca. 50.000 Zwangsarbeitseinsätze (sog. gza) allein in Berlin. Aber damit nicht genug! Inzwischen erhalten bestimmte Gruppen erwerbsloser SozialhilfeempfängerInnen vom Sozi jeden Monat einen "Laufzettel", mit dem sie sich bei Betrieben vorstellen müssen. Diese müssen die "Laufzettel" dann abstempeln, damit das sozi die Kontrole hat, daß sich der oder die sozialhilfeempfängerIn auch tatsächlich um Arbeit bemüht hat. Wenn nicht, werden die paar Mark Sozialhilfe gekürzt, bzw. gestrichen. Diese Praxis hat inzwischen auch Kreuzberg übernommen. Wenn schon, dann sollen alle gleich beschissen behandelt werden. Denn sonst kämen vielleicht einige SozialhilfeempfängerInnen auf die Idee, sich in kreuzberg anzusiedeln. Und das paßt nun nicht in das Konzept von sozialer Hygiene und Befriedung!

Ein Großteil der Menschen in Kreuzberg 36 sind direkt oder indirekt vom Sozialamt abhängig. Wie bereits gesagt, zielt die Strategie auf Spaltung und Vereinzelung. Solange diese wirkt, d.h. wir uns nur einzeln mit dieser Behörde abnerven, voller Wut oder Angst, solange machen sie uns immer wieder ein! Und es wird nichts passieren, außer daß die Veerwaltungshocker ihre Kisten ungestört und stetig schärfer auf unserem Buckel durchziehen.

- UNSERE EIGENE LAGE ZUM AUSGANGSPUNKT DES WIDERSTANDS MACHEN!

- ES LIEGT AN UNS, ZU ÜBERLEGEN, WIE WIR UNSERE VEREINZELUNG AUFHEBEN!

- ES LIEGT AN UNS, UNS ZUSAMMENZUTUN UND KOLLEKTIV ZU WERDEN!

Diese Arbeit nimmt uns niemand ab!

Arbeitslosenladen und Sozialhilfeberatung

BEITRAG ZUM "SOZIALEN WOHNUNGSBAU"

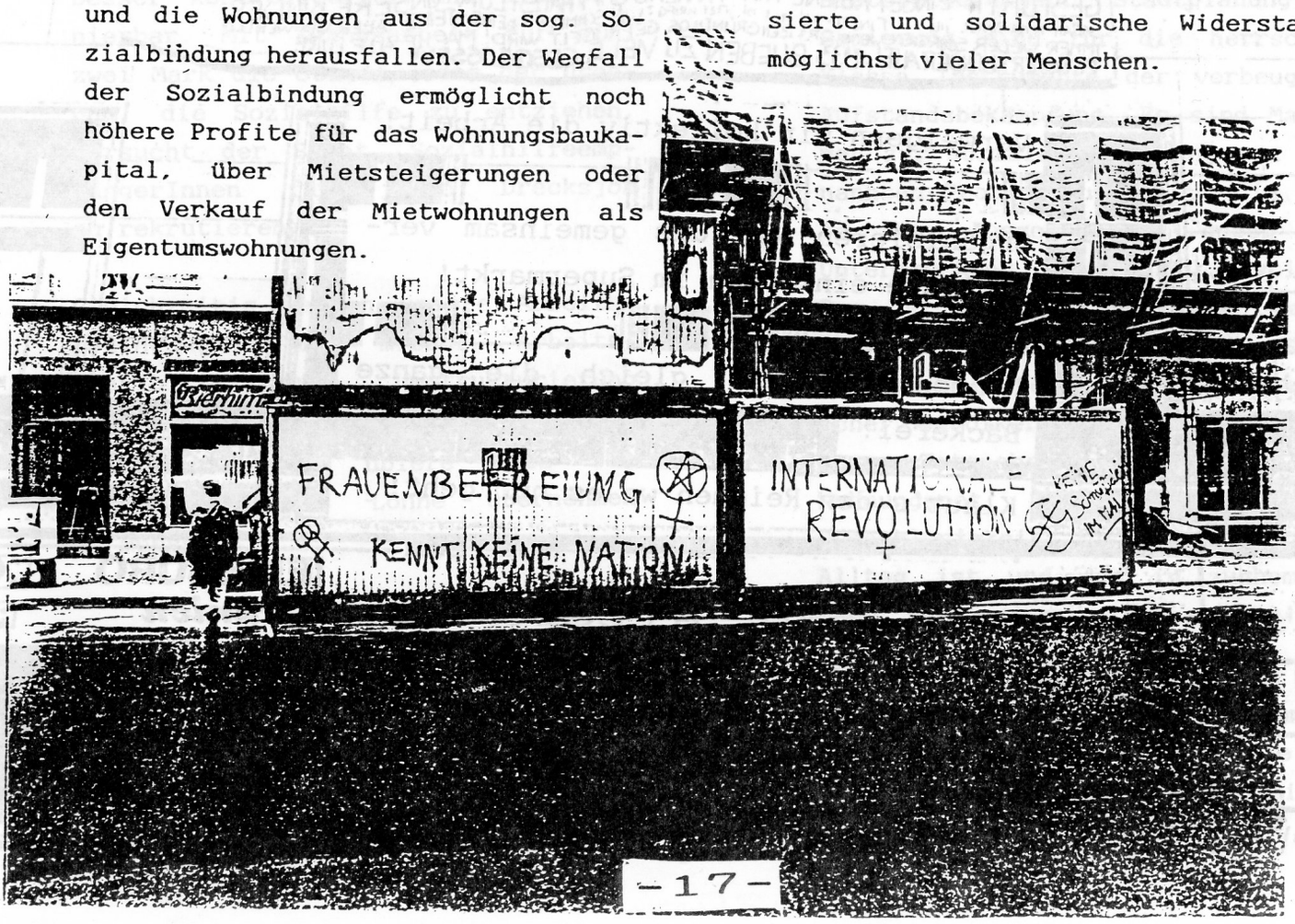
Auch hier im sogenannten sozialen Wohnungsbau steigen die Mieten. Viele der Leute im Sozialen Wohnungsbau zahlen jetzt schon Mieten von 8, 9, 10 und mehr DM pro Quadratmeter. Zig Wohnungen stehen leer, wegen zu hoher Miete oder der beschissenen Lage. Natürlich zahlen die MieterInnen den leerstandsbedingten Mietausfall der Wohnungsbaugesellschaften. Mit der Miete bezahlen wir sowieso alles, was mit dem Wohnungsgeschäft zu tun hat. Wir zahlen die Baukosten, wir zahlen Instandsetzung und Modernisierung eines Hauses, wir bezahlen Abschreibung undSpekulation und wir zahlen dafür, daß sich Hausbesitzer und Spekulanten 10, 20, 30 oder mehr Häuser bauen können.

Besonders im sogenannten Sozialen Wohnungsbau kommen zu den jetzt schon sehr hohen Mieten weitere horrende Mietsteigerungen hinzu, da der Staat die Finanzierung des "Sozialen Wohnungsbaus" aufgibt, und die Wohnungen aus der sog. Sozialbindung herausfallen. Der Wegfall der Sozialbindung ermöglicht noch höhere Profite für das Wohnungsbaukapital, über Mietsteigerungen oder den Verkauf der Mietwohnungen als Eigentumswohnungen.

In erster Linie sollen damit die unteren Einkommensklassen getroffen werden, die dadurch gezwungen sind, noch mehr zu arbeiten oder sich der staatlichen "Fürsorge" zu unterwerfen, incl. Zwangsarbeit. Leute mit Mietschulden werden zwangsgeräumt. Klar ist jedenfalls, daß hier in Berlin Zwangsräumungen aufgrund der verschärften Ausbeutung und Verarmung zunehmen.

Viele, die sich heute noch Illusionen vom Sozialstaat machen und denken, "meine Wohnung könnse mir nicht nehmen", oder "das Sozi wirds schon zahlen", spüren spätestens bei der Zwangseinweisung ins Obdachlosenasyl die Gewalt der staatlichen Sozialverwaltung.

Gegen diese alltägliche Gewalt der Ausbeutung, gegen die Vertreibung aus unseren Wohnungen und damit auch aus unseren Lebenszusammenhängen hilft nur der gemeinsam organisierte und solidarische Widerstand möglichst vieler Menschen.



Redet mit euren Nachbarn und Nachbarinnen im Haus, in der Straße, mit euren Kollegen und Kolleginnen, Freunden und Bekannten, und überlegt, was ihr gemeinsam gegen den Arbeitszwang tun könnt. Es gibt jetzt schon viele, die sich zur Wehr setzen, in dem sie selbst die Miete gemindert haben, oder zum Teil gar keine Miete mehr zahlen, weil sie der Ansicht sind, eh schon zuviel für ihre Bruchbude zu bezahlen, oder aber einfach weil sie es nicht mehr bezahlen können.

Vereinzelt aber haben wir keine Chance, nur wenn wir uns zusammentun und mit tausend anderen Besitzlosen die Mietzahlung verweigern. Fangen wir an, die Mieten zu mindern, Mieterhöhungen zu verweigern und gemeinsam den Mietstreik zu organisieren.

Einzelne können zwangsgeräumt werden, aber nicht wenn die BewohnerInnen ganzer Häuser, Wohnblocks, Straßen und Stadtteile die Miete nicht mehr bezahlen oder einen Teil der Miete einfach einbehalten. Wenn ganze Gruppen von BewohnerInnen Widerstand gegen Zwangsräumungen leisten, werden es sich Staat und Bonzen überlegen, ob sie das Risiko einer breiten Auseinandersetzung auf der Straße und einer breiten solidarisierung der Leute untereinander provozieren.

Organisieren wir eine proletarische Gegenmacht, mit der wir in der Lage sind, die kapitalistischen/ patriarchalen Ausbeutungsverhältnisse auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens zu zerstören.

BEITRAG DER MIETBOYKOTTGRUPPE

Wir sind heute auf der Straße, weil wir genug davon haben, uns immer wieder durch Mieten, den Preis für das Leben allgemein und durch die Arbeit ausbeuten zu lassen. Bei vielen von uns Besitzlosen frißt heute die Miete 40-50% des Einkommens auf, was bedeutet, daß wir allein die Hälfte unserer Arbeitszeit für das Haus- und Grundbesitzerkapital malochen gehen.

Die zusätzlichen Mietsteigerungen stellen mehr und mehr ProletarierInnen vor die situation, entweder noch mehr zu arbeiten, oder eben weniger zu konsumieren, um das Dach über dem Kopf zu halten. Billiger Wohnraum ist für uns sowieso kaum zu bekommen, da viel altbau abgeerissen, teuer modernisiert, oder Miet- in Eigentumswohnungen umgewandelt werden.

Viele werden dadurch von staatlichen Almosen abhängig gemacht und sind somit durch Wohngeld- und Sozialamt besser kontrollierbar und disziplinierbar. Mit Zwangsarbeit für ein, zwei Mark die Stunde, oder der Drohung, die Sozialhilfe zu entziehen, versucht der Staat, SozialhilfeempfängerInnen für jeden Drecksjob zu rekrutieren.

Gleichzeitig werden unsere Arbeitsbedingungen immer mieser. Arbeitsflexibilisierung, Umstrukturierung und Rationalisierung heißt für uns Proleten, immer üblere Jobs für immer geringere Löhne übernehmen zu müssen.

Aber nicht nur durch Mietsteigerungen zwingen uns die Bonzen zu Mehrarbeit, ebenso durch ständig steigende Preise für Gas, Strom, Essen, Kleidung oder die BVG.

Mietsteigerungen, die Preissteigerungen allgemein und die Umstrukturierung der Arbeit sind die Mittel der internationalen Großbanken und weltweit tätigen Konzerne, um mit Hilfe der staatlichen Unterdrückungsmaschinerie uns zur Mehrarbeit zu zwingen um noch mehr aus uns rauszusaugen. Hart arbeiten oder verrecken ist doch die Devise der Ausbeuterschweine für ihre Arbeitssklaven und das weltweit!

Aber es ist nicht nur die verschärfte Ausbeutung, die wir satt haben. Miete an sich ist schon immer Teil des Zwangs zur Arbeit gewesen und seit der Industrialisierung Mittel, um das Proletariat in die Fabriken zu sperren. Mietsteigerungen sind aber auch ein Instrument, um aufsässige proletarische Stadtviertel zu durchmischen. Mieterhöhungen haben immer den Effekt, daß die untereb Einkommensklassen vertrieben und ausgesondert werden.

Mietsteigerungen, Stadtplanung und Sanierung sind für die herrschende Klasse Instrumente der vorbeugenden Aufstandsbekämpfung. Es sind Maßnahmen zur sozialen Säuberung von sogenannten Problemgruppen, um die Kämpfe der Ausgebeuteten gegen ohre Unterdrückung im Keim zu ersticken. Das hat für Kreuzberg nach dem 1. Mai, aber auch für andere Stadtviertel mit überwiegend proletarischer Bevölkerung, besondere Bedeutung. Tatsache ist jedenfalls, daß Wohnungsnot, Zwangsräumungen und Obdachlosigkeit für viele von uns Alltag ist und das in zunhemendem Maße, wenn wir uns nicht wehren!

Die herrschende Klasse braucht diese Ausgrenzung durch Zwangsräumungen und Obdachlosigkeit, sowie sie ihre Knäste für sogenannte Kriminelle

braucht, Irrenhäuser für Psychiatrisierte, oder eben Absterbekliniken für die nicht mehr verwertbaren Kranken, Alten, Armen. Uns soll ständig vor Augen geführt werden, wass passiert, wenn wir uns nicht durch die Ausbeuterschweine verwerten lassen wollen oder wir nicht mehr zu verwerten sind.

Kreuzberg spezial

Die von vielen beschworene Kreuzberger Mischung ist Teil dieses Ausgrenzungs- und Verwertungsprozesses. Die sogenannten alternativen Kollektive und Selbsthilfeinitiativen haben heute doch Modellcharakter für neue Ausbeutungsformen. Dort wird meist unter flexiblen Bedingungen und schlechter Entlohnung mehr gearbeitet; oft ohne jegliche Absicherung im Falle von Krankheit oder Arbeitslosigkeit. Viele dieser Alternativklitschen könnten gar nichtbexistieren, würden zum spärlichen Lohn nicht noch manche zusätzlich Arbeitslosenknete oder Sozialhilfe beziehen. Nicht nur Mehrarbeit und Selbstausbeutung sind in den Alternativklitschen und Selbsthilfeprojekten Alltag; Gleichzeitig wird uns dort eine neue Form der Arbeitsmoral vorexerziert. Selbstbestimmte und sinnvolle Arbeit, ohne Chef, nennen manche diesen Selbstbetrug. Was bei der Fabrikarbeit die Disziplinierung durch den Chef, Meister oder Vorarbeiter ist, die uns zur Arbeit antreiben sollen, wird in der Alternativwirtschaft zur Selbstdisziplinierug der Leute untereinander im Interesse des Kollektivs.

Wer von uns kennt nicht den Hick-Hack und die Nerverei und doe oft anzutreffende Kleinkrämer- und Schrebergärtnermentalität in vielen Selbsthilfe- und Alternativprojekten. Diese kleinbürgerliche Nischenbildung ist ganz im Interesse des imperialistischen Staates. Es zementiert seine Macht, indem es aus ein paar Besitzlosen Kleinbesitzende macht, die wieder etwas zu verlieren haben. Diese neuen Beshäftigungsprogramme in Form der Selbsthilfe- oder Alternativwirtschaft werden heute von den Planern der Europäischen Gemeinschaft, der OECD- der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit oder der Weltbank diskutiert und eingesetzt, um Billigarbeit zu rekrutieren und Staatsausgaben einzusparen.

Für Rechte wie für Linke ist die Alternativwirtschaft der Phönix aus der Asche abgebrannter Sozialstaatsillusionen. Sozialarbeiter, Stadtplaner, "Linke", Pfaffen oder Bullen sind sich einig, daß die Alternativwirtschaft das Mittel ist, um Jugendliche, AussteigerInnen, Verweigerer, Alkis oder Junks wieder mit Arbeit in die Gesellschaft zu integrieren und möglichst billig für das Kapital zu verwerten.

Wie meinte doch ein CDU Bonze:
"Man muß darüber nachdenken, ob es nicht besser ist, Selbsthilfe oder Schwarzarbeit in neue Strukturen einzubeziehen, daß alle miteinander, auch bei Kürzung der gesamten Soziallasten, besser auskommen, als wenn wir den großen Block der Sozialleistungen, der für unsere Wirtschaft zu schwer geworden ist, willkürlich irgendwo kappen."

Berlins Senator für Soziales, Ulf Fink, schreibt:
"Selbsthilfegruppen widmen sich der Daseinsfürsorge, in dem sie soziale Dienste leisten und den Staatsapparat entlasten."

Selbsthilfeideologe Josef Huber, Mitbegründer und Mitarbeiter von Netzwerk bringt es auf einen Nenner, wenn er meint, daß es besser sei, Sozialfälle in die Alternativökono-

mie zu integrieren, als wenn die staatliche Ausgrenzung wieder in den Gaskammern ende.

Wenn wir also von Widerstandsstrukturen im Kiez sprechen, dann ist das nicht die Alternativscene, dann sind das nicht die Stadtplaner und Integrationskünstler von IBA, S.T.E.R.N oder dem Verein SO 36, nicht Erneuerungskommission, nicht Stattbau, Stiftung Kreuzberg oder vom Staat bezahlte Mieterläden. All diese Einrichtungen sind Teil der Umstrukturierungsstrategien und sie bereiten mit ihrer Arbeit das Terrain für die soziale Säuberung vor.

IBA und S.T.E.R.N. sind geradezu die Agenturen der gewaltsamen Umstrukturierung Kreuzbergs. Die IBA ist die Förderin der Selbsthilfe im Eigenheimbau, die mit staatlichen Mittel subventioniert wird. Es ist auch kein Zufall, daß die Geschäftsführer der IBA als Berater der Macht beim Bausenator beschäftigt sind. Wie heißt es doch im Programm der IBA:
"Die IBA bereitet experimentell neue Formen der Wohnungs- und Stadtpolitik für Berlin vor, die die erforderliche Anpassung an die gewandelten sozioökonomischen Bedingungen erproben und in die Wege leiten."

"Die IBA ist ein Versuchsfeld für sozialintegriertes Bauen und für die Entwicklung neuer Wohnformen, insbesondere für bestimmte Ziel- und Problemgruppen."

Schwerpunkt der Arbeit der IBA in Kreuzberg ist die "... soziale, ökonomische und bauliche Stadterneuerung Kreuzbergs."
Das heißt nichts anderes als die Fortführung der Stadtplanung von oben, die Konflikte vorbeugend eindämmen soll, indem sie versucht, die Kämpfe und Wünsche der Ausgebeuteten und Unterdrückten für ein besseres Leben aufzusaugen und sie über die Kleinstrukturen der Alternativwirtschaft in systemkonforme Bahnen zu lenken.

Wir brauchen keine IBA oder S.T.E.R.N um mit neuen Lebensformen zu experimentieren. Wir brauchen erst recht keine Planung von oben.

Ebenso der Verein SO 36. Die Aufgabe des Vereins ist es, die MieterInnen von der Modernisierung eines Hauses zu überzeugen. In Sanierungsgebieten tritt der Verein als Vermittler zwischen Hausbesitzer und MieterInnen auf, um sanierungsvorbereitende oder sanierungsbegleitende Maßnahmen einzuleiten.
"Eine fast unersetzbare Hilfe für Politiker", meinte Harry Ristock, ehemaliger Bausenator von Berlin über den Verein S036. Er schätzte den Verein besonders wegen seiner guten Kontakte zu Mieterinitiativen und zur Bevölkerung und der guten Arbeit des Vereins bei der Durchsetzung der Stratgien für Kreuzberg.

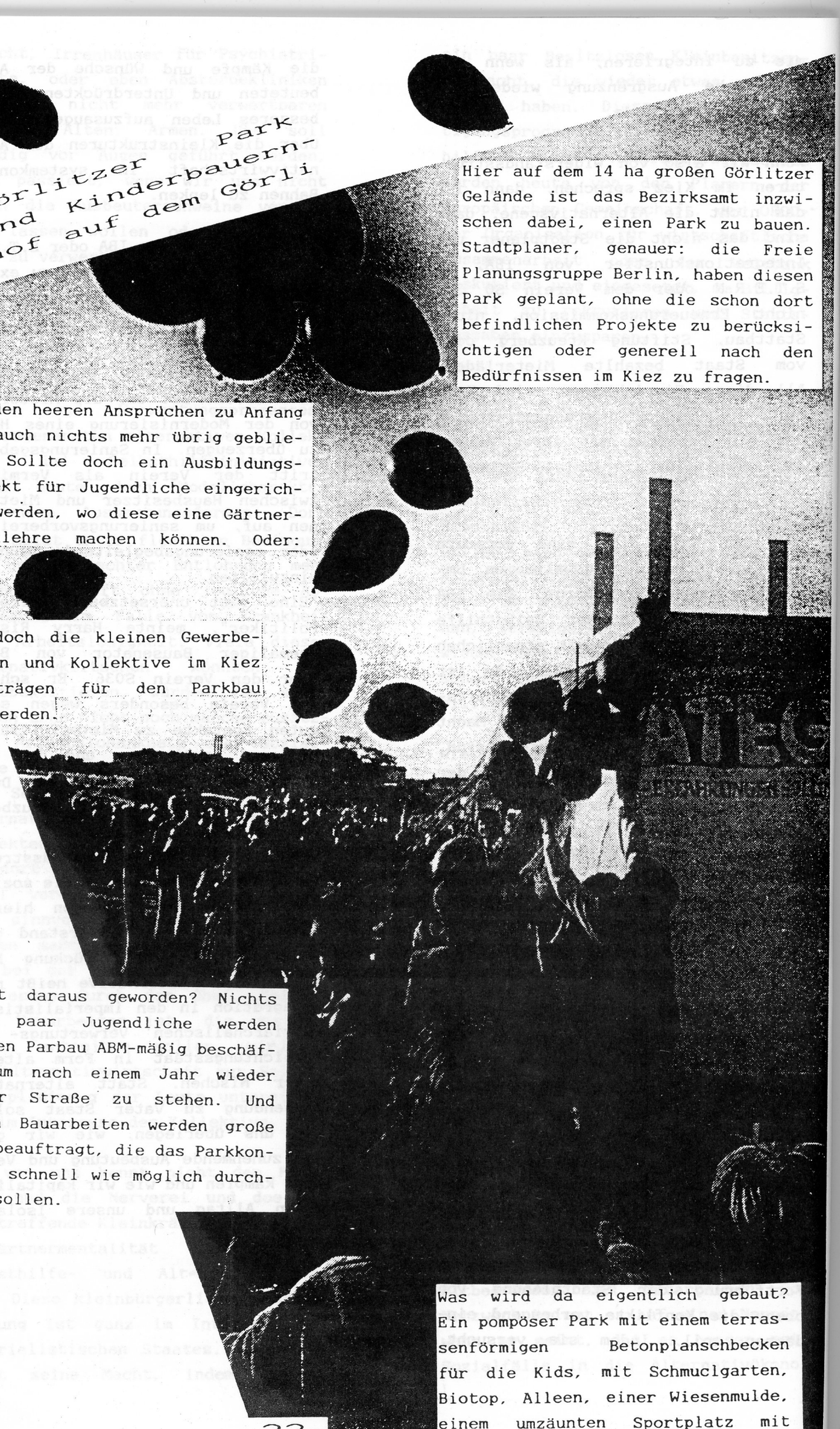
Wenn wir hier von Widerstandsstrukturen sprechen, meinen wir die sozialen Verbindungen der Menschen hier im Kiez, die sie zum Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung befähigt. Unsere Alternative heißt nicht Integration in den imperialistisch/-patriarchalischen Verwertungs- und Vernichtungsstaat in Form alternativer Nischen. Statt alternativer Hinwendung zu Vater Staat sollten wir uns überlegen, wie wir gegen die zunehmende Ausbeutung und Verarmung kämpfen und wie wir kapitalistischen Alltag und unsere Isolation durchbrechen!

Görlitzer Park und Kinderbauernhof auf dem Görli

Hier auf dem 14 ha großen Görlitzer Gelände ist das Bezirksamt inzwischen dabei, einen Park zu bauen. Stadtplaner, genauer: die Freie Planungsgruppe Berlin, haben diesen Park geplant, ohne die schon dort befindlichen Projekte zu berücksichtigen oder generell nach den Bedürfnissen im Kiez zu fragen.

Von den heeren Ansprüchen zu Anfang ist auch nichts mehr übrig geblieben. Sollte doch ein Ausbildungsprojekt für Jugendliche eingerichtet werden, wo diese eine Gärtner-Innenlehre machen können. Oder:

Sollten doch die kleinen Gewerbetreibenden und Kollektive im Kiez mit Aufträgen für den Parkbau bedacht werden.



Was ist daraus geworden? Nichts - ein paar Jugendliche werden durch den Parbau ABM-mäßig beschäftigt, um nach einem Jahr wieder auf der Straße zu stehen. Und mit den Bauarbeiten werden große Firmen beauftragt, die das Parkkonzept so schnell wie möglich durchziehen sollen.

Was wird da eigentlich gebaut? Ein pompöser Park mit einem terrassenförmigen Betonplanschbecken für die Kids, mit Schmuclgarten, Biotop, Alleen, einer Wiesenmulde, einem umzäunten Sportplatz mit

Flutlichtanlage etc. Erdmassen werden hin und herbefördert, die Wildvegetation auf dem Görli zerstört und die alten Baracken teilweise abgerissen. Knapp 40 Millionen werden in den Park investiert und dabei ist es auch klar,wer daran verdient. Die Parkplaner verdienen sich eine goldene Nase und ansonsten schöpfen große Firmen den Rahm ab.

Was bedeutet die Entstehung des Parks für uns KiezbewohnerInnen? Uns wird die letzte Freifläche in Kreuzberg schlichtweg geklaut. Nirgends im Bezirk kann man so weit gucken wie auf dem Görli und nirgends kann man sich auch so unkontrolliert bewegen wie da. Die Kids können spielen und toben, ohne daß sich jemand dran stört. Vom Frühjahr bis Herbst ist der Görli ein Ort, wo sich alle Bevölkerungsgruppen treffen.

Dieser letzte Freiraum wird uns durch den Park genommen, alles muß kontrollierbar sein im Kiez.

Aber für wen werden denn diese 40 Millionen in den Wind geschossen? Sicherlich nicht für uns, die wir mit der Planerästhetik nichts am Hut haben. Im Zuge der sog. sozialen Umstrukturierung in Kreuzberg sollen ja in Zukunft ganz andere Menschen hier wohnen. Und für gestylte Leute braucht es natürlich auch einen gestylten Park.

Wir auf dem Görlitzer Kinderbauernhof werden durch den Parkbau auch existentiell bedroht. Wegen einer Wiesenmulde im Park soll unser Gelände halbiert werden, der Acker fällt dadurch weg. Es wurde uns zwar ein Ersatzgelände versprochen, aber eine vetragliche Absicherung darüber gibt es noch nicht. Es ist ganz offensichtlich, daß wir dem Gartenbauamt ein Dorn im Auge

Der Leiter des Gartenbauamtes hat sich sogar einen Tag nach der Räumung auf dem Mauerplatz erdreistet, uns ebenfalls mit Räumung zu drohen. Wir sollen gezwungen werden, einen Pachtvertrag zu unterschreiben der uns jeglicher Autonomie beraubt.

Auch der Kinderbauernhof soll den sogenannten optischen Eindruck des Parks nicht beeinträchtigen. Planer zerbrechen sich darüber den Kopf, wo unsere Gebäude zu stehen und wie unsere Wege zu verlaufen haben. Darauf werden wir uns nicht einlassen.

Wir werden weiter für den Erhalt unserer Freiräume kämpfen, denn wir wissen: mit dem neuen Park ist bereits der ganze Kiez beschis-

BEITRAG ZUR WRANGELSTR. 90

Werte KiezdemonsrantInnen

Wir erzählen was über die Geschichte dieses Hauses, seitdem einige von uns hier wohnen. Angefangen hat alles im Herbst 1985. MIt einem kleinen Zettel an der Haustür, auf dem "Wohnungen zu vermieten" drauf stand. Damals waren vier Wohnungen leer, zwei weitere sollten bald leer werden.

Über einen Bevollmächtigten der sogenannten "Eigentümergemeinschaft Wrangelstraße 90" wurden drei Wohnungen angemietet. Wir hatten von Anfang an vor, den Eigentümern Feuer unterm Arsch zu machen, denn die Konditionen der vermietung waren gelinde ausgedrückt eine Unverschämtheit. 400 DM für eine 11/2 Zi-Whg, mit teils unverglasten, verzogene Fenstern und 500 DM für eine 2 Zi-Whg., bei der außer den feuchten Mauern überhaupt nichts mehr funktionierte. Wir verpflichteten uns also im Mietvertrag diesen Preis noch vor einer angeblich geplanten Modernisierung zu bezahlen und weiterhin die jeweiligen Wohnungen selbst zu renovieren und instandzusetzen. Mit dem Schlüssel in der Hand und dem Mietvertrag in der Tasche legte dann unser Anwalt los und statt Miete hagelte es Klagen und Prozesse.

Die "Eigentümergemeinschaft" bestand aus fünf verschiedenen Vertragspartnern, die ihr überschüssiges Geld mit Spekulation anhand dieses Hauses vermehren wollten. Gierig wie sie waren, beließen sie es nicht nur bei einem Selbsthilfeantrag für Senatskohle, womit der Wert des Hauses ohne nennenswerte Investitionen enorm gestiegen wäre. Sie wollten auch vor der Modernisierung über Mieten soviel rausschlagen, wie nur geht. Daß sie dieses Risiko aus Geldgier eingingen, zeigt, wie wenig sie mit der Gegenwehr von MieterInnen rechneten, die heute ihren gesamten Plan übern Haufen geworfen haben. Innerhalb eines Jahres konnte keine einzige Modernisierungsmaßnahme durchgeführt werden. Statt dessen wurde ein 8 qm kleiner Raum zubetoniert und mit einem Plastikfenster und einer Plastiktür versehen, um auch hier wieder Miete herauszuschlagen. Zu dem Zweck wurde dem Schneider das Klo zugemauert, um es zu dieser neuentstandenen Wohnung zuzuschlagen.

Dann sollten die Flügeltüren von allen Wohnungen im Anfang rausgerissen und durch winzige Plastiktüren mit Guckis ersetzt werden. Das gelang bei drei Wohnungen. Wo es nicht gelang, wurde mit Einbruch, Schlägern und Prügelei gedroht. In der Zwischenzeit gabs im Winter kein Wasser, viele Öfen funtionierten nicht und durch ebenso viele Fenster pfiff eine kalte Briese.

Im Winter

Im Winter'86 war das Konsortium in sich zerstritten, das Haus stand zum Verkauf. Die verbliebenen Plastiktüren und Plastikfenster wurden abgeholt und es geschah erst recht nichts mehr, außer in den Gerichtssälen. Über eine gelungene und eine versuchte Brandstiftung wurde vermutlich versucht, wenigstens von der Versicherung noch Bares abzuziehen, nach dem das über die Mieten nicht gelungen war.

Der Chef der "Eigentümergemeinschaft" sprach vom "schlechtesten Geschäft meines Lebens", da unterm Strich nur Verlust bei der ganzen Transaktion herauskam. Gerichtsvollzieher drohten mit Pfändung, das Gericht selbst mit Haft und inzwischen mußte der Clan über 20 000 DM an eingeklagten Instandsetzungskosten locker machen und unserem Anwalt übergeben Anfang '87 wurde das Haus verkauft. Zuvor spazierte hier fast täglich die Spekulantenmafia verschiedenster Couleur durch, dicke Daimlers und Jaguars parkten vor dem Haus. Wir wissen nicht, ob die rausgehängten Transparente mit dazu beitrugen, hier nicht zu investieren. Aber es ist gut vorstellbar, daß diese Mafia ihre Geschäfte lieber im Dunkeln macht- und das ist die Regel- statt von vorneherein mit Ärger von Seiten der MieterInnen zu kalkulieren. Außer ein bißchen Zeit hat uns der Widerstand gegen Spekulatius & Co. finanziell nichts gekostet, weil wir übern Mieterverein, Mietergemeinsch meinsch meinschaft oder übers Sozi rechtsschutzversichert sind. Im Gegenteil: wegen der durchgeboxten Mietminderung waren wir nicht gezwungen, für eine Selbstverständlichkeit-nämlich Wohnen-horrende Summen anzuschaffen und den Eigentümern in den Arsch zu drücken. Außerdem macht es des öfteren Spaß, den Herren und Damen forsch gegenüber zu treten und sie bei Bedarf auch viel zu jagen.

Jetzt kommt der zweite Teil der Geschichte, in der wir uns gerade befinden. Zur Zeit haben wir es mit neuen Eigentümern zu tun, mit denen wir Plenen abhalten und diskutieren. Wir wollen sie als alternative Hausbesitzer bezeichnen, weil sie eine grundlegend andere Motivation mit dem Hauskauf verfolgten, als die Spekulanten vorher. Sie haben auch andere Sachen im Kopf. Also sie reden mit uns wenigstens über unsere Interessen und manchmal auch über ihre.

Nach dem Hauskauf wurde gleich eine große Besprechung abgehalten. Damals noch unter den Fittichen unseres Beauftragten vom Verein SO 36, der unsere Interessen vertreten sollte, von denen er natürlich nur eine technokratische Ahnung hatte.

Zu diesem Zeitpunkt füllten sich die restlichen leerstehenden Wohnungen mit Leuten, der Opa starb, und alle Neuen bekamen erstmal Mietverträge aus der Schreibwarenhandlung. Dieser Füllvorgang kann als schleichende Besetzung bezeichnet werden, bei der sich unüberschaubare Verhältnisse zunutze gemacht wurden. Dann gingen die Gespräche los. Während wir mit den neuen Besitzers diskutierten, verstanden wir uns nicht als die VertreterInnen einzelner Wohnungen, sondern als Gemeinschaft. Wir versuchten, zusammen eine einheitliche Meinung zu finden, und uns nicht vereinzeln zu lassen. Das war nicht immer möglich.

Als erstes wollen wir die Position von Besitzers uns gegenüber schildern und die Versprechungen, die uns gemacht wurden. Besitzers wollten preiswerten Wohnraum und schöne Altbauten erhalten. Das sollte der Hauptgrund für den Hauskauf sein. Die Entstandsetzung sollte von einer eigenen Firma erledigt werden,die die Kohle von IBA, also vom Senat erhalten würde. Die Miete sollte so gering wie möglich bleiben. Schon im Frühjahr wurden uns Arbeiten in den Wohnungen versprochen. Wir frohlockten. Kein juristischer Stress mehr, viele Leute im Haus und dasselbige wird nach unseren Vorstellungen in Ordnung gebracht. Zunächst machte uns nur die Finanzierung Sorgen, weil wir es nicht gewohnt sind, ohne Gegenleistungen derart großzügig unterstützt zu werden. Diese anfängliche Euphorie hat sich im Laufe des Jahres in handfestes Miß-

trauen verändert. Viele Versprechungen blieben hohl und die persönlichen Verarschungen nahmen zu. Wir faßten schon mal den Entschluß, die leeren Diskussionen abzubrechen und auf derselben Ebene wie gegen die alten Eigentümer, sprich Spekulanten weiterzumachen. Dann wurde wieder eine Möglichkeit im gütlichen Einvernehmen ins Auge gefaßt, die sich aber gerade wieder als Flop herausstellt.

Wir zählen hier mal einpaat Sachen auf, die innerhalb des Jahres geschehen sind:
Als erstes die Miete: Es hieß, sie sollte so gering wie möglich gehalten werden. Geringst möglich bedeutet, daß über unsere Mieten die Zinsen für ein Bankdarlehen getilgt werden. Wir sollten also ihr Eigentum mitbezahlen, dessen Wert sich nach einer Instandsetzung oder Modernisierung vervielfacht. Nach dem letzten Vorschlag sollen wir wieder die Miete mindern, obwohl die juristischen Möglichkeiten weiterhin bestehen, noch den regulären Satz von 2.80 DM/qm bezahlen, sondern ab 1.1.'88 schon 4 DM/qm. Ohne diese freiwillige Anhebung der Miete wäre die geplante Instandsetzung nicht durchführbar. Wir willigten ein und stellten drei Bedingungen: Instandsetzung und nicht Modernisierung nach unseren Vorstellungen, Festschreibung dieser neuen Miete, ein von uns ausgearbeiteter Mietvertrag. Nach mündlichen Aussagen von Besitzers ist keine einzige dieser Bedingungen realistisch, wie sie es nennen

Als zweites das Thema Modernisierung: Nach dem Hauskauf hieß es Instandsetzung, kurz darauf schon Modernisierung. Ohne Innenklo, Dusche und Thermopenfenster sei keine Senatskohle locker zu machen. Wir erkundigten uns und stellten fest, daß das wohl möglich ist. Wir wollen eine reine Instandsetzung und unsere Wohnungennicht durch irgendwelche Standarteinbauten noch kleiner und teurer werden lassen. Besitzers reagierten mit der Bemerkung, wir wären eh Leute, die hier nicht lange wohnen, und für neue Mieter wäre z.B. ein Außenklo unzumutbar. Da wir uns nicht einigen konnten wollten sie das Haus wieder verkaufen. Das scheiterte wohl an der Erkenntnis, daß sie dafür wohl kaum etwas bekommen. Also schlugen sie uns eine Instandsetzung in Absprache mit uns vor, wenn wir, wie gesagt, noch vor dem Beginn der Arbeiten mehr Miete zahlen. Wie auch diese Versprechung zu verstehen ist, zeigen wieder einige Bemerkungen am Rande:

Eltern mit Kindern würden während der Bauphase ausziehen,weil es zu laut und zu dreckig wird. Es hätte des weiteren keinen Sinn, kaputte Fenster selbst durch Einfachfenster zu ersetzen, weil in zwei Jahren hier eh überall Thermopendoppelfenster reinkämen, also Modernisierung! Als Krönung der Hinterhältigkeiten wurde ein ganz besonderer Trick versucht: Als der Opa starb und für neue Leute ein Mietvertrag ausgestellt wurde, war dort zu lesen, daß sich die Mieter mit allen Modernisierungsmaßnahmen einverstanden erklären, obwohl wir uns immer dagegen gewehrt haben.

Als weiteres zum Thema Methoden: Für eine Wohnung wird nach wie vor eine geminderte Miete gezahlt, weil Zusagen nicht eingehalten wurden. Den Mietern wird mit Kündigung gedroht und allen anderen angedeutet, daß ein Gespräch über den von allen ausgearbeiteten Mietvertrag nicht stattfindet, bis für diese eine Wohnung die normale Miete eingeht. Soll heißen: Alle HausbewohnerInnen sollen die Miete der einen Wohnung

disziplinieren, um eine Lösung für alle zu ermöglichen. Eine solche Methode wird vom Staat und seinen Repressionsorganen Ständig benutzt, um Leute zu spalten.
Zum anderen befindet sich hier unten ein ehemaliges Stadtteilbüro der SPD, daß aufgegeben und inzwischen als Volxküche genutzt wird. Besitzers bieten einen Vertrag für einpaar Monate an, womit wir unseren eigenen Rausschmiß unterschreiben sollen. Wenn nicht, wird der Laden gleich geräumt.
Aus den beschriebenen Erfahrungen haben wir folgende Erkenntnis gezogen: Die Eigentümer unserer Wohnungen sind solange nett und diskussionsfreudig, wie wir uns in ihre Vorstellungen und Sachzwänge fügen. Während sie verbal verkünden, wir könnten mitentscheiden, haben sie ihre festen Pläne im Auge, die sie zur Not mit juristischem Druck und Räumung durchsetzen werden. Wir haben von vorneherein gesagt, daß wir nur unter bestimmten Bedingungen bereit sind bereit swind ihr Eigentum mitzufinanzieren. Wir haben ihnen auch versucht zu erklären, warum wir kein Selbsthilfeprojekt gründen wollen. Der Punkt ist nicht, daß sich Besitzers keine Mühe geben. Auf ihre Art tun sie es manchmal. Der Punkt ist, daß sie als Hauseigentümer von Banken, S.T.E.R.N und Staat abhängig sind, und wir als MieterInnen ihre Abhängigkeit mittragen sollen. Wir sollen uns an einem unternehmerischen Risiko beteiligen, bei dem nur für die eine Seite Gewinne und für uns nur Miese rausspringen. Wir wollen weder selbst HausbesitzerInnen sein, noch uns ihre Probleme zu eigen machen.

Als drittes zum Thema dringende Arbeiten im Haus, insbesondere vor dem Winter: Besitzers liefen in verschiedener Zusammensetzung durch das Haus, notierten sich Mängel und versprachen deren Behebung. Im Frühjahr, im Sommer, im Herbst und im Winter. Erst hieß es bald, später, wenn Leo aus dem Urlaub zurück ist, dann in zwei Wochen. Kaum eine dieser Versprechungen wurden eingehalten, statt dessen die mängel von einer Besichtigung zur nächsten immer wieder heruntergespielt. Die wenigen Dinge, die inzwischen doch noch geschehen sind, sollen wir mit Gtoßmut beantworten, hinsichtlich unserer Forderungen. Trotzdem werden diesen Winter die Leitungen wieder platzen, wie jeden Winter.

Zum Schluß noch was zum lästigen Thema Bullen: Im August wurde hier eine Wohnung gestürmt, und dem Wohnungsinhaber die Knarre an die Schläfe gehalten. Gesucht wurde ein Mitbewohner wegen 1000 DM Gerichtsschulden, die kein einziges Mal angemahnt wurden. Ein paar Tage darauf wurden zwei Wohnungen durchsucht, wegen eines Transparentes mit "volksaufhetzerischem" Charakter. Es zeigte einen wixenden lechzenden Beamten hinter einem Busch, der mit Fernglas unser Haus beobachtet. Die Aufschrift war:"Es ist etwas im Busch!". Die Durchsuchungsaktion wurde vom Staatsschutz aus gebührender Entfernung beobachtet. Außerdem wurden schon zweimal Transparente nachts und zumindest einmal mit einer Leiter geklaut.

Da das alles nicht gerade gewöhnlich ist, können wir uns vorstellen, daß die Bullen demnächst noch mehr die Sau rauslassen. Wir fänden es gut, wenn sich hier jede Menge Leute aus dem Kiez zu einer pöbelnden Menschenmenge zusammentun, damit sie auch im Winter ins Schwitzen kommen.

WIR LASSEN UNS NICHT ERPRESSEN !!

Parole: UNTERSTÜTZT DEN KAMPF DER HAFENSTRASSE!!!!!

ABSCHLUSSKUNDGEBUNG VOR "BOLLE"

Wir stehen hier vor einem symbolträchtigen Ort: Bolle!

Realistisch wie wir nunmal sind, müssen wir feststellen: Der Zustand von Staat und Kapital sieht noch nicht so aus wie Bolle!

Bolle, der 1. Mai waren sowas wie das Aufflackern der Möglichkeiten einer Gegenmacht von unten. Doch was heißt hier Gegenmacht von unten?

Das kann heißen, daß wir vielleicht mal in ganzen Häusern, Straßenzügen, Stadtvierteln mietfrei wohnen. Denn schließlich: Ein Hausbesitzer wäre vergleichbar mit einem Luftbesitzer, der die Luft zum Atmen vermietet. Daß klare Luft und warme Wohnmöglichkeiten selbstverständliche Grundbedürfnisse sind, mit denen niemand ein Geschäft machen darf, ist doch einleuchtend.

Gegenmacht könnte weiter bedeuten, zu verhindern, daß Menschen aus ihren Wohnungen zwangsgeräumt und aus ihrem Stadtteil vertrieben werden, daß einerseits Wohnraum leersteht, während gleichzeitig Tausende über Monate bei der Suche nach einer Behausung vielfache Stationen der Erniedrigung und Entwürdigung durchlaufen müssen.

Gegenmacht muß weiter bedeuten, daß mit der Aufhebung der Mietpreisbindung jedes auch nur leichte Drehen an der Mietpreisschraube nach oben verhindert wird.

Gegenmacht heißt auch, zu organisieren, daß sich jede Frau ohne Angst und mulmige Gefühle, ohne Anmache u.s.w: auf den Straßen bewegen kann. Das heißt auch, daß Läden wie z.B. Sex-shops o.ä., die mit der Ausbeutung der Frau als Sexualobjekt ihr Geschäft betreiben, verschwinden.

Gegenmacht heißt, der Hetze gegen AusländerInnen und Flüchtlingen entgegenzutreten und sie vor den Ausländerbehörden zu schützen. Das bedeutet aber auch: Keinen Fußbreit für Faschisten, egal welcher Nationalität oder Aufmachung.

Gegenmacht heißt schlußendlich, vor allem nicht nur auf die Schweinereien des Staates zu reagieren, sondern selbst dort loszulegen, loszuschlagen, wo's das System nicht erwartet.

Es gäbe hier bestimmt noch eine Reihe anderer wichtiger Klassenauseinandersetzungspunkte zwischen uns einerseits und Staat/Kapital andererseits. Diese Aufzählung sollte auch kein Kampfkatalog sein, sondern nur Möglichkeiten, Notwendigkeiten andeuten.

Der Begriff Gegenmacht ist aber nicht als Phrase gemeint. Die Hafenstraße in Hamburg ist ein Beispiel von Gegenmacht, von dem wir lernen können. Die Leute dort haben ihre politischen Ziele mit konsequenten Mitteln verfolgt und haben bislang sich nicht die Wurst vom Butterbrot nehmen lassen. Die Politik hat dabei fast immer die Mittel der Auseinandersetzung bestimmt und nicht umgekehrt.

Gegenmacht bedeutet vor allem, die politische Auseinandersetzung um die Herzen und Köpfe der Menschen zu führen. Sonst bleibt

die Auseinandersetzung mit dem Staats- und Bullenapparat auf der Straße langfristig erfolglos. Und wie brutal der Bullenapparat seine militärische Stärke einsetzt, haben wir besonders in diesem Jahr in Kreuzberg, aber natürlich nicht nur hier, erfahren. Wenn wir die politische Offensive vernachlässigen, uns auf die militärische Kraftmeierei mit diesem Bullenstaat beschränken, fällt es dem Staat leichter, uns zu isolieren. Wenn revolutionäre Ideen in den Herzen und Köpfen beispielsweise in einem Stadtteil verankert sind, können die Schweine noch so gigantische rollende Festungen, Räumfahrzeuge, Wasserwerfer, Monsterbullen usw. auffahren, **sie kriegens nicht in Griff!**

Das alles ist nichts für ghettoisierte Selbstgefälligkeit. Freiräume, neue Lebenskultur, Gegenmacht müssen ständig verteidigt und erweitert werden, müssen zusammenkommen mit Kämpfen in anderen Stadtteilen und anderen Bereichen. Sie sind Zwischenschritte im Kampf um ein selbstbestimmtes Leben.

In der täglichen Auseinandersetzung mit der herrschenden Klasse müssen sie sich bewähren. Das heißt, die politische Initiative muß bei uns liegen, nicht beim Staat. Dafür steht wieder das Beispiel Hafenstraße.

Wir denken, daß hier die Gefahr der Isolierung in unseren Ghettonischen zur Zeit relativ groß ist. Die romantische Vorstellung von einem "befreiten" Kreuzberg trübt bei manchen den Blick für die Realitäten um uns herum. es sind nicht wenige, sie sich vom quirligbunten, toristisch vermarkteten Ghettomythos blenden lassen. Nicht wenige, die sich mit ihrem ehemals besetzten und jetzt selbst sanierten Minipalast zufrieden geben.

Bei nicht wenigen hat es zu Scheuklappendenken geführt gegenüber anderen Stadtteilen, die ebenfalls mit Umstrukturierungen, Mietsteigerungen oder gar verstärkt mit Neonazis, Naziskins zu kämpfen haben wie z.B. Spandau. Dann gibt es welche, für die der Kiez mit der Oranienmeile beendet ist.

In SO 36 scheinen die Bedingungen auch erstmal besser zu sein als in anderen Bezirken. Wir sind hier vielleicht auch schon viel mehr als wir denken. Wir haben zum Beispiel vier Kiezküchen, eine gut funktionierende Gerüchteküche und bald haben wir auch wieder eine Waschküche für die Reinheit der richtigen Ideologie.

Natürlich gibt es auch sowas wie ne Scenestruktur mit Projekten, Initiativen und Alternativbetrieben. Doch wer ernsthaft meint, arbeiten ohne Chef sei schon was ausgesprochen Politisches, der irrt. Jeder Freiraum muß sich als Sprungbrett für den alltäglichen Widerstand beweisen, sonst verkommt er zum kleinbürgerlichen Sumpf. Wie wir diese Freiräume, diese Arten von Gegenmacht organisieren, mit welchen Strukturen wir den Anforderungen des politischen Kampfes im Stadtteil - und damit ist nicht nur SO 36 gemeint - der Auseinandersetzung mit den Bullen werden, steckt in einem permanenten Prozeß von Auseinandersetzung, Ausprobieren, auf die Nase fallen, und ab und zu kleine erfolge erzielen.

Mit diesem Prozeß brauchen wir jedenfalls nicht diese Hyänen von Journalisten und Medienleuten, die sich auf jeden sogenannten Kiezskandal gleichsam wie auf Kadaver stürzen und diese ausschlachten und breittreten. Zur Klärung dieser Auseinandersetzung reichen die Strukturen hier allemal aus.

Aber auch wir hier sollten uns weniger in Nebenkriegsschauplätzen verwickeln und um die von Medien und Bullen aufgebauschten Kiezskandale rotieren. Wir haben hier und in anderen Stadtteilen bestimmt dringerende Probleme. In diesem Sinne: Den Kiez nicht zum Nabel der Welt machen!!!

ZUM KIEZPALAVER

Seit dem 1. Mai ist SO 36 als Kiez (nicht als Stadtteil, denn sies umfasst auch Kreuzberg 61) wieder interessant geworden - auch für uns, das linksradikale Spektrum. Da wir durch die geilen Medien mehr über die anderen Meinungen im Kiez erfuhren, bzw. diese verzerrt verbreitet wurden, stand an, eine eigene Kommunikationsstruktur im Kiez aufzubauen. So enstand die Idee mit dem Kiezpalaver. Wir nahmen dies in die Hand und verteilten in (fast) jedem Briefkasten eine Einladung. Und da es im Kiez an großen Räumlichkeiten mangelt, fand dies in der Kirche statt. Es kamen beim ersten Mal ca. 500 Menschen, worunter die Hälfte der "Scene" zugeordnet werden konnte. Angenehm war, daß die verschiedenen politischen Einschätzungen und Ansichten in solidarischer Weise diskutiert wurden. Konsens war, daß alle gegen den damaligen Belagerungszustand im Kiez waren und ein Aktionstag dagegen beschlossen wurde. Mittlerweile fand das 4. Kiezpalaver statt. Aus den vorherigen hatte sich eine Gruppe herausgebildet, die sich der Mietproblematik annehmen wollte - mal ganz "neutral" ausgedrückt. Von dieser Gruppe, die allerdings hauptsächlich aus "Linksradikalen" besteht, wurde eine Kiez-Demo vorbereitet, die das Ziel hatte, für den Mietkampf zu sensibilisieren und Zusammenhänge von sozialen Unterdrückungsmechanismen und -institutionen herauszustellen. Das Kiezpalaver, wie auch die Demo, waren von vorneherein so gedacht gewesen, daß wir ohne Parteien und Institutionen wie Mieterläden etc. agieren und uns direkt an die Kiez-Bewohner-Innen wenden wollten. Dennoch wurden

für die Demo einige Initiativen und Mieterläden angesprochen. Die Mobilisierung sollte allerdings weniger über bekannte Namen als über das Kiezpalaver und eine vielfältige Propaganda laufen. An diesem Punkt haben wir reichlich versagt, Flugblätter lagen noch stapelweise rum etc. Dafür gab es eine Mobilisierung, die sich außerhalb von uns abspielte: Zum einen die Auseinandersetzung um die Hafenstraße, zum anderen die öffentliche Distanzierung von einigen Mieterläden und einigen nahmhaften ALern von dieser Demo. Die Distanzierung am zustande aufgrund eines Flugblattes, das die Politik der Mieterläden, der IBA und der AL verriß und als staatstragend entlarvte, aber auch zu "proletarischen Aktionen" wie plündern aufrief und wahrscheinlich aufgrund des zu erwartenden Zoffs auf der Straße. Doch dies war ein Eigentor. Trotz oder gerade wegen der Distanzierung kame 2.500 Menschen und obwohl die Demo sehr inhaltlich ausgerichtet war und von daher sehr lange dauerte (es gab 12 Redebeiträge vor verschiedenen Objekten), war die Stimmung hervorragend und

ein voller Erfolg. Während der Demo wurde noch ein Haus besetzt, jedoch leider zu früh - aufgrund von Fehleinschätzungen - wieder verlassen.

Die Demo hat "uns" hier im Kiez erstmal den Rücken gestärkt. Die Reformisten haben nichts zu bieten, was attraktiv erscheint, zudem gibt es zu lange Erfahrungen mit ihnen hier. So werden die Mieterläden z.B. größtenteils als Tankstelle benutzt, um sich beraten zu lassen oder um an Informationen ranzukommen.

Sie haben jedoch keine Basis, wenn sie politisch was umsetzen wollen, was gegen die Interessen des Senats oder der Hausbesitzer steht. Sie sind in diesem System zu sehr eingebunden. Eine Chance für uns sozusagen was Neues aufzubauen bzw. auszuprobieren.

Es gibt jedoch auch unter "uns" sehr verschiedene Einschätzungen, Ansätze, Fragen. So ist dieser Bericht auch nur an der Oberfläche geblieben, zu vieles ist in der Schwebe und undiskutiert. Ich werde jetzt noch grob einige Fragestellungen umreißen, um die es in nächster Zeit bei uns gehen wird - zumindest was den Kiezkampf anbetrifft:

- Wir wollen raus aus unserer Ghettoisierung, wenn wir ernsthaft eine Gegenmacht aufbauen wollen. Dazu müssen wir mit anderen zusammenkommen.

Aber wie?

- indem wir selbst so gute Strukturen unter "uns" aufbauen und anderen damit aufzeigen, wie nicht-reformistischer Kampf aussehen kann.

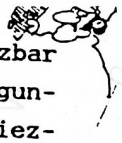
- indem wir mit allen fortschrittlichen Kräften zusammenarbeiten, um wenigstens kleine, sichtbare Erfolge zu erreichen?

- indem wir das einseitige Schielen auf den Kiez aufgeben und uns mit proletarischen Kämpfen verbinden?

Und vor allem mit wem?

- mit der proletarischen Klasse?
- mit den Marginalisierten?
- mit allen sich unterdrückt und ausgebeutet fühlenden?
- mit allen revolutionären Kräften?
- wie gehen wir mit dem Mythos von SO 36 um?

Versuchen wir, ihn für uns nutzbar zu machen, um mit kleinen Anstrengungen, Erfolge zu erzielen (Bsp. Kiez-Demo) oder ist er eher schädlich, weil durch das Starren auf SO 36 in anderen Stadtteilen weniger entsteht, Kräfte zu sehr hier gebündelt werden und sich die SO 36-bezogene Arroganz breitmacht?

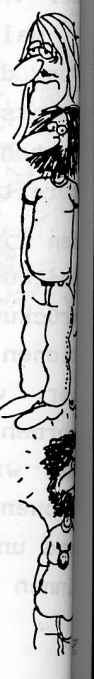


- Was heißt für uns Verantwortung zu tragen im kiez? Ist es zum Beispiel richtig, bei einem Straßenfest einen Supermarkt nicht zu plündern, keinen Zoff mit den Bullen anzufangen, weil noch kleine Kindern anwesend sind und/oder weil wir auch

mal ein Straßenfest ohne Bullen haben wollen oder ist es richtig, solche Gelegenheiten zu nutzen, um auch zu zeigen, daß es möglich ist, sich kollektiv Lebensmittel usw. zu holen?

- Was für Strukturen sind für einen Kiezkampf sinnvoll? Strukturen unter "uns", die eine schnelle Mobilisierung ermöglichen, wenn irgendwo eine Schweinerei abläuft und z.B. parallel dazu Bündnisse, wenn es z.B. darum geht, einen Mieterhöhungsboykott zu organisieren
Oder: daß es eine Art Rätestruktur gibt, von Hausversammlungen und /oder Straßen- und BlockrätInnen /oder Straßen- und Blockräten über Kiezräte bis hin zu einem stadtübergreifenden Rat, wo "wir" dann jeweils nur ein Teil der Räte sind, was Strukturen unter uns nicht ersetzt.

Diese Frage sollen lediglich eine Hilfestellung für Diskussionen sein. Die Antworten werden hoffentlich nicht ganz so schwarz/weiß ausfallen.



Umstrukturierung im Kleingewerbe Beispiel Eisenbahnstraße

Am Beispiel der Eisenbahnstraße läßt sich sehr anschaulich verdeutlichen, was steigende Gewerbemieten für ein typisches Kreuzberger Strassenbild heißen kann:

1.) Blumenhändler Stege:

Er hat seinen Laden seit 12 Jahren in der Eisenbahnstraße. Zur Zeit beträgt die Ladenmiete 1.700 DM, 30.000 DM Eigeninvestition wurde aufgebracht. Nach den Forderungen des Besitzers Korenzecher soll die Miete ab 1.1.87 5.100 DM, ab 1.1. 1990 8.500 DM betragen. Stege: "Eine solche Miete kann hier kein Mensch erarbeiten"

2.) Fernsehgeschäft Yesil:

Der Inhaber hat in den 5 Jahren, in denen er mittlerweile in der Eisenbahnstraße ist, 19.000 DM an Eigeninvestitionen aufgebracht. Nach den Forderungen der Besitzer soll er statt bisher 600 DM Ladenmiete nun 3.400 DM bezahlen.

3.) Kartoffelhandlung Krohn

Hier sollten die Gewerbetreibenden zusätzlich zu einer 300-600%igen Mietsteigerung zusätzlich 30.000 DM Instandsetzungskosten bezahlen.

4.) türkischer Bäckerladen (Ecke Muskauer)

Hier beträgt die Mietforderung statt bisher 975 DM Ladenmiete nun 3.570 DM!

An die Aufrufer/innen zur Kreuzberger Kiez-Demo,

wir, die Unterzeichner, können es in der gegenwärtigen Situation nicht verantworten, zu einer sogenannten Kiezdemonstration aufzurufen. Solange jede/r Teilnehmer/in an einer solchen Kiezdemo damit rechnen muß, in Gewalttätigkeiten, egal von welcher Seite, hineingezogen zu werden, ist ein breites Bündnis aller Kiezbewohner nicht möglich.

Aber ein breites Bündnis wäre notwendig, um Obdachlosigkeit, Arbeitslosigkeit, hohe Mieten, Privatmodernisierungen etc. zu bekämpfen.

Bezeichnenderweise scheint Euer Feind nicht mehr in Bonn, im Rathaus Schöneberg oder am Kurfürstendamm zu sitzen, sondern in der AL, bei S.T.E.R.N. und in den Mieterläden usw.

Ihr verbreitet gezielt Falschinformationen, um Euer Feindbild aufzubauen.

Wir bestehen darauf, die Entwicklung in Kreuzberg genau anzusehen und Erfolge und Mißerfolge zu unterscheiden.

Wahr ist, daß es Mieterhöhungen um 100 bis 200 % bei privat modernisierten Häusern gibt,

nicht wahr ist, daß dies bei öffentlich geförderten Häusern unter der Mitarbeit von S.T.E.R.N. und den Mieterläden passiert.

Wahr ist, daß es in Kreuzberg monatlich ca. 50 - 60 Androhungen von Zwangsräumung gibt,

wahr ist aber auch, daß das Sozialamt diese fälligen Mieten im Regelfall übernimmt.

Wahr ist, daß die CDU eine soziale Umstrukturierung Kreuzbergs nach ihren Vorstellungen will,

nicht wahr ist dagegen, daß ihr das bis heute gelungen wäre und daß wir diesem Konzept nicht entgegentreten würden.

Wir wollen über Tatsachen und wirkliche Schandflecken diskutieren und wie man sie verändern und beseitigen kann, uns paßt aber der gegenwärtige Stil nicht; wir wollen nicht kübeln, nicht mit Steinen schmeißen und keine reißerischen Artikel in der TAZ schreiben.

Bevor wir eine gemeinsame Demo machen, wollen wir gemeinsam über die Ziele und die Vorgehensweise reden.

Wenn wir Euch nicht mehr von der Demo abhalten können, dann wollen und müssen wir Euch dennoch auffordern, laßt Euch nicht zur Gewalt provozieren und provoziert nicht Gewalt. Die andere Seite wartet nur darauf.

Lernt zielen!

Verein SO 36

Mieterladen Manteuffelstraße

Mieterladen Dresdener Straße

Berlin, den 13.11.1987

PRESSEDIENST

Alternative Liste für
Demokratie und Umweltschutz

Fraktion im Abgeordnetenhaus
Rathaus Schöneberg
John-F.-Kennedy-Platz
1000 Berlin 62

presseerklaerung der alternativen liste

positive kiez-demo in kreuzberg

die alternative liste begrueckwuenscht die veranstalter der demonstration am samstag zu der gelungenen aktion.
in einer situation, die von angst vor gewalttaetigen ausschreitungen, von geruechtemacherei und staatlichen drohgebaerden gepraegt war, reagierten die teilnehmer und teilnehmerinnen selbstbewusst, mit informativen ausdrucksformen und unaggressiv. niemand war vermummt.
zum positiven verlauf trug auch bei, dass die polizei ihre massive praesens im stadtteil ~~hielt~~ offen zur schau stellte und ihrerseits zur deeskalation beitrug. (?)

im vorfeld der demonstration hatten kreuzberger al-politiker ein abenteuerliches flugblatt kritisiert, das als angeblicher demo-aufruf firmierte. dies fuehrte bedauerlicherweise dazu, dass in den medien der eindruck entstand, die kreuzberger oder gar die gesamte al habe sich distanziert. eine solche distanzierung hat es nicht gegeben. obwohl die alternative liste nicht zu der aktion aufgerufen hat und nur wenige mitglieder an ihr teilnahmen, bewerten wir die demonstration am sonnabend als positiv und erfolgreich.

birgit arkenstette (geschaeftsfuehrender ausschuss)
christian stroebele (geschaeftsfuehrender ausschuss)
dirk schneider (pressesprecher)+++

184466 alavb d
1150 rundsen d
16.11 10.55
r ++

Redaktion
Elkebarbara Mayer
Dirk Schneider

Telefon 7836732
Telex 184466

Nachbetrachtung

Aufgerufen hatte sie gar nicht zur Demo, die Alternative Liste (AL). Was sie aber nicht dran gehindert hat, sich von der Demo zu distanzieren. In der zu dieser Zeit ungeklärten Situation mit der Hafenstrasse und so kurz nach Frankfurt auf die Straße zu gehen - ein riskantes oder gar politisch falsches Unterfangen?

So oder ähnlich sahen es der Verein SO 36 und die Mieterläden Manteufel- und Dresdnerstraße:
"Solange jede/r Teilnehmer/in an einer solchen Kiez-Demo damit rechnen muß, in Gewalttätigkeiten, egal von welcher Seite, hineingezogen zu werden, ist ein breites Bündnis aller Kiez-Bewohner nicht möglich."

Nun, daß Ansätze zu einem solchen Bündnis möglich sind, auch ohne Zutun dieser Vereine, das hat die Kiez-Demo allerdings mit Nachdruck gezeigt! Da muß schon ein Typ vom politischen Kaliber eines Wiclaf Droste her (ich hoff, ich hab dich nicht falsch geschrieben), um die Kiez-Demo von der "kulturästhetischen Warte" herab zu denunzieren. Wir nehmens dir nicht übel, Wiclaf, es gehen ja immer noch Leute in Konzerte, trotz dir oder vielleicht grade deshalb.

Daß 3000 Menschen vielleicht auch wegen der Hafenstraße und wegen der Notwendigkeit, nach Frankfurt nicht in Hysterie zu verfallen, am 14. November durch den Kiez spazierten, daran haben, wenn wir ehrlich sind, nicht mal wir geglaubt.

3000 - da wirds sogar für die AL brenzlig, da heißts um Himmels Willen nicht ins Hintertreffen zu geraten, WählerInnen zu verlieren - und da muß dann schon mal ne Distanzierung von ner vermeintlichen Distanzierung einer nie unterstützen Demo her. Wir nehmens aber auch der AL nicht übel, wer hätts denn auch anders erwartet. Sich in Kreuzberg als politische Kraft zu erweisen, dieser Weg führt nunmal halt nicht an den Autonomen vorbei - oder an Stadtratsstellen ... Wir haben jedenfalls die Distanzierung von der Distanzierung der Distanzierung einer nie unterstützen Demo schmerzlich vermißt.

Umstrukturierung, Rausmodernisierung soziale Hygiene, das sind Begriffe die nach dem 1. Mai und den Juni Auseinandersetzungen Hochkonjunktur bekommen haben. Mitten im Jubeljahr avancierte der totgesagte Bezirk wieder zur Nummer 1 und zu Lieblingsschauplatz randalegeiler Meinungsmacher.

Der Kiez wurde auch verstärkt wie Betätigungsfeld für Sozialstrat gen, Repressionsexperten, Aufstand bekämpfer. Der Höchstanteil an e werbslosen und Sozialhilfeempfär gerInnen in Berlin und nicht zu letzt die vielen Leute, die hie Widerstand leisten, das alles mußt nach dem Mai und Juni all diejenige Politiker auf den Plan bringen, die an der politischen und ökonomischen Entsorgung des letzten Drittels ihrer Gesellschaft ein Interesse haben.

Kewenig, Kliem, Schertz und PG's trafen sich denn auch im Neuen Kreuzberger Zentrum, dem N-KZ, um über ihre Vorstellungen von einem "sozial gesunden" Kreuzberg zu beraten. Von der "sozialen Gesundheit" bis zu "Volksschädlingen" - gibts da noch einen Unterschied?

Doch genug geredet von den Schweinen!

Was wir im Kiez machen und was wir konkret mit der Kiez-Demo und der Reiche gemacht haben, das bestimmen immer noch wir selbst, oder?

Sie können noch so viele Maßnahmen ergreifen, Ausschüsse beschäftigen oder Stiftungen gründen. Der 1. Mai hat gezeigt, daß wir ihnen ganz schön in ihre Suppe kotzen können. Und wir haben dabei die Erfahrung gemacht, daß es uns danach gut geht, und ihnen schlecht wird. Der 1. Mai war ein Ansatz zu dem, was wir im Kiez und eigentlich der ganzen BRD zu organisieren und leben versuchen müssen:

GEGENMACHT !

Wie schwierig dies ist und wie nötig, trotz aller Emotionen, die immer wieder hochkommen, Haß, Euphorie, Resignation, einen Begriff und eine Praxis von Widerstand zu entwickeln, das hat die letzte Zeit auch gezeigt.

Wer immer seinen Traum vom "befreiten Kreuzberg" träumt, der ist den Bildern und Schlagzeilen der Medien und Scharfmacher aufgesessen.

Kreuzberg ist erst befreit, wenn niemand mehr Miete bezahlt, wenn die Häuser und Fabriken uns gehören, die BRD da hingehört wo sie herkommt, zum Teufel! die Bullen in ihren Wannen und die Multis im Öl ersoffen sind!

DER HUNGER NACH EINEM ANDEREN LEBEN

DIE SEHNSUCHT DIE HERRSCHAFT DES MENSCHEN ÜBER DEN MENSCHEN ZU BRECHEN

SCHAFFT DIE SOLIDARITÄT

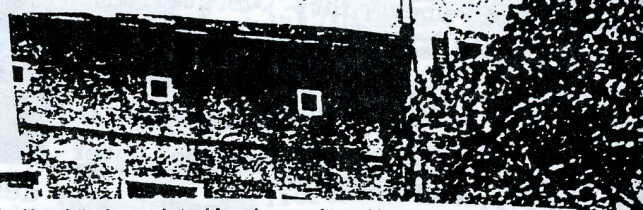
DIE IHR GEBÄUDE DER MACHT

ZUM EINSTURZ BRINGEN WIRD !

Transparant an der Reiche am 14.11.

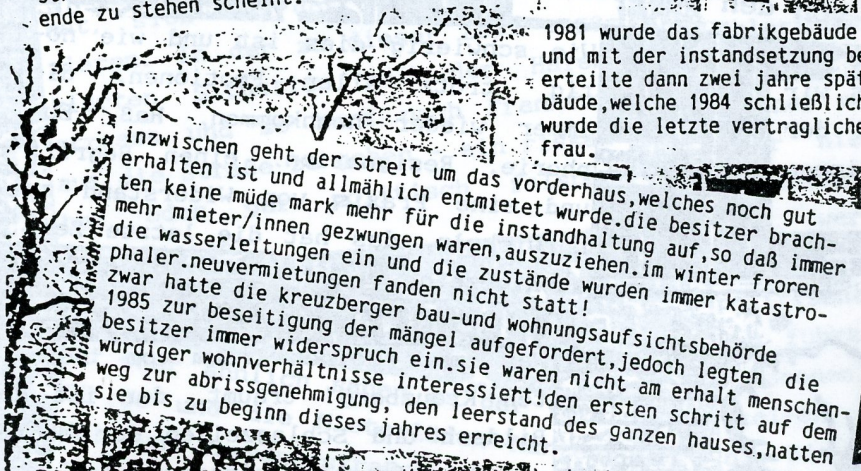
REICHENBERGER 63 a BESETZT

WIR HABEN HEUTE, AM 14.11.87 DIE REICHENBERGER 63a BESETZT.



zu diesem haus gibt´s eine lange geschichte, die hier nur angerissen werden kann:
die firma Heymann & Kreuls hatte das haus 1977 gekauft und bereits 1979 den abrissantrag gestellt. es begann ein rechtsstreit, der sich bis heute hinzieht und kurz vor dem bitteren ende zu stehen scheint.

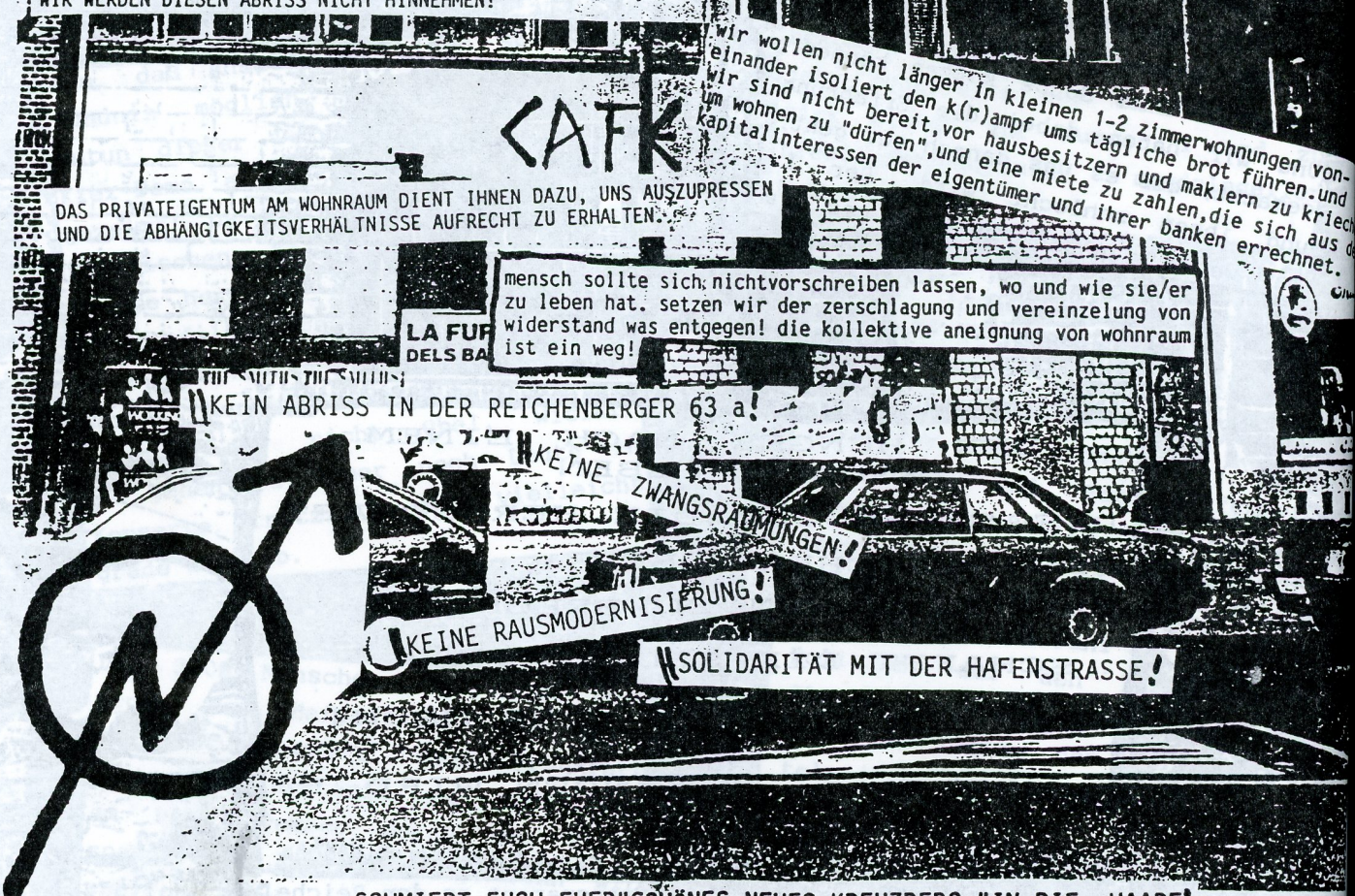
1981 wurde das fabrikgebäude und teile des seitenflügels besetzt und mit der instandsetzung begonnen.das verwaltungsgericht berlin erteilte dann zwei jahre später die abrißgenehmigung für die gebäude,welche 1984 schließlich geräumt wurden.faktisch mitgeräumt wurde die letzte vertragliche mieterin im seitenflügel,eine alte frau.



inzwischen geht der streit um das vorderhaus,welches noch gut erhalten ist und allmählich entmietet wurde.die besitzer brachten keine müde mark mehr für die instandhaltung auf,so daß immer mehr mieter/innen gezwungen waren,auszuziehen.im winter froren die wasserleitungen ein und die zustände wurden immer katastrophaler.neuvermietungen fanden nicht statt!
zwar hatte die kreuzberger bau-und wohnungsaufsichtsbehörde 1985 zur beseitigung der mängel aufgefordert,jedoch legten die besitzer immer widerspruch ein.sie waren nicht am erhalt menschenwürdiger wohnverhältnisse interessiert!den ersten schritt auf dem weg zur abrissgenehmigung, den leerstand des ganzen hauses,hatten sie bis zu beginn dieses jahres erreicht.

um den abriß noch zu verhindern,muß das bezirksamt jetzt nachweisen daß der instandgesetzte altbau nach zehn jahren mehr gewinn abwirft als es bei einem neubau der fall wäre.was hier gespielt wird,kennen wir zur genüge:altbauten werden nur dann erhalten,wenn das private interesse der eigentümer gewährleistet ist,möglichst viel kohle in die eigene tasche zu scheffeln

in diesem fall geht es um abriß aus profitgier, in anderen fällen um modernisierung aus profitgier. große altbauwohnungen in denen mensch in größeren gruppen zusammenleben kann, werden ~~entweder plattgemacht, oder sie sind nicht mehr zu bezahlen~~. soziale/politische strukturen, die mögliche unruheherde bilden, werden nicht nur in kreuzberg zerstört.
WIR WERDEN DIESEN ABRISS NICHT HINNEHMEN!



-SCHMIERT EUCH EUER"SCHÖNES NEUES KREUZBERG "IN DIE HAARE!

SCHON WIEDER NE SCHEINBESETZUNG
SELBSTKRITISCHES ZUR REICHE-BESETZUNG

Zur Kiez-Demo und zur Besetzung

Es lief bei weitem nicht alles so wie wir es uns dachten. Die Besetzungserklärung kann so jedenfalls nicht stehen bleiben, es gab einfach zu viele Mißverständnisse, falsche und zum Teil berechtigte Erwartungen. Die Unklarheiten liegen wohl auch darin begründet, daß viele was von ner Besetzung haben läuten hören, und daß es die Reiche sein würde konnte mensch sich auch an fünf Fingern abzählen. Mehr war vorher nicht klar, und das war auch gut so. Die Tatsache, daß die Bullen nicht gecheckt haben, daß wir schon ewig vorher drin waren, und sie ihrerseits ne Besetzung aus der Demo heraus erwartet haben, gibt uns hinsichtlich unserer "zurückhaltenden Informationspolitik" im Nachhinein recht.

Als die Demo am Haus ankamen, war das ein tolles Gefühl. Wir waren seit dem frühen Morgen im Haus, und der ganze Streß: Wissen sie's oder nicht, werden wir vorher geräumt usw., hat ganz schön an unseren Nerven gezerrt, zumal die Fluchtwege auch reichlich beschissen waren. Es war wie gesagt toll euch draußen mitzukriegen, drinnen aber hatte sich Panik breitgemacht, als jede Menge Bullen im Innenhof aufgetaucht waren, und wir nicht wußten, wie lange sie sich am "Gerümpel" aufhalten würden. Das war dann auch die Situation, als die Kurzkundgebung abgebrochen wurde, und wir uns verpisst haben, weil gegen nen Räumungseinsatz das Haus zu halten, das war uns vorher schon klar, war nicht drin.

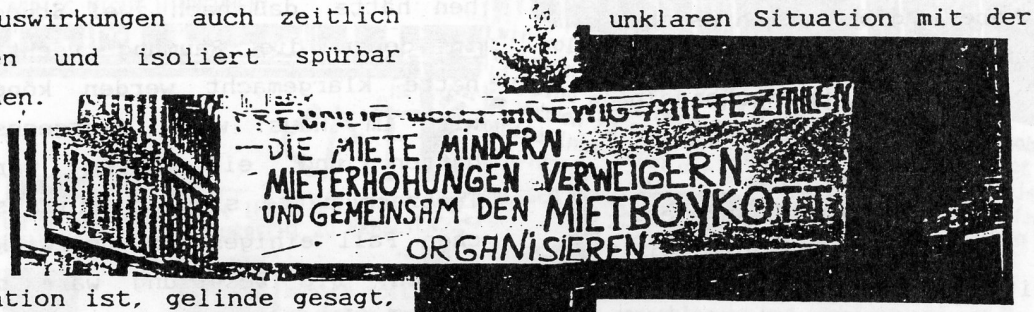
In dieser Situation haben wir auch nicht begriffen, daß wir uns zumindest zu diesem Zeitpunkt in der Offensive befanden. es gab keine Möglichkeit uns rüberzubringen, daß ein Räumungstitel in dem Moment nicht vorlag, ne Räumung für den Einsatzleiter also äußerst brisant hätte sein können. Hätten wir das gewußt, und hätten wir den zu erwartenden Streß von vorneherein klarer diskutiert, wären wir wohl dringeblieben, auch wenn das dann so ausgesehen hätte, daß nach zwei Stunden, in denen die Räumung rechtlich hätte klargemacht werden können, wir im Haus wohl festgesessen hätten und eingefahren wären. Trotzdem hätte sich in einem solchen Fall einiges mehr entwickeln können. Die Besetzung wäre dann ein Teilerfolg gewesen, so wie sie jetzt gelaufen ist, war sie nur ein schöner Demoabschluß, und ne Möglichkeit mehr mit dem Haus in die Öffentlichkeit zu gehen.

Wie nun weiter?

Mit der Besetzung ging es uns nicht nur darum in der Reiche zu wohnen. Vielmehr sollte, und in diesem Zusammenhang stand auch die Kiez-Demo, ne Möglichkeit deutlich gemacht werden, was Wider-

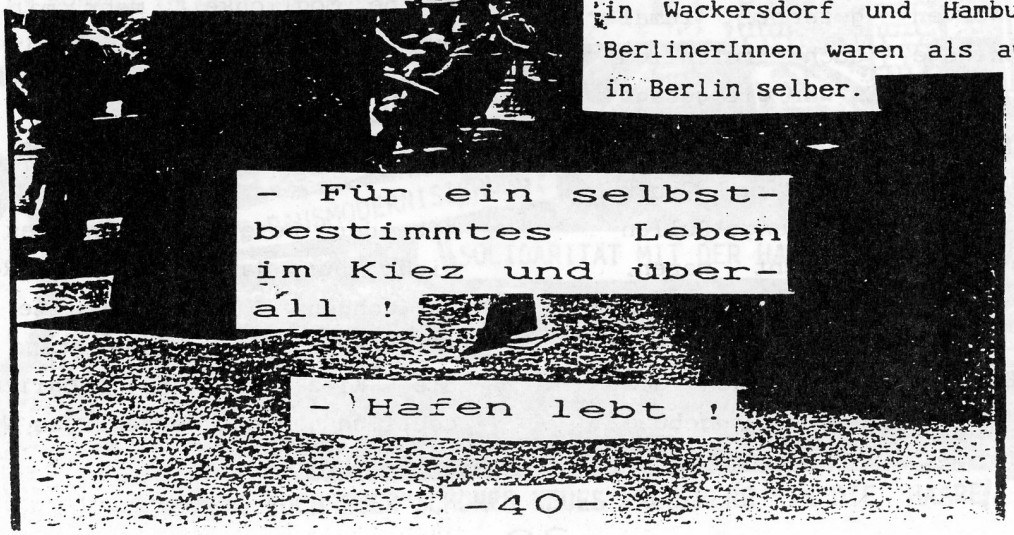
stand im Kiez sein kann. Uns ist klar, daß es Hausbesetzungen als Massenperspektive nicht mehr geben wird. Ihre Profite machen die Schweine heute über Modernisierungen, nicht mehr über Abriß. So gesehen ist die Reiche, zumindest in Kreuzberg, ein echter Anachronismus. Der Prozeß, den die Besitzer zur Zeit führen, ist es aber nicht. Eine Abrißgenehmigung auf reiner Profitgrundlage würde für die Spekulanten ein Signal sein, und deutet an, was uns noch so alles blühen kann - wenn wir nicht dagegen kämpfen.

Dieser Kampf, der Widerstand, den wir ihrer Zerstörung der Kiezstrukturen, ihrer Umstrukturierung entgegensetzen, ist heute ungleich schwerer als 80/81. Massenleerstand kommt in der Öffentlichkeit skandalöser rüber als scheinbar unanbhängig voneinander laufende Modernisierungen, Mieterhöhungen usw. In diese Strategie der Zersplitterung passt auch der Weiße Kreis, dessen Auswirkungen auch zeitlich verschoben und isoliert spürbar sein werden.



Die Situation ist, gelinde gesagt, daneben. Kurzfristige Mobilisierungen zu "autonomen Großereignissen" wie zur Reagan-Demo können darüber nicht hinwegtäuschen. Wir beschäftigen uns mehr mit dem, was uns an Diskussionen aufgedrängt wird (Gewaltdebatte), als uns über unsere Ziele auseinanderzusetzen und darüber wie wir sie durchsetzen wollen. Mit der Kiez-Demo und der Besetzung wollten wir auf die Umstrukturierung im Kiez aufmerksam machen, auch auf das, was der Weiße Kreis mit sich bringen wird, und darauf, was dagegen an Widerstand entwickelt werden kann. Wir stehen da noch total am Anfang. Noch wurde keine einzige Zwangsräumung verhindert, die Mietboykottkampagne stagniert, und aus der Reiche sind wir vorerst auch wieder raus. Aber wir lernen. Und wir müssen es schaffen, uns in einer Situation zurechtzufinden, in der der "legalisierte Teil" der 80/81er Bewegung auf Jute-Teppichböden spart und die bundesweite Autonomenhetze und Kriminalisierung vielen Angst einjagt.

Daß die Kiez-Demo in der völlig unklaren Situation mit der Hafenstraße und so kurz nach Frankfurt durchgesetzt wurde, ist ein Erfolg, umso mehr als in letzter Zeit in Wackersdorf und Hamburg mehr BerlinerInnen waren als auf Demos in Berlin selber.



Auf ein neues - und diesmal besser

DIE REICHENBERGER 63A IST BESETZT

Wir haben den "weihnachtlichen Frieden" dazu benutzt, ganz still ein Haus zu besetzen, das in den letzten Jahren Objekt wenig heiliger Profitgier geworden war.

Vielen dürfte die R63A nicht unbekannt sein: Hier wird seit langem auf Leerstand und Abriß spekuliert. Die jetzigen Besitzer Heymann & Kreuls kauften das Haus 1977, um es abzureißen und dort einen Neubau im "sozialen Wohnungsbau" zu errichten. Da im "sozialen Wohnungsbau" dicke Subventionen fließen, wäre dies ein sicheres Geschäft für die Eigentümer.

Aus diesem Geschäft wurde jedoch erstmal nichts. 1981 wurde der Seitenflügel besetzt und in der folgenden Zeit repariert. Gleichzeitig war das Haus mit dem Info-Cafe im Erdgeschoß wichtiger Bestandteil der BesetzerInnenbewegung. Die BesetzerInnen gehörten zu den NichtverhandlerInnen. 1984 dann machte sich der Senat zum Vollstrecker der Eigentümerinteressen, der Seitenflügel wurde als letztes besetzes Haus in Kreuzberg geräumt.

Das Vorderhaus war zu dieser Zeit noch teilweise bewohnt, hier zog der letzte Bewohner Anfang '87 aus. Was den Eigentümern jetzt noch fehlt ist die Abrißgenehmigung fürs Vorderhaus. Das Bezirksamt Kreuzberg verweigert diese Genehmigung, wird aber wohl demnächst vom Verwaltungsgericht gezwungen, die Genehmigung zu erteilen. In letzter Zeit kam das Haus wieder stärker ins öffentliche Bewußtsein: Es gab mehrere Zeitungsartikel und am 14. November, dem Tag der Kiez-Demo, eine (zu) kurze Besetzung.

Wir wollen und können diese Besetzung jetzt nicht ausführlich kritisieren - hierzu gibts auch ein selbstkritisches Papier der damaligen BesetzerInnengruppe - wir können nur sagen, daß es heute keine Scheinbesetzung ist.

Die Reiche steht nicht für sich. Sie ist ein krasses Beispiel für Umstrukturierung über die Durchsetzung privater Profitinteressen. Wenn wir heute die Reiche 63A besetzen, wollen wir nicht die Finger auf die Wunden einer profitorientierten Wohnungspolitik legen, was wir wollen, ist konkret und praktisch dagegen Widerstand zu leisten. Wir warten nicht auf Wunder, auch nicht aufs Christkind - wir machen uns unsere Bescherung selbst. Weihnachten ist für viele mal abschalten von der Alltagsscheiße, von Maloche, Sozistreß usw. Weihnachten hat aber auch immer die Funktion, Sand in die Augen zu streuen. Aber die Widersprüche hier, Verarmung, Mieterhöhungen, Zwangsräumungen, Obdachlosigkeit und Verzweiflung lassen sich nicht mehr verdecken, weder durch 750-Jahr-Feier, noch durch irgendwelche Kohlenspenden und Gulaschkanonen, wie es Weihnachten ja so üblich ist. Wir holen uns auch ganz bewußt heute das, was sie uns tagtäglich zu nehmen versuchen: Raum zum wohnen, leben, kämpfen! Die Besetzung kann für uns nur der Anfang sein, z.B. von Zwangsräumungen nicht immer nur zu reden, sondern sie praktisch zu verhindern beginnen, den Gedanken des Mietboykotts zu verbreitern, Umstrukturierung und die Gewalt der Schweine tagtäglich auf- und anzugreifen.

Häuser besetzen ist heute sicher keine Massenperspektive mehr, dafür stehen zu wenige leer. Ein besetztes Haus kann aber ein Freiraum sein, aus dem heraus sich immer wieder Widerstand entwickelt, in dem Diskussionen zusammenlaufen - wenn es entsprechend genutzt wird. In diesem Sinne auch flammende Grüße an die Genossinnen und Genossen aus der Hafenstraße!

zu den technics:

Die Besetzung wurde auf den diversen Anti-Christ-Feiern öffentlich gemacht, und eine Mund zu Mund Propaganda ist auch gelaufen. Wir sind davon überzeugt, daß jede Menge Leute zum Haus kommen. Wenn die Bullen keine Lust haben, oder sich aufgrund des illegalen Leerstands nicht trauen, einzugreifen, steigt ne Fete, Zeugs ist alles da. In dem Fall wird das Haus auch offen sein und es sollten alle reinkommen. Für 2 oder 3 Uhr ist Plenum vorgesehen. Falls die Bullen eingreifen, bleibt da, unterstützt uns, wir werden nicht rausgehen, brauchen euch also, vielleicht auch die ganze Nacht. Für den nächsten Morgen ist ein Besetzungsfrühstück geplant, im Falle einer Räumung ne Demo.

Beides 12 Uhr an der Kreuzung Reiche/ Ohlauer. Macht euch auf die Socken, wir freuen uns auf euch!

Die Häuser denen, die drin wohnen!

Ihnen ihr Christkind! Uns die Reiche und die Zukunft!

Widerstand im Kiez als Klassenkampf begreifen

Pressererklärung 27.12.1987

betr.: Besetzung der Reichenbergerstr. 63A

BesetzerInnen gesucht!

Wir haben in der Nacht vom 24. zum 25. 12. 1987 das leerstehende Haus Reichenbergerstr. 63A besetzt. Nachdem die Besitzer Heymann & Kreuels nunmehr seit 10 Jahren auf Abriß spekulieren, steht nun vor Gericht die Entscheidung für das Vorderhaus an, für Seitenflügel und Fabrikgebäude gibt es bereits eine Abrißgenehmigung. Dieses Haus ist nicht das einzige, das in den Händen von Heymann & Kreuels verrottet.

Trotz permanenter Observation ist es uns mit einer größeren Gruppe gelungen, in den späten "Heilig"-Abendstunden unbemerkt in das Haus zu kommen. Etwa zur gleichen Zeit haben sich ca. 150-200 UnterstützerInnen vor dem Haus eingefunden. Die etwa 30 Minuten danach eintreffende Polizei versuchte mehrmals vergeblich die UnterstützerInnen einzukesseln. Gegen 1Uhr30 erfolgte dann der Räumungseinsatz. Sieben BesetzerInnen wurden nach dem Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) festgenommen und mußten 2 Stunden mit erhobenen Armen im Hof stehen. Vor dem Haus hatte der Räumungseinsatz heftige Auseinandersetzungen ausgelöst, in deren Verlauf weitere 18 Personen festgenommen wurden.

War bis dahin noch alles im "üblichen" Rahmen abgelaufen, ging es auf dem Polizeirevier Friedrichstr. dann Schlag auf Schlag: Nicht mehr "Gefahr im Verzuge" (ASOG) noch Hausfriedensbruch war nun der Vorwurf, sondern plötzlich Landfriedensbruch, konkret: Wir sollten nach dem Zeitpunkt unserer Festnahme gemeinschaftlich einen Bauwagen in der Wienerstr. umgekippt haben. Von der Besetzung war keine Rede mehr. Zur Begründung dieses absurden Vorwurfes mußte eine Gegenüberstellung herhalten, in deren Verlauf auch mehrere festgenommene UnterstützerInnen von angetrunkenen Zeugen angeblich identifiziert wurden.

Diese Vorgänge lassen keinen anderen Schluß zu, als daß die Besetzung in der Öffentlichkeit totgeschwiegen werden soll. Dem entspricht auch die Pressemitteilung der Polizei, nach der im Haus nur zwei Personen gesichtet worden seien, niemand aber festgenommen worden sein soll. Auch für die Medien standen die Auseinandersetzungen vor dem Haus im Vordergrund.

Wir gehen davon aus, daß die Polizei keinen Räumungstitel hatte, und daß demnach die Räumung sehr willkürlich vom örtlichen Einsatzleiter angeordnet wurde. Das Haus steht illegal leer. Der Prozeß, der kurz vor dem Abschluß steht, wird von den Besitzern um eine Abrißgenehmigung auf rein wirtschaftlicher Grundlage geführt. Von daher ist es auch das Interesse der Besitzer und der zuständigen Senatsbehörden das Haus aus dem öffentlichen Interesse rauszuhalten.

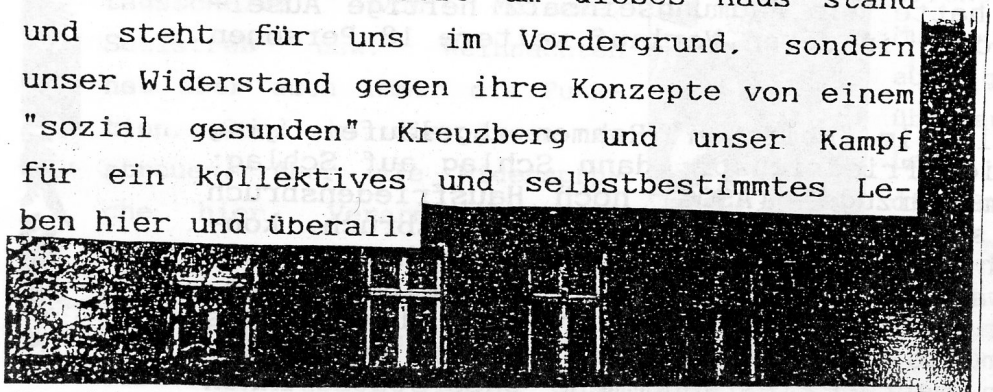
Wir hoffen, daß es uns gelungen ist, mit der Besetzung dieses Kalkül zu durchbrechen!

Uns geht es mit der Besetzung aber nicht nur darum, Wohnraum zu erhalten, sondern einer profitorientierten Wohnungspolitik und der Umstrukturierung im Kiez unseren Widerstand entgegenzusetzen. Dazu gehören Hausbesetzungen genauso wie die Verhinderung von Zwangsräumungen und die Organisierung des Mietboykotts!

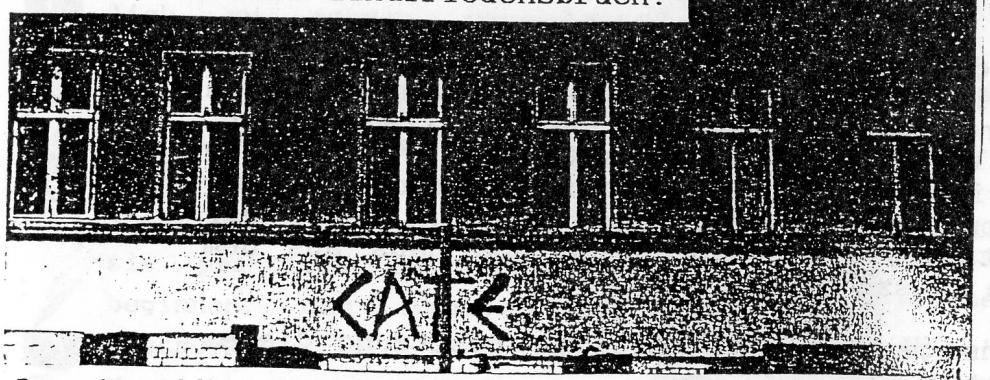
REICHENBERGER 63A-BESETZUNG

Zur Reichenberger 63A-Besetzung und zu den Festnahmen

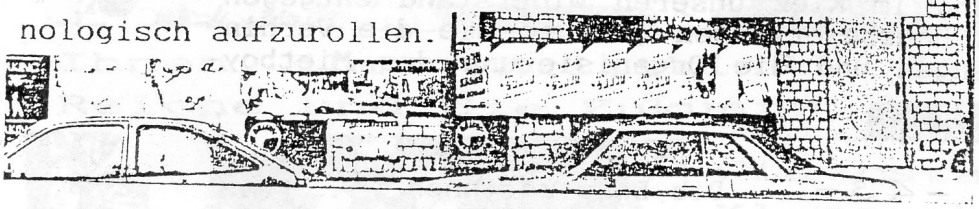
Zu den Auseinandersetzungen um die Reichenberger 63A ist schon einiges gesagt worden. Die Bestimmung der "Weihnachts"-Besetzung war es, den Komplex Umstrukturierung/ Wohnungspolitik in einer konkreten Aktion anzugehen. Nicht der Rechtsstreit um dieses Haus stand und steht für uns im Vordergrund, sondern unser Widerstand gegen ihre Konzepte von einem "sozial gesunden" Kreuzberg und unser Kampf für ein kollektives und selbstbestimmtes Leben hier und überall.



Was uns an der Aktion aufgefallen ist, und was wir hier ein bißchen breittreten wollen, ist das Vorgehen der Bullen, die später dementierte Räumung sowie die Vorwürfe, die allen sieben festgenommenen BesetzerInnen angehängt wurden, nämlich Landfriedensbruch!



Da wir alles so klar noch nicht im Kopf haben, es aber wichtig finden, ein aktuelles Flugi zu verteilen, versuchen wir die Sache chronologisch aufzurollen.



* Die Bullen wußten, wie auch immer von der geplanten Aktion und hatten bereits vor Anbruch der Dunkelheit die Schlösser ausgewechselt. Davor schon stand des öfteren eine Wanne vor dem Haus, mehrere Zivis waren die ganze Zeit da. Für uns war dies ein Anhaltspunkt, daß sie die Besetzung im Vorfeld verhindern bzw. uns einschüchtern wollten.

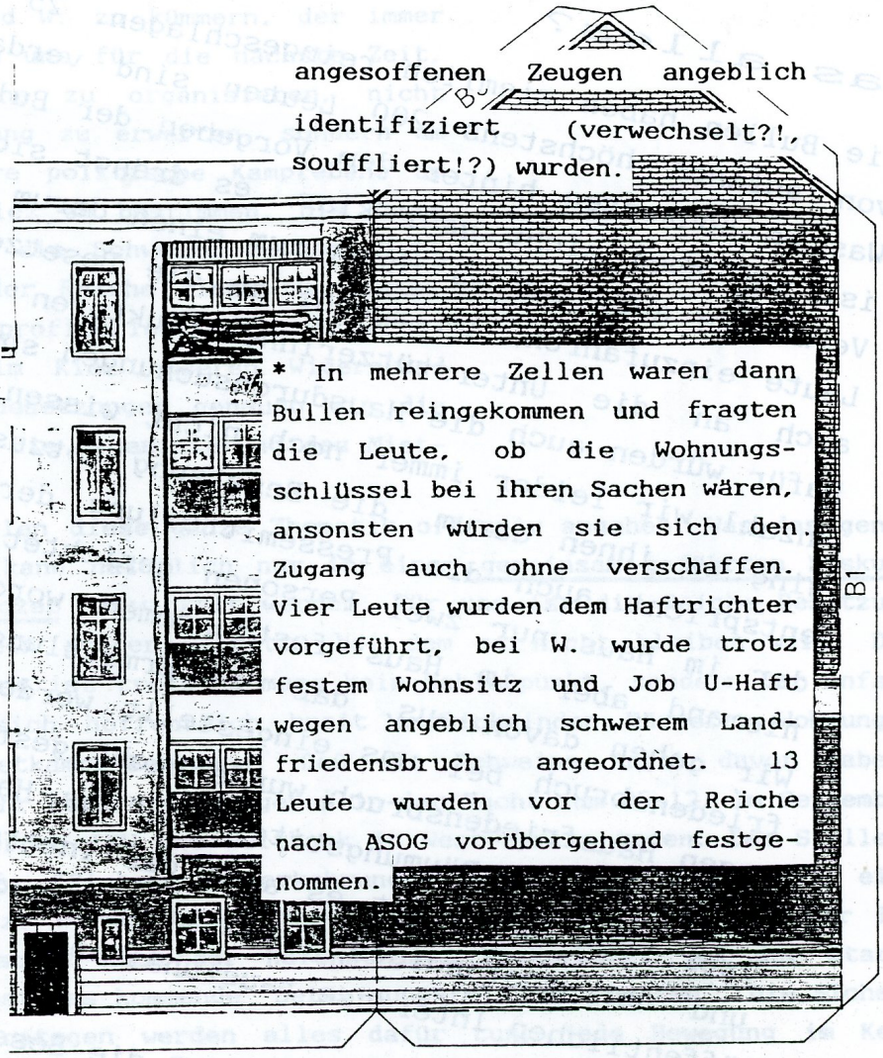
* Da wir wußten, daß die Bullen mit einer Bestzung rechneten, gabs am späten Nachmittag eine Scheinbesetzung, in der Hoffnung, sie würden danach davon ausgehen, die Aktion wäre abgeblasen. Diese Überlegung hat sich als richtig erwiesen. Die Bullen haben irgendwann das Transparent runtergeholt, danach war, abgesehen von den Zivis, die auch öfter den Hof ableuchteten, Ruhe.

* Trotz der Observation war es uns dann gelungen, mit einer größeren Gruppe ins Haus zu kommen. Öffentlich gemacht wurde die Besetzung gegen 24 Uhr. Um halb 1 waren die ersten Leute da, aus dem Haus wurde das Transparent rausgehängt und der Beitrag zur Besetzung gehalten. Das Haus war zu diesem Zeitpunkt mit etwas Mühe zugänglich, es kamen aber kaum Leute rein, zumal klar war, daß es eine Fete nur ohne Bullen

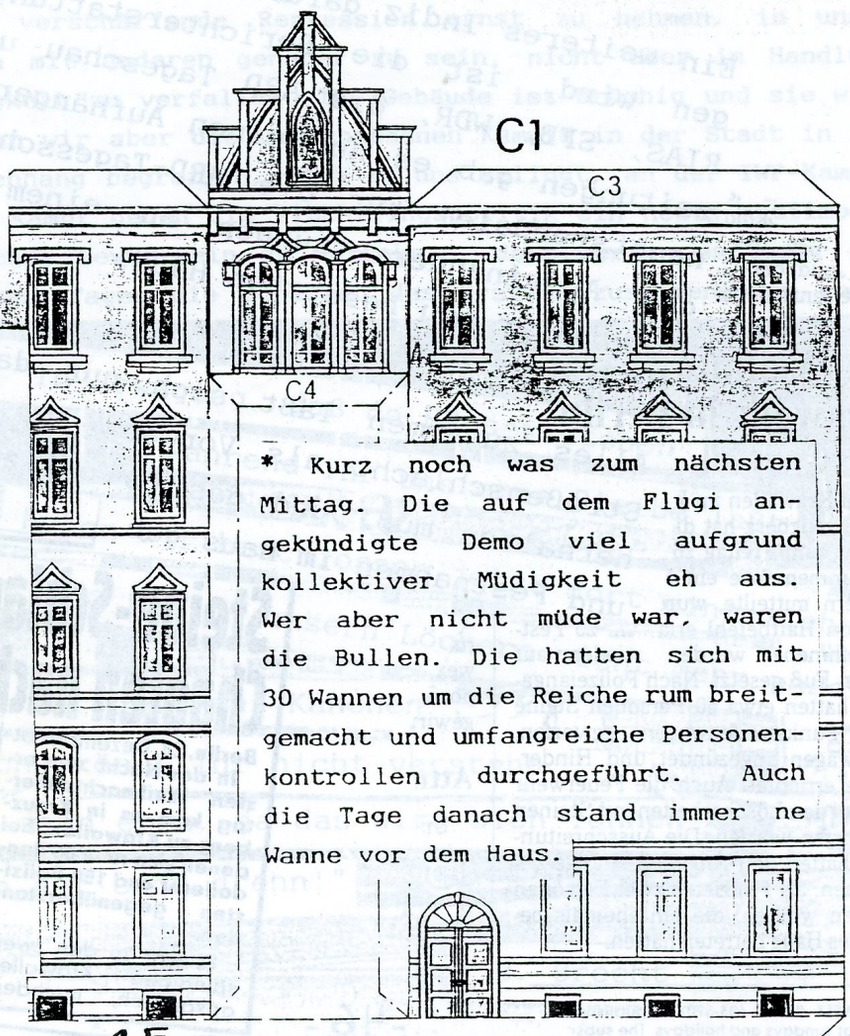
geben würde. Selbige waren kurz darauf auch mit ihrer Friesenburg-Bereitschaft angerückt, die spätere Verstärkung kam aus Spandau. Die Bullen hielten sich erstmal zurück, es waren auch ziemlich viel Leute da, und wir gingen zu diesem Zeitpunkt eigentlich davon aus, daß es zumindest keine sofortige Räumung geben würde.

* Gegen halb 2 aber hatten sich die Bullen den Weg über die Fabrik freigemacht und waren ins Vorderhaus gedrungen. Sie "boten" uns zuerst an, unsere Personalien feststellen zu lassen, nahmen uns dann aber fest, als wir nach dem Räumungstitel und der Abstimmung mit der Dienststelle fragten. Begründung der Festnahme: Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) wegen "Gefahr im Verzuge". Die Bullen hatten keine Anzeige wegen Hausfriedensbruch und damit keinen Räumungstitel. Wir wurden dann auf den Innehof gebracht, wo wir zwei Stunden mit erhobenen Armen an der eiskalten Mauer stehen mußten. Die Bullen hatten draußen anscheinend Probleme (geil!), weswegen wir erst gegen halb vier in die Friedrichstr. abtransportiert wurden.

* War bis dahin noch alles im "üblichen" Rahmen abgelaufen, ging es auf dem Bullenrevier Schlag auf Schlag: Nicht mehr "Gefahr im Verzuge" und auch nicht Hausfriedensbruch war der Vorwurf, sondern Landfriedensbruch, konkret: Wir sollten, obwohl wir aus der Reiche festgenommen wurden, gemeinschaftlich einen Bauwagen in der Wienerstr. umgekippt haben. Von der Besetzung war keine Rede mehr. Zur Begründung dieses Vorwurfes mußte eine Gegenüberstellung herhalten, in deren Verlauf auch mehrere UnterstützerInnen von teilweise angesoffenen Zeugen angeblich identifiziert (verwechselt?!, souffliert!?) wurden.



* In mehrere Zellen waren dann Bullen reingekommen und fragten die Leute, ob die Wohnungsschlüssel bei ihren Sachen wären, ansonsten würden sie sich den Zugang auch ohne verschaffen. Vier Leute wurden dem Haftrichter vorgeführt, bei W. wurde trotz festem Wohnsitz und Job U-Haft wegen angeblich schwerem Landfriedensbruch angeordnet. 13 Leute wurden vor der Reiche nach ASOG vorübergehend festgenommen.



* Kurz noch was zum nächsten Mittag. Die auf dem Flugi angekündigte Demo viel aufgrund kollektiver Müdigkeit eh aus. Wer aber nicht müde war, waren die Bullen. Die hatten sich mit 30 Wannen um die Reiche rum breitgemacht und umfangreiche Personenkontrollen durchgeführt. Auch die Tage danach stand immer ne Wanne vor dem Haus.

was soll

das alles?

Die Bullen haben ziemlich reingeschlagen. 25 Festnahmen von anfangs höchstens 200 Leuten sind verdammt viel. Was an Konzepten hinter dem Vorgehen der Bullen stand, ist uns noch nicht ganz klar, es drängt sich aber die Vermutung auf, daß es ihnen zum einen darum ging, viele Leute einzufahren, um sowohl an die BesetzerInnen- als auch an die UnterstützerInnenstrukturen ranzukommen. Dafür würden auch die Hausdurchsuchungen sprechen, deren Anzahl wir leider immer noch nicht wissen. Zum anderen ging es ihnen darum, die Besetzung totzuschweigen. Dem entspricht auch die Pressemitteilung der Bullen, nach der im Haus nur zwei Personen gesichtet worden seien, niemand aber im Haus festgenommen worden sein soll. Wir gehen davon aus, daß die Ermittlungen wegen Landfriedensbruch bei uns eingestellt werden, eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch wurde nicht gestellt. Die Bullen hatten keinen Räumungstitel und das Haus steht illegal leer. Von daher ist es auch das Interesse der Besitzer und der zuständigen Senatsbehörden das Haus aus dem öffentlichen Interesse rauszuhalten.

Ein weiteres Indiz dafür, daß die Besetzung totgeschwiegen wird, ist die Berichterstattung der Medien. Für RIAS, SFB, WDR, die ARD Tageschau und die div. Tageszeitungen gab es nur einen Aufhänger: Kreuzberger Weihnachtsrandale! Für die ARD-Tagesschau entzündeten sich die Auseinandersetzungen an einem ehemals besetzten, nicht aber neu besetzten Haus.

Alles zusammen läßt sich nur damit erklären, daß die Straßenschlacht als Vorwand für a l l e Festnahmen herhalten muß, und das es offiziel gar keine Besetzung und Festnahmen im Haus gab.

US-Botschafter Richard Burt

Aus dem Polizei-Bericht

Kreuzberg-Krawalle – ein Haftbefehl, 25 festgenommen

Nach den Krawallen in Kreuzberg wurde gegen einen Randalierer Haftbefehl erlassen, 25 wurden vorläufig festgenommen. In der Nacht zum Freitag waren etwa 60 Chaoten durch ihren Kiez gezogen. Sie stürzten Bauwagen um, legten Feuer, bewarfen die Polizei und Feuerwehr mit Steinen. Auslöser für die Krawalle war die sofortige Räumung des kurzfristig besetzten Hauses Reichenberger Straße 63 a.

Schrecklicher Unfall – Rentnerin tot

Beim Überquer... der Seestraße (We... ding) wurde Gert... J. (85) vom Wagen... 34jährigen Lutz ... faßt und durch d... geschleudert. ... Rentnerin war

Zu Weihn... Krawalle in Berlin

Bei Krawallen im W... zirk Kreuzberg hat di... Nacht zum Freitag 26 ... genommen. Wie ein ... gestern mitteilte, wur... Person Haftbefehl erla... 25 fest-genommene wurden wieder auf freien Fuß gesetzt. Nach Polizeiangaben hatten etwa 60 Personen Steine auf Funkstreifenwagen geworfen, Bauwagen angezündet und Hindernisse errichtet. Auch die Feuerwehr sei bei den Löscharbeiten mit Steinen beworfen worden. Die Ausschreitungen hatten den Angaben zufolge begonnen, als Polizisten zwei Personen stellen wollten, die ein ehemals besetztes Haus betreten hatten.

Steine-Schlacht statt Stille Nacht: 26 Chaoten nach Krawall festgenommen

Berlin, 28. Dezember bt

In der Nacht zum ersten Weihnachtsfeiertag kam es in Kreuzberg zu Krawallen, bei denen sich rund 60 Randalierer und 150 Polizisten gegenüberstanden.

Es war zu den zweistündigen Krawallen gekommen, nachdem die Polizei zwei Personen daran gehindert hatte, das ehemals besetzte Haus Reichenberger Straße 63a unerlaubt zu betreten.

Bauwagen wurden umgestürzt und zum Teil angesteckt, Steine flogen, die Randalierer errichteten in der Umgebung Straßensperren.

Auch Feuerwehrleute, die die brennenden Bauwagen löschen wollten, wurden mit Steinwürfen empfangen.

Die Polizei nahm 26 Personen fest.

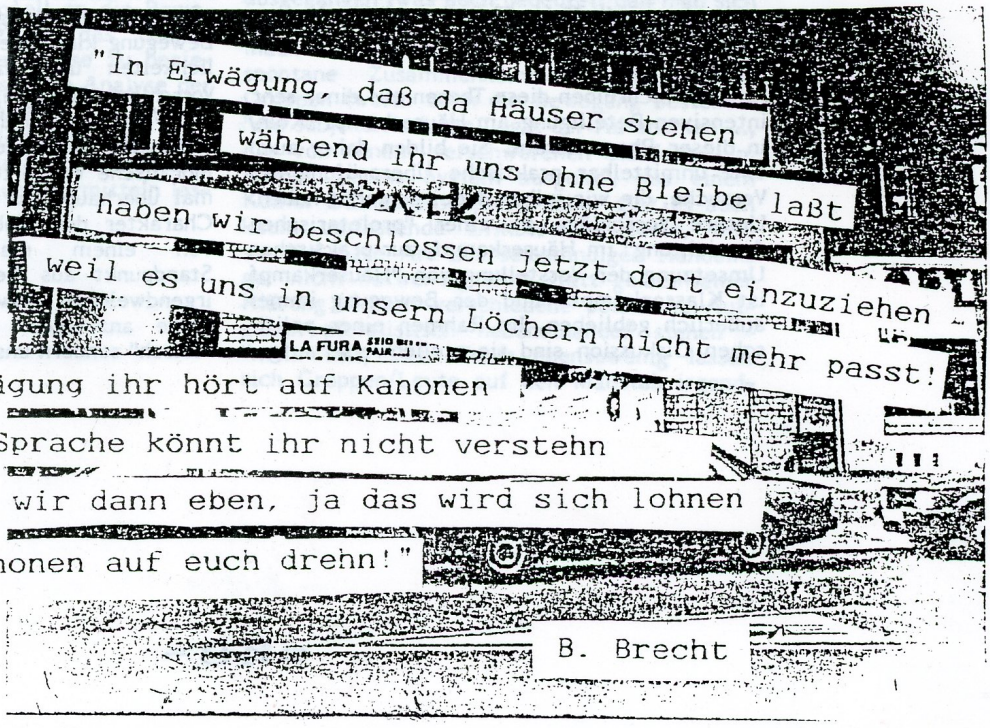
Vier von ihnen wurden dem Richter vorgeführt, eine erhielt inzwischen Haftbefehl.

DIE WELT (USPS 603-590) is published ... except sundays and holidays. The subsc... ...ion for the USA is US-Dollar 370.5

Wir bleiben an der Reiche dran. Für uns heißt das erstmal, uns um den ganzen juristischen Streß und W. zu kümmern, der immer noch in U-Haft sitzt. Wir überlegen uns für die nächste Zeit, eventuell eine Selbstanzeigenkampagne zu organisieren, nicht etwa um von der Justiz Rechtsprechung zu erwarten, sondern um einen eventuellen Prozeß als weitere politische Kampfebene um die Reiche und den Widerstand im Kiez zu bestimmen. Die Sache wird jetzt jedenfalls spannend und die Schweine werden nicht zur Ruhe kommen. Uns geht es bei der Reiche nicht nur darum, Wohnraum zu erhalten, sondern einer profitorientierten Wohnungspolitik und der Umstrukturierung im Kiez unseren Widerstand entgegenzusetzen. Dazu gehören Hausbesetzungen genauso wie die Verhinderung von Zwangsräumungen und die Organisierung des Mietboykotts.

Wir wollen diese ganze Thematik offensiv angehen. Was das genau heißt, kann natürlich nur in einem gemeinsam geführten Diskussionsprozeß entwickelt werden. Für uns ist die Reiche Besetzung dafür ein erster Schritt, bei dem es nicht bleiben wird. Die Besetzung ist trotz Räumung kein Schlußpunkt, sondern der Anfang einer sich hoffentlich breit entwickelnden Häuser-, Wohnungs- und Mietkampf-Bewegung. Daß die Schweine Angst davor haben, zeigt ihr konkretes Vorgehen in der Nacht zum 25.12. Im September 1988 werden IFW und Weltbank in West-Berlin tagen. Der Stellenwert der "Sicherheitsvorkehrungen" kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Für "Entwicklungsminister" Klein ist der IWF jetzt schon nach der Hafenstraße, Wackersdorf und der Startbahn West das kommende "Betätigungsfeld der Chaoten". Die Sicherheitsstrategen werden alles dafür tun, jede Bewegung im Keim zu ersticken. Für uns kann das aber nur heißen, die sich immer weiter verschärfende Repression ernst zu nehmen, in unserem Umgehen mit anderen genauer zu sein, nicht aber in Handlungsunfähigkeit zu verfallen. Ihr Gebäude ist brüchig und sie wissen es. Wenn wir aber die verschiedenen Kämpfe in der Stadt in ihrem Zusammenhang begreifen, wenn es uns gelingt, an der IWF-Kampagne und am Kampf gegen die Flüchtlingspolitik ein neues antiimperialistisches Bewußtsein zu verankern, dann werden es immer mehr, die eines Tages die Scherben des Systems zusammenfegen wollen.

Auf ein heißes neues Jahr!



Thesen zum Häuserkampfzyklus 85/6 und zur «Stadtteilpolitik»

Teil I: Häuserkampf

Der Häuserkampf ist hier ein Beispiel, an dem wir unsere Überlegungen zum Verhältnis von "sozialer Bewegung" und Klassenkampf, unsere Hoffnung auf ein Zusammenbringen der sich neu entwickelnden Bewegung ab 1985 und neuen Ansätzen von Klassenkonfliktualität überprüfen können und - heute - korrigieren müssen! Damals schrieben wir in der wildcat:

"Heute geht es darum, ob wir uns im Aufschwung einer neuen Bewegung die historischen Zusammenhänge und den langen Atem aneignen, um aus Fehlern zu lernen, uns die Stärke früherer Bewegungen und Kämpfe zur Orientierung zu nehmen - oder ob wir diese Fehler ins Groteske verzerren und uns immer weiter in Richtung 'Individual-Autonomie' bewegen. ... Wir sehen gute Möglichkeiten, daß die entstehende Bewegung das packt; daß sich ein neuer Kampfzyklus zusammensetzt, der die 80/81er Bewegung weit in den Schatten stellt und Dimensionen wie 68 bis 73 annimmt." (die phase, in Nr. 38, Frühjahr 1986)

Wir schreiben diese Thesen aus einer sehr intensiven Beteiligung am Häuserkampf (Köln) in dieser Phase heraus. Sie bilden daher auch eine unmittelbar praktische Überprüfung der Versuche, die wir selber dabei gemacht haben. Unsere Vorschläge zu einer "proletarischen Ausrichtung" im Häuserkampf, zur praktischen Umsetzung der Vorstellung von "Häuserkampf ist Klassenkampf" sind der Bewegung immer äußerlich geblieben. Im Rahmen einer politischen Diskussion sind sie stellenweise aufgegriffen worden, es hat isolierte Aktionen gegeben, die diesen Anspruch transportierten - aber der Häuserkampf als Teil einer umfassenderen Bewegung hat sich in seiner Praxis und in seiner Entwicklung nie davon bestimmen lassen. In einer weiteren Phase (Ende 86/Anfang 87), die überall vom Rückgang der Bewegung bzw. von den Grenzen einer sozial isolierten Militanz gekennzeichnet war, hatten wir auf einen Diskussionprozeß und eine politische Neubestimmung gehofft, aus der auch politisch-praktische Konsequenzen folgen würden. Wir haben dabei allzuoft den sozialen Charakter und die Interessenslage der Bewegung selbst außer acht gelassen bzw. falsch eingeschätzt. Wir konnten der Bewegung daher politisch bestimmte Aufgabenstellungen nur moralisch vorhalten, die aber nicht die ihren waren und auch kaum werden können. Für uns steht es daher an, uns jenseits unserer politischen Enttäuschung über den Charakter der Bewegung klarzuwerden, unsere eigenen Möglichkeiten und die Bedeutung politischer Vorschläge richtig einzuschätzen. Es geht also im Folgenden nicht um eine "Kritik" der Bewegung oder der Autonomen, nicht um moralische Vorwürfe sondern darum, zunächst mal überhaupt zu kapieren, was der soziale Charakter der Mobilisierungen war und ist. Von einem materialistisch-revolutionären Standpunkt aus liegt es uns sowieso fern, irgendwelchen Bewegungen äußerliche Maßstäbe anzulegen. Nicht die Bewegung ist "falsch" sondern unsere Erwartungen an sie!

In der Nummer 33 vom September 84 hatten sich bereits Leute aus Berlin ähnliche Fragen gestellt: Im Rückblick auf die Berliner Häuserkampfbewegung 80/81 werden deren ganze Schwächen, deren Verweigerung über sich hinauszugehen, die bewußte Marginalisierung in den selbstgewählten Freiräumen usw. sehr genau analysiert. Jede dieser Aussagen können wir in Bezug auf den erneuten Kampfzyklus nur wieder unterschreiben - wobei der Häuserkampf heute ein viel isolierteres Moment der Gesamtbewegung ist, als er es 80/81 war. Der Artikel wirft dann zwei zentrale Fragen auf, die sich uns heute genauso stellen, wenn wir auf die gescheiterten Versuche zurückblicken:

"Angesichts der heutigen Situation müssen wir uns fragen, wie es möglich war, daß sich die revolutionäre Kraft einer Bewegung von ein paar tausend Leuten so schnell verbrauchen konnte, wieso der Häuserkampf als Angriff auf die Besitzenden, als Aneignung von Wohn- und Lebensraum so schnell vorbei war. Gleich am Anfang tauchen Fragen auf, die wir nur unbeantwortet vorneweg in den Raum stellen können.

Hat eine solche Bewegung überhaupt ein Interesse daran, den Kampf auszuweiten und Forderungen aufzustellen, die sich an den Bedürfnissen weiter Teile der Klasse orientieren?

Ist es überhaupt möglich, einen proletarischen Häuserkampf zu führen, ohne daß gleichzeitig Kämpfe auf der Produktionsebene stattfinden und diese untereinander verbunden werden?"

Der Artikel versuchte dann unabhängig von diesen Fragen Ansatzpunkte und Vorstellungen einer Ausweitung des Häuserkampfes zu formulieren. Dies ist die Art, wie auch wir immer wieder versucht haben, uns auf den (eigenen) Häuserkampf zu beziehen. Heute müssen wir aber die beiden genannten, davorliegenden Fragen **beantworten**! Und in diesem Sinne sind auch unsere Thesen zu verstehen - nicht als x-ter Appell an die Bewegung, den "Kampf auszuweiten", das "Ghetto zu sprengen", sich "auf die Klasse zu beziehen", sondern als materialistische Analyse der Bewegung selbst, ihrer sozialen und politischen Zusammensetzung, als (vorläufige) Antwort auf die Frage, ob diese Forderungen sich mit ihren Interessen überhaupt vermitteln lassen!

1. DIE NEUE BEWEGUNG

Der Kampf um Häuser, Wohnungen oder soziale Zentren ist nie unabhängig von anderen Bewegungen abgelaufen. Aus ihnen schöpft er seine Kraft und für sie bekommt er bestimmte Funktionen. Die Besetzungen und Mieterkämpfe Anfang der 70er Jahre standen im Zusammenhang mit Fabrikkämpfen und der Bewegung jugendlicher Proletarier. Die Hausbesetzungen und Kämpfe um sie in den letzten zwei Jahren sind ohne die neuen Mobilisierungen zu Sare, Libyen oder Wackersdorf/Brokdorf ebensowenig denkbar. Das bedeutet aber, daß wir den Kampf um die Häuser nicht unabhängig von dieser Bewegung und ihrem politischen Charakter betrachten können. Die Autonomen gehen durch ihre Militanz und politische Radikalität in ihren Aussagen über diese "neuen sozialen Bewegung" hinaus, bleiben dabei aber immer auf sie bezogen. Weder gibt es eine politisch-praktische Kritik an diesen Bewegungen, noch unterscheiden sich die Autonomen in ihren sozialen Verhaltensweisen von diesen Bewegungen insgesamt. Im Unterschied zu anderen Ländern wie Italien oder Frankreich haben die Bewegungen in der BRD ein relativ hohes Maß an "Auto nomie", d.h. sie entwickeln ihre Kämpfe weitgehend selbständig, außerhalb der Parteien- oder Vertretungsstruktur (das macht diese Bewegungen auch für Leute aus anderen Ländern so faszinierend). Diese Selbständigkeit entdecken wir schon in den Mikrostrukturen der Bewegung und auch der Autonomen: viele Leute sind es gewohnt unmittelbar von sich auszugehen und ihr Anliegen in die Tat umzusetzen; es bilden sich kleine Grüppchen, die sofort losschlagen; es wird nicht von einer umfassenderen Logik gesellschaftlicher Kämpfe oder einer breiteren Organisierung ausgegangen (was auch bedeutet, daß man sich ihr nicht unterordnet), sondern jede Gruppe macht die Sachen für sich und hofft auf das spontane Zusammenkommen mit anderen Gruppen (worin dann die Bewegung besteht - "die subjektivistische Logik der Autonomen ..., die von einem verschworenen Häufchen im Kampf gegens System ausgeht", aus einem Kölner Diskussionspapier); daher gibt es auch kaum umfassende Diskussionsprozesse, weil sie für diese Art des selbständigen Handelns gar nicht notwendig sind; statt gemeinsamer Klärung bleiben verschiedene politische Aufgaben pluralistisch nebeneinander stehen - "mein Teil, Dein Teil"; ebensowenig lassen sich Gruppen/Leute auf den Maßstab irgend-

welcher langfristiger oder prinzipieller Zielsetzungen ein ("Dieses 'Fallenlassen' vom Ziel Revolution und damit auch das Fallenlasen der Frage nach dem Weg, den wir uns für deren Verwirklichung freikämpfen müssen, hat sich nahtlos bis zu den 'Autonomen' der 80er Jahre verlängert." ebenda); und schließlich entspricht diesen Verhaltensweisen das hohe Niveau von handwerklichen Fähigkeiten: die Kleingruppe geht sofort daran, ihre Sachen praktisch, und das heißt dann oft in erster Linie technisch, umzusetzen. Erst abzuklären, welche Mittel und Werkzeuge wir brauchen, bevor das politische Ziel gemeinsam diskutiert ist, entspricht ziemlich genau diesen Verhaltensweisen.

Die politische Autonomie, die sich über diese Verhaltensweisen und Mikrostrukturen sehr wirksam herstellt, trägt also zugleich Züge eines kleinbürgerlichen Individualismus/Unabhängigkeit/Selbständigkeit. Und in der Tat sind es viele der "neuen Selbständigen", die diese Bewegung tragen. Und umgekehrt reproduziert sich der Großteil der Bewegung durch eine Mischung von Klauen, Hausbesetzung, bezahlter politischer Arbeit und Alternativbetrieb. (Diese breite Facette von "Selbständigkeit" im politischen und ökonomischen Bereich, die nicht einfach auf den integrierten, profitorientierten Alternativbetrieb reduziert werden kann, hatte wohl auch Negri mit seinem Begriff von "Selbstverwertung" vor Augen.) Was also auf der einen Seite die relative politische Autonomie ausmacht, prägt auf der anderen Seite die gesellschaftliche Abschottung der Bewegung, ihre "Ghettoisierung", aber auch die Isolierung und Abschottung der verschiedenen Mikrostrukturen innerhalb der Bewegung.

2. DIE ROLLE DER HÄUSER AM KÖLNER BEISPIEL

In Köln haben sich schon immer verschiedene Linien in Bezug auf Hausbesetzungen überlagert. Seit 1969 wurden von Sozialarbeitern, die später ihren Job aufgaben und den SSK (Sozialistische Selbsthilfe Köln) bildeten, Häuser besetzt: um Trebegängern oder Psychiatrieflüchtlingen eine Bleibe zu verschaffen, Sanierungsprojekte zu bekämpfen und für die SSK-Kollektive selbst. Die Stadt Köln hatte demgegenüber schon in den 70er Jahren eine flexible Politik entwickelt. Die "Kölner Linie" besagt, daß Besetzungen solange geduldet werden, wie keine konkreten Maßnahmen mit dem Haus anstehen. Damit schaffte sich die Stadt auch den unnötigen Ärger vom Hals, dasselbe Haus immer wieder räumen zu müssen; außerdem leistete der SSK eine unbezahlte Sozialarbeit, was von der Stadt trotz regelmäßiger Konflikte auch honoriert wurde, bzw. werden mußte, da der SSK als "Vertreter" der "Armen Menschen" eine verbreitete Sympathie genießt. Das ist in diesem Zusammenhang nur wichtig, weil es erklärt, warum in Köln Hausbesetzungen immer wieder einfach als alternative Form der Wohnungssuche realistisch in Betracht gezogen werden können.

Die Welle von Besetzungen in der Phase 80/81 wurde daher hier auch nicht so abrupt abgebrochen wie in Berlin. Es gab weiter einzelne Besetzungen, Räumungen und Verhandlungen. Einen gewissen Einschnitt stellt 1984 dar. Einige wichtige Häuser werden geräumt und mit den Ex-Besetzern eines Hauses erprobt die Stadt ein neues Modell: Renovierung in Eigenarbeit mit anschließendem Vertrag statt Besetzung. Die neuen Besetzungen, die dann ab Ende 85 laufen, sind so bunt zusammengesetzt, wie die ganze neu entstehende Bewegung - Besetzungen für alternative Kultur und Arbeit, Besetzungen als reine Wohnraumbeschaffung, Besetzung für einen Infoladen ... Es sind ganz verschiedene Scenes und Gruppen, die besetzen und sie treffen sich eher in Wackersdorf am Bauzaun als auf gemeinsamen Treffen in Köln. Die Aktionen, die von den Häusern direkt zum Häuserkampf laufen, bleiben ziemlich punktuell. Der Aufschwung des Häuserkampfs selbst, seine Politisierung kommt erst unter dem äußeren Druck zustande: Häuser werden geräumt, bei einer Besetzung kommt es nach einer Schlägerei mit dem Besitzer zu einem massiven Bulleneinsatz, andere Häuser sind von Räumung bedroht. Erst in Bezug auf diese Situation gibt es wieder mehr Diskussion zwischen den Häusern (und auch innerhalb der Häuser) und werden gemeinsame Aktionen möglich. Als im November 86 das Haus mit dem Infoladen geräumt wird, gibt es einen Tag voll heftiger Reaktionen darauf (Scherbendemo usw.), Diskussionen und Mobilisierungen halten eine zeitlang an und im Zusammenhang mit dem Hamburger Aktionstag läuft in Köln auch ein Aktionstag - mit kaum ausgeweiteter Beteiligung. Überlegungen, mit dem Aktionstag einen Schritt weiter zu kommen, nicht nur zu reagieren, den Kampf auszuweiten, haben sich nicht erfüllt. Das eigentlich zentrale Problem, das wir auch als solches immer herausgestellt hatten - die Ausweitung des Kampfes über weitere Besetzungen -, fand keine Lösung. Ein gleichbleibend kleiner Kreis von Besetzern machte und macht die Aktionen. Weder ließ sich eine neue Kettenreaktion von Besetzungen auslösen, noch konnten wir die damals diskutierte Parole "Häuserkampf ist Klassenkampf" in irgendeiner Form konkretisieren, die nicht erstmal Sozialarbeit oder Stellvertreterpolitik bedeuten würde.

Was war also die Funktion der Häuser?

Sie waren Wohnraum für die Bewegung und zugleich Freiräume für ein anderes soziales und kulturelles Leben; Freiräume, in denen sich die oben beschriebene Selbständigkeit der Bewegung entwickeln konnte - politisch wie handwerklich. Da jede Besetzergruppe sich zunächst nur auf "ihr" Haus bezieht, es renoviert, Arbeit reinsteckt und die Verantwortung trägt, erfolgt trotz der juristischen Verletzung des Eigentums in den meisten Fällen doch wieder eine private Aneignung. Kollektiven Diskussionen und Entscheidungen über die Häuser können sich die einzelnen Gruppen einfach durch Nichtbeteiligung entziehen. In diesen Verhaltensweisen liegt dann der grundsätzliche Ansatzpunkt von Verhandlungsangeboten.

In Bezug auf die Bewegung waren die Häuser immer eine sehr effektive, da alltägliche Kommunikations- und Organisationsstruktur: Informationen gehen schnell rum, und wenn etwas läuft, das alle interessiert, können schnell Leute mobilisiert werden. Aber gleichzeitig bleibt diese Struktur damit stark auf die Häuser beschränkt. Szene-Leute, die nicht in den besetzten Häusern wohnen, fallen aus diesen Strukturen oft raus. Und auch der Versuch, gegen diese Begrenzungen Infoläden zu setzen (siehe die Diskussionen auf den Hafentagen Sylvester 1985), zeigt, daß es bei den Organisierungsversuchen im Umfeld der Häuser immer zuerst um die eigenen, inneren Strukturen ging. Organisierung wurde in Bezug auf den inneren Zusammenhalt der autonomen Szene, nicht in Bezug auf unser Verhältnis zur Klasse bestimmt. Der Kampf um die Häuser war nicht der Ausgangspunkt, sondern ihre Bedeutung als "befreite Rückzugsgebiete" der Bewegung. Das wird auch daran deutlich, daß es in einigen Städten nicht Neubesetzungen waren, auf die sich der "Häuserkampf" bezog, sondern die Politisierung von Restbeständen des vorherigen Kampfzyklus (Bronx in Bochum, Kiefernstraße in Düsseldorf oder auch die Hafenstraße).

3. DER SOZIALSTAAT ALS BASIS DER POLITISCHEN ABSPALTUNG

Der Sozialstaat der BRD funktioniert auf diese Weise und vor allem aufgrund der vergleichsweise großen Möglichkeiten, sich über ihn zu reproduzieren, als Instrument der politischen Abschottung. Im Unterschied zu anderen Ländern macht er die Existenz einer breiten, aber politisch marginalisierten Sozialbewegung erst möglich.

Leute, die im Baskenland versuchten, die Situation der Bewegung und der Autonomen in der BRD zu erklären, stießen erstmal auf großes Unverständnis. Die Leute dort konnten sich überhaupt nicht vorstellen, wie eine Bewegung eine solche gesellschaftliche Unabhängigkeit annehmen kann, da die Organisationsformen der hiesigen Autonomen im Baskenland undenkbar wären - allein schon deswegen, weil es keine Wohnungen oder Häuser gibt, in denen Leute nach ihren Bedürfnissen zusammenwohnen können, und weil die Leute kein arbeitsfreies (oder an Alternativarbeit gebundenes) Einkommen haben, das solch ein politisches Verhalten ermöglichen würde.

Der Sozialstaat der BRD wirkt also durchaus politisch stabilisierend: er gibt den Leuten, die die Arbeit am massivsten verweigern oder oppositionelle Vorstellungen transportieren, ein relativ hohes Einkommen und verhindert damit, daß sie zu politischen Faktoren in den Sphären der alltäglichen Ausbeutung, des massenhaften Elends werden könnten. Nach den großen Auseinandersetzungen in Wackersdorf gab es den Vorschlag, die Festgenommenen auf den Bezug von Arbeitslosenknete hin zu überprüfen. Ihnen sollte dann wegen der Demobeteiligung ("Nichtvermittelbarkeit") eine Sperrzeit reingedrückt werden. Dieser Vorschlag ist nicht weiter verfolgt worden, schließlich hält sich der Staat mit der Finanzierung dieser "Chaoten" (an anderer Stelle) den Rücken frei!

Unsere Hoffnungen auf eine gesellschaftlich tiefergehende Dynamik der neuen Bewegung stützten sich darauf, daß die Subjekte der Bewegung heute stärker proletarisiert sind, daß die Frage von Einkommen und Arbeitszwang auch für sie drängender werden. Die Bewegung sollte sich ihrer "eigenen sozialen Triebfedern bewußt" werden ("die phase", s.o.), um so aus ihrer politischen Abschottung auszubrechen, sich in ihren eignen Einkommenskämpfen mit Klassenkämpfen verbinden zu können.

Die soziale Zusammensetzung der Bewegung ist auch heute sowohl der Herkunft wie der aktuellen Einkommenssituation nach klassenunspezifisch. Denn Proletarisierung kann nicht allein an der Einkommenshöhe oder der Arbeit festgemacht werden. Ein Unternehmer, der einen asketischen Lebenswandel pflegt, um seinen Akkumulationspflichten nachzukommen, ist deswegen noch nicht proletarisiert. Es geht also auch um die Form des Einkommens und des sozialen Verhaltens dazu. Der Sozial/Arbeitslosenhilfe beziehende Alternativunternehmer betrachtet die Sozialknete nicht als Proletarisierung sondern als Subventionierung seines Sprungs in die Selbständigkeit (dem tragen neuere Modelle der Verwendung von ALG-Ansprüchen zur Betriebsgründung bereits Rechnung!). Und in analoger Weise behandeln politisch Selbständige ihre Finanzierung durch den Sozialstaat als faktische Bezahlung ihrer politischen Arbeit. Auch hier hat der Sozialstaat nahtlose Übergänge geschaffen: die Ausweitung von ABM in sozialarbeiterischen oder kulturellen Projekten (grade solchen mit formaler Selbständigkeit) wird nicht als Proletarisierung/Ausbeutung betrachtet, sondern als Bezahlung für das, was politisch sowieso gemacht werden sollte. Neben ABM kommt hier auch die gesamte Dezentralisierung von medizinischen, pflegerischen, sozialarbeiterischen usw. Aufgaben in Form von alternativen Kleinprojekten zum Tragen: es entsteht ein relativ großer Arbeitsmarkt, der den Ruch von Ausbeutung oder staatlicher Steuerung verloren hat und somit eine breite Ausweichmöglichkeit vor dem normalen Arbeitsmarkt eröffnet.

4. DAS GHETTO ALS STRATEGIE UND KAMPFFORM

"Aber es sind nicht nur objektive Kräfte, die wirksam sind. In solch einer Welt sind die antagonistischen Menschen nur zu erfreut, Gleichgesinnte zu finden. Solche Gruppen werden dann zu den Bezugspunkten für Identität, Sicherheit und Unterstützung. Allmählich kommen die Leute dazu, ihre Marginalisierung zu akzeptieren, und diese 'Selbst-Ghettoisierung' schneidet die Leute nicht nur aus 'ideologischen' Gründen von anderen oppositionellen Gruppen ab. Das heißt, es gibt ein bestimmtes Maß von (unbewußter) Komplizenschaft mit den Instrumenten des Teile-und-Herrsche. Die Brüche zwischen den Gruppen tauchen auf, wenn eine entweder ausdrücklich oder unausgesprochen beansprucht, den Schlüssel für die wirkliche gesellschaftliche Umwälzung zu besitzen, das historische Subjekt zu sein. (Isolierung und Avantgardismus schließen sich oft wechselseitig ein.)

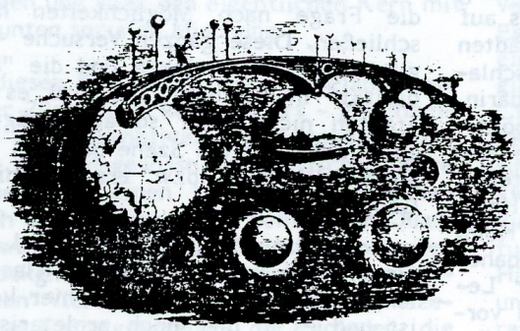
Trotz der Veränderungen in den sozialen Beziehungen, die in den Straßenkämpfen stattgefunden haben, gab es daher, sobald sich die Frage der Organisierung aufdrängte, eine innere Tendenz bei den Leuten, 'automatisch' in die ihnen vertrauten Rollen zurückzufallen und damit die alten Spaltungen zu reproduzieren." (aus: We want to riot not to work)

Diese Analyse der 1982er Organisierungsversuche nach den Riots in Brixton trifft mindestens genauso auf die hiesige Bewegung zu. Die Abschottung, die durch die Möglichkeit Häuser zu besetzen und Sozialknete zu beziehen ermöglicht wird, wird von der Bewegung selbst weiterentwickelt, da sie sich in ihren Lebensweisen und Anschauungen im Gegensatz zur "normalen Gesellschaft" erfährt. Die Szene/Bewegung fängt daher an, auf ihrer

Besonderheit gegenüber dem Rest der Welt zu beharren, die eigenen Freiräume als Modell der Befreiung zu entwickeln. Damit findet aber ein wichtiger Umschlag statt: das Ghetto, die Absonderung sind nicht mehr nur Ausgangspunkt der Kämpfe und der Selbstveränderung, sondern sie werden als **die** praktische Methode behandelt. Das Ghetto wird selbst zur Kampf**form**, die Absonderung zur Strategie.

Im II. Teil wollen wird das daran betrachten, wo Häuser besetzt werden, warum sich die Szene auf bestimmte Stadtteile konzentriert und wie diese sozial charaktersiert sind (es sind ja nicht die klassischen Arbeiterquartiere!), wollen aber jetzt erstmal aus dem bisherigen eine Antwort auf die erste Frage aus dem Berlin-Artikel versuchen: Nein - die Bewegung selbst hat kein **Interesse** an einer Ausweitung. Der heute wohlfeil gehandelte Vorschlag, "das Getto zu sprengen", ist ohne soziale Basis, steht quer zu den aktuellen Bedürfnissen der Bewegung.

(Das heißt nicht, die Bewegung zu verurteilen, oder die Bedeutung der Politisierung von Leuten in ihr zu ignorieren - aber es kann uns davor bewahren, falsche Ansprüche und Forderungen an die Bewegung bzw. die Autonomen zu stellen! Es heißt auch nicht, die Rolle der momentanen Diskussionsprozesse zu unterschätzen, aber diese kommen nur dann über den jetzigen Charakter der autonomen Szene hinaus, wenn sie nich länger Sache des Interesses ("Bock") sind.)

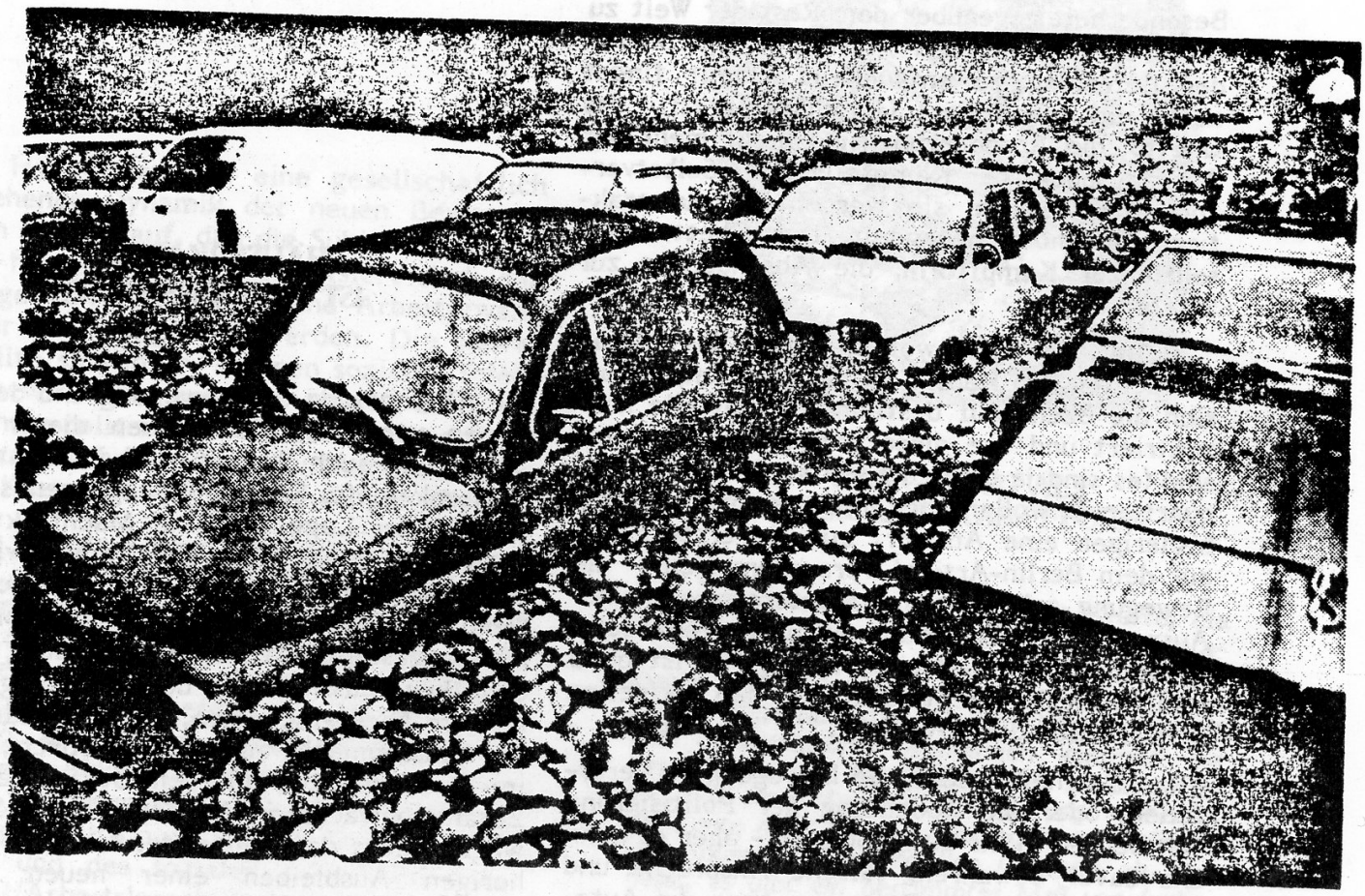


5. HÄUSERKAMPF IST KLASSENKAMPF!?

Die Abschottung der Bewegung und der Autonomen von den Klassenlinien dieser Gesellschaft hat auch ihren Grund im Zustand des Klassenkampfs. Soziale Bewegungen sind sehr wohl in der Lage, sich auf Machtfaktoren zu beziehen - was schon das immer wieder zu beobachtende Schielen auf die Grünen zeigt. Wenn die eigentlichen Machtfaktoren der Klassengesellschaft keine Bedeutung spielen, dann liegt das nicht an der Bewegung sondern an dem Nichterscheinen, Nichtwirksamwerden der Klassenmacht auf einer politischen Ebene, im Zusammenstoß mit dem Staat. Das Nicht-Zusammenwachsen von Klasse und Sozialbewegung liegt daher in erster Linie an dem bisherigen Ausbleiben einer neuen Klassenkonfliktualität (im Unterschied etwa zu Frankreich, Spanien oder Griechenland).

Den Häuserkampf als Klassenkampf führen zu wollen, ohne daß die Klasse sich neue Formen von Macht in den "Zentren" der Ausbeutung angeeignet hat, ist daher nach beiden Seiten hin ein untauglicher Vorschlag: der Bewegung bleibt er (materialistisch zu recht) äußerlich, gegenüber der Klasse kann er höchstens zu sozialarbeiterischen oder stellvertreterischen Politikversuchen führen (es ist zu befürchten, daß einige ihn in dieser Weise auch aufgreifen werden, zumal damit wie bei jeder Sozialarbeit der Übergang zu Bezahlung der politischen Qualifikation möglich ist).

Auch die zweite Frage des Berlin-Artikels müssen wir also mit "Nein" beantworten - das heißt aber dann, daß die unter Autonomen gehandelten Versuche, über die eigenen Hausbesetzungen und/oder Stadtteilarbeit einen "einfacheren" Bezug zur Klasse herstellen zu können, entweder ein Taschenspielertrick oder die politische Legitimation für eine Karriere als Sozialarbeiter sind. Taschenspielertrick in dem Sinne, daß der eigene politisch-revolutionäre Anspruch doch noch irgenwie mit den sozialen Verhaltensweisen und den Organisierungsformen der autonomen Bewegung vermittelt werden soll. Die Aufgabe der bisherigen Betrachtung war es, aufzuzeigen, warum das nicht geht.



Teil II: Grenzen des Stadtteils

Als eine Möglichkeit der sozialen Ausweitung und Verankerung, des praktischen Bezugs auf die Klasse, wird zur Zeit in einigen Städten eine Aufnahme von **Stadtteilarbeit** vorgeschlagen. Eine materielle Basis dafür liegt darin, daß sich die Szene, die Subjekte der politischen Bewegung bzw. eingegrenzter: die Autonomen, selbst in bestimmten Stadtteilen konzentrieren - St.Pauli und Altona in Hamburg, Kreuzberg in Berlin, Ehrenfeld in Köln. Der Vorschlag von Stadtteilarbeit kann daher scheinbar in organischer Weise an der Lebenssituation der Autonomen und schon vorhandener Organisierung im Stadtteil anknüpfen. In Hamburg hatten sich Stadtteiltreffen "gegen den Bullenterror" gebildet; in Köln wurde Ehrenfeld zum Stadtteil der Szene: hier wurde besetzt, hier sollten die eigenen Demos laufen, der Infoladen sollte über die Organisierung der Szene hinaus ein Ansatzpunkt zur politischen Arbeit im Viertel sein (so jedenfalls eine Minderheitsposition); in einer AG der libertären Tage berichteten Leute aus dem römischen Stadtteil Centocelle über die Besetzung eines Hauses als sozialem Zentrum und ihre Erfahrungen im Stadtteil. Leute aus Hamburg, Hanau und Köln versuchten daran die Frage nach Möglichkeiten hier anzuschließen. Diese ganzen Versuche - ähnliches gilt wohl für Göttingen und die "Mietersolidarität" in Freiburg, nur daß es in diesen Städten nicht mehr so ausgeprägte Viertel, auch nicht was die Szene betrifft, gibt - sind steckengeblieben, bzw. erst gar nicht in die Gänge gekommen.

Die Unterstellung, im Viertel ließen sich am ehesten Verbindungen zur Klasse herstellen, weil a) auch die Szene hier konzentriert ist und es b) hier noch proletarische Strukturen für die Aufnahme des Kampfes gäbe, scheint nach beiden Seiten hin falsch zu sein. "Wir denken, daß gerade hier im Viertel die Möglichkeit besteht, mit vielen Leuten zusammenzukommen und sich dagegen (die Kohleprobleme) zu organisieren." (Papier zu einem Hamburger Stadtteiltreffen) Ähnliche Formulierungen haben auch der Kölner Diskussion zugrundegelegen, als im Zusammenhang mit dem Infoladen über weitere politische Schritte diskutiert wurde.

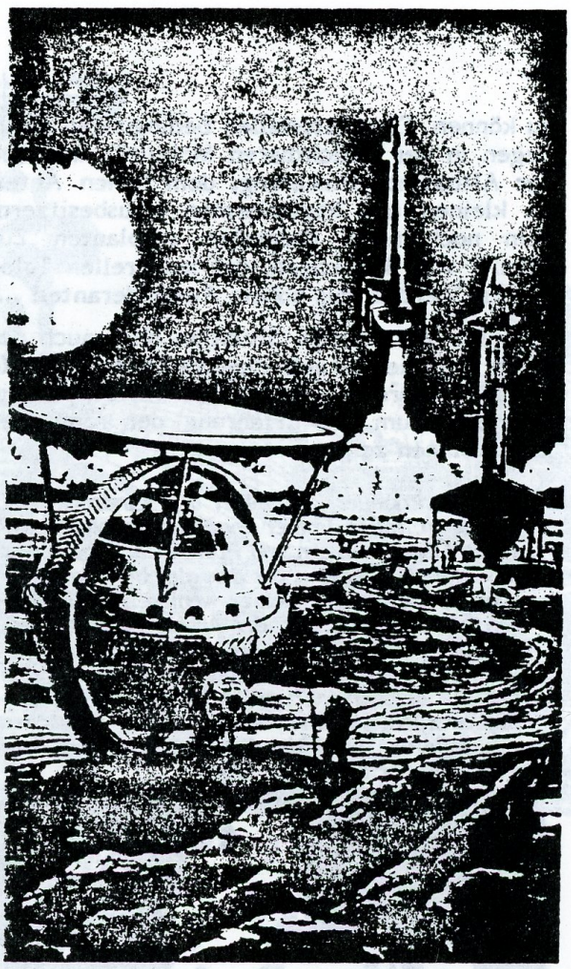
1. GHETTO IM STADTTEIL IST NOCH KEIN GHETTOSTADTTEIL.

Eine immer wieder zu hörende Schutzbehauptung der Szene besagt, daß sie selbst in proletarischen Vierteln wohne, wobei dann der Hinweis auf die Zahl der Arbeitslosen, Sozialhilfeempfänger oder Ausländer kommt.

Die sozialen Motive für die räumliche Konzentration der Szene liegen aber woanders. Die Viertel der Szene sind in aller Regel Altbauviertel, die den Angriff der Flächensanierung Ende der 70er teilweise überlebt haben, die Durchgangsquartiere für Migrantenfamilien darstellten, einkommensschwachen Studenten oder eben dem besagten Sozialhilfeempfänger billigen Wohnraum boten, in denen aber gleichzeitig die neuen Konzepte der Altbausanierung (siehe IBA: kleinräumige Stadterneuerung") seit Mitte der 70er zum Tragen kamen. Es sind Viertel, die zwar weiter einen hohen Ausländer- und Sozialhilfeempfängeranteil haben, deren soziale Homogenität aber weitgehend zerstört ist. Bei dieser Feststellung dürfen wir uns auch nicht auf die statistischen Daten verlassen, da die statistischen Abgrenzungen der Stadtteile (Verwaltungsgrenzen) mit den eigentlichen räumlichen Zentren nicht übereinstimmen. So enstpricht der Altbaukern von Ehrenfeld überhaupt nicht dem Verwaltungsbereich: in dem gibt es weit auseinanderliegend wirkliche Hochhausghettos, Obdachlosensiedlungen, Eigenheim-Beamtensiedlungen und eben den eigentlichen Kern mit einer bunten sozialen Mischung.

Auf diesen Kern haben sich die Planer seit Ende der 70er Jahre konzentriert - gleichzeitig sind die Alternativen und Autonomen zugezogen. Es gibt gewisse untrügerische äußere Anzeichen, die einen Unterschied zwischen den noch ansatzweise sozial homogenen Quartieren (wie Teile von Kalk, Vingst, Chorweiler oder Blockghettos wie Kölnberg) und den "dynamischen" Vierteln anzeigen: die Kneipenszenerie, das Kulturgeschehen, der Bioladen, die Existenz eines Kopierladens oder auch die Wahlergebnisse der Grünen. Das überdurchschnittliche Ergebnis der Grünen in Ehrenfeld veranlaßte Kölns ersten Statistiker 1984 zu der Bemerkung, daran lasse sich ablesen, daß die mit den Sanierungsplänen angezielte soziale Neuzusammensetzung des Viertels auf dem Weg sei.

Die Viertel, die die Szene anziehen, sind also nicht die proletarischen Viertel, schon gar nicht die Ghettos im engeren Sinne, sondern



stark durchmischte Viertel mit einem alten Flair, in denen eben auch Proletarier wohnen. In Ehrenfeld gibt es in der Tat noch "soziale Zusammenhänge", das Zweite, auf das sich die Versuche autonomer Stadtteilpolitik berufen. Es gibt die türkischen Großfamilien und Vereine, Spielhöllen (=Teestuben) und Kneipen, es gibt kleine Ghettos von Italienern und deren Club Gran Sasso, es gibt die deutschen Thekenzusammenhänge und Schützenvereine - es sind alles getrennte soziale Strukturen, im Viertel aber ohne einen Zusammenhang als Viertel, und genauso separat gibt es die Struktur der Autonomen/Hausbesetzer mit ihren Häusern und Orten. Es handelt sich bei allen um soziale und kulturelle Überlebensstrukturen, aber sie stehen quer zu den Erfordernissen von Kämpfen im Viertel oder gegen die Sanierung des Viertels. Alle diese Kulturen beruhen sogar auf ihrer Abgrenzung - nicht unbedingt mit feindlichem Charakter! - voneinander. Ehrenfeld, das Viertel, besteht für die Autonomen aus ihren Häusern, vielleicht noch aus einem Spaziergang während einer Demo.

Es scheint also so zu sein, daß es nicht die proletarische Struktur ist, die die Szene anzieht, sondern genau diese Möglichkeit, seine eigene Kultur neben anderen hier entwickeln

zu können. Die materiellen Bedingungen dafür liegen in der unsichtbaren Mobilität während der Altbaumodernisierung, dem hohen Anteil an kleinen und kapitalarmen Hausbesitzern, dem noch nicht dermaßen verplanten Zuschnitt von Wohnungen, der kulturellen Toleranz in Vierteln mit hohem Ausländeranteil ...

Für die heutige Situation hilft auch der Blick auf die beeindruckenden Mieterkämpfe der 70er Jahre in Italien nicht weiter, wie die Diskussion um die Erfahrung der römischen Genossinnen zeigte:

"Die Centoceller schränken den Eindruck ein, daß es in Italien immer enge Beziehungen zwischen Hausbesetzern und Proletariat gibt. Zwar leben die Besetzer unter den gleichen ökonomischen Bedingungen, weil es weniger Möglichkeiten (als hier) gibt, sich der Arbeit zu entziehen, politisch gesehen befinden sie sich aber teilweise auch in der Isolation. Da hauptsächlich nur die eigenen kulturellen Bedürfnisse befriedigt werden, kommen auch weniger Menschen aus anderen Teilen des Proletariats." (aus dem Protokoll der libertären Tage)

2. KRITIK DER STADTTEILIDEOLOGIE

Gehen wir trotzdem nochmal zurück zu den proletarischen Mieterkämpfen Anfang der 70er Jahre, da sie uns einen tieferen Einblick in die Funktion und Bedeutung des Stadtteils geben, als der unbedarfte Blick auf das eigene "Wohnumfeld". Die neuen Kämpfe in den Fabriken, aber auch in den Klitschen oder die der Hausfrauen gegen die Abwälzung der reproduktiven Funktionen auf sie bilden den Hintergrund dieser Mietkämpfe. Auch in Frankfurt gibt die Beteiligung der Arbeitsmigranten dem Häuserkampf seine Sprengkraft. In Turin hat ein politisches Kollektiv die Erfahrungen der Stadtteilkomitees, die sich in den 60er Jahren gebildet hatten und Träger von Miet- und Häuserkämpfen wurden, durch Fragebögen und Gespräche mit den einzelnen Komitees genauer untersucht und eine Einschätzung entwickelt. Zunächst analysieren sie die Entwicklung der kapitalistischen Stadt:

"Nur so wird es möglich sein zu verstehen und nachzuprüfen, ob der Stadtteil auch heute noch eine Bedeutung und konrete politische Inhalte hat, die dazu geeignet sind, einen echten antikapitalistischen Kampf auf Stadtebene hervorzurufen, oder ob er nichts anderes als eine mystifizierende Formel ist, verbunden mit einem anachronistischen Begriff von Stadt, die als eine Gesamtheit von Zellen, den Stadtteilen, gesehen wird, welche eine eigene relative Autonomie besitzen und daher mögliche Objekte einer Verwaltung von unten sind. Aller Wahrscheinlichkeit nach geht dieser Begriff auf eine für Italien zwar nicht lange zurückliegende, aber nichtsdestoweniger überwundene Vergangenheit zurück, in der in den Stadtvierteln an der Peripherie der Stadt die Klasse wohnte und arbeitete und jene Arbeiterstadt ins Leben rief, die sich als reale Alternative der bürgerlichen Stadt entgegenstellte, weil sie fähig war, eine echte ökonomische und kulturelle Autonomie auszudrücken. Heute erscheint das Problem der Stadt eindeutig nicht mehr in dieser Weise. Die Zersplitterung der Arbeiterstadt in Schlafstädte und Industriegebiete und die Durchsetzung des Kapitals im gesellschaftlichen Bereich haben die städtischen Widersprüche und Konflikte in eine Dimension verlagert, die weit über das Arbeitsfeld der Stadtteilkomitees hinausgeht. Diese geraten aufgrund der Selbstbeschränkung des Gebietes der Intervention, die sie sich auferlegt haben, immer mehr in Gefahr, in einen Lokalismus zu verfallen und in eine Kanalisierung der politischen Beteiligung der Basis auf einen Bereich, welcher vollkommen ungeeignet ist, Kämpfe hervorzurufen, die zu einer wesentlichen Beschneidung des Einflusses, den die bürgerliche ökonomische Macht auf die Stadtstruktur ausübt, in der Lage wären."(Turiner Kollektiv, Stadtteilarbeit, merve 1974, S.83)

Dies ist auch eine Schlußfolgerung aus den konkreten Erfahrungen, die die Stadtteilkomitees gerade angesichts breiter Kämpfe in Turin gemacht haben:

"Einerseits nimmt 1968 das Konfliktpotential der Protestbewegung zu und weitet sich, ausgehend von der Schule, bis zu den Fabriken und Institutionen aus; andererseits kann sich in den Stadtteilen eine noch grundsätzlich über den Klassengegensätzen schwebende Mitbestimmungsideologie durchsetzen."(23)

Durch die aufkommende Bewegung und die sich organisierenden linken Kräfte kann zwar die Dominanz der Reformisten in einigen Stadtteilen zurückgedrängt werden, sie entwickeln eine Strategie der "städtischen Gegenmacht" und kritisieren Stadtteilkomitees, die "hinter einem formalen Programm für die Mitbeteiligung der Bevölkerung meist die Funktion einer Rationalisierung und Ver-

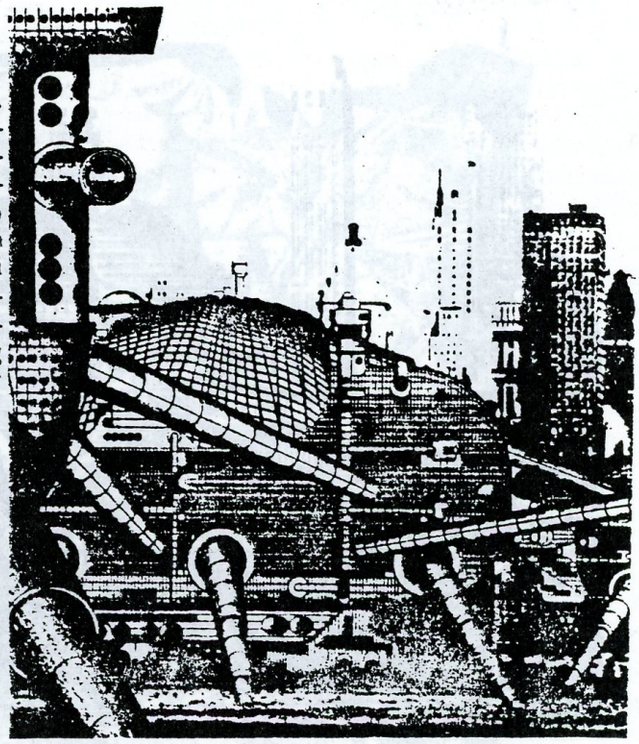
besserung der Kommunalpolitik erfüllten". Aber auch diese Gruppen bleiben den politischen Grenzen des Stadtteils als einer klassenübergreifenden Größe in ihrer Praxis verhaftet. Gerade angesichts der Tatsache, daß die Arbeiter in ihren Kämpfen ein Bewußtsein davon entwickeln, "daß Fabrik und Stadt zwei Momente innerhalb des kapitalistischen Produktionszyklus und damit des Ausbeutungszusammenhangs darstellen", wird der Bezug und die Orientierung am Stadtteil zur Schranke der Ausweitung.

"1969 erreicht des Spontaneismus in seiner Überbewertung der sozialen Konflikte im Stadtteil seinen Höhepunkt; trotz einer starken Tendenz, die lokale Borniertheit zu überwinden, vermehren sich die Stadtteilkomitees und Basisgruppen weiterhin und fördern damit die Zersplitterung der Bewegung."

Die Turiner korrigieren auch den Eindruck, die Aktivitäten im Stadtteil seien damals eine gradlinige Ausweitung der Fabrikkämpfe aufs Territorium gewesen:

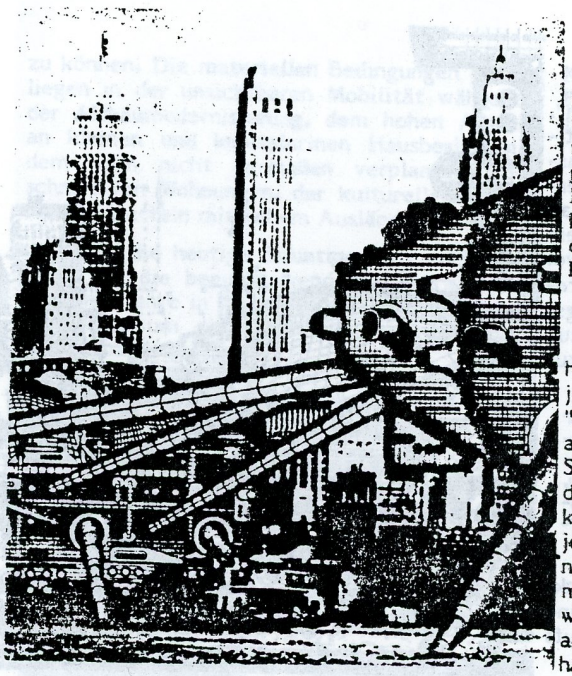
"Der Stadtteil wird mehr und mehr zur zweiten Front der operaistischen Gruppen (Potere Operaio und vor allem Lotta Continua), nicht nur aufgrund der allmählich herangereiften Überzeugung von der Notwendigkeit, die Massenmobilisierung und Organisierung der Arbeiter auszudehnen, sondern auch wegen der Schwierigkeiten, sich in den Fabriken gegenüber der wachsenden Kontrolle, die die Gewerkschaften als Mittler in den Tarifkämpfen ausüben, zu behaupten."

Die ausführlichen Zitate sollen hier nur zeigen, wie genau schon damals die Problematik des Stadtteils diskutiert worden ist, während heute oft eine geschichtslose und unkritische Herangehensweise zu beobachten ist - so als wäre der Stadtteil eine naturgegebene Größe. Nach den proletarischen Mieterkämpfen und den späteren Bürgerprotesten gegen die planstaatliche Sanierung waren es zuerst der Staat und die Stadtplaner, die den Stadtteil als politisches Konzept wiederentdeckten. Die spätestens Ende der 70er Jahre zum Zuge kommenden Sanierungsmodelle bedienen sich dieses Konzepts, grün-alternativ eingefärbt und unter Einbezug oppositioneller Bewegungen (z.B. auch eines Teils der Hausbesetzer), um die Stabilisierung der kapitalistischen Stadt voranzubringen. Ein revolutionärer Bezug kann also nur darin bestehen, die Praxis und Ideologie des Stadtteils zu durchbrechen, da dieser heute ein Instrument gegen die Klasse ist. Das gilt sowohl für den grün befriedeten Stadtteil wie den proletarisch revoltierenden, denn auch beim letzteren liegt die proletarische Ohnmacht in solchen Kämpfen in der Einsperrung im Stadtteil ("Kiez") begründet.



3. "BÜRGER" GEGEN

In den 70er Jahren konnte sich an den Sanierungsprojekten der Kommunen noch eine ganze Menge entzünden. Der Planstaat feierte seine städtebaulichen Triumphe und die damals recht naiven Planer waren über das Ausmaß von Widerstand überrascht. Durch großräumige Flächensanierungen und zentrale Sanierungsträger (meistens staatlich gestützte Wohnungsbaugesellschaften) wurde der Protest und Widerstand auch da vereinheitlicht, wo er keinen gemeinsamen sozialen Ausgangspunkt mehr hatte. Aber diese Initiativen gegen Sanierung erreichten nicht mehr das Ausmaß von breiten Bewegungen, sie nahmen mehr die Form von "Bürgerinitiativen" an, wie sie in allen möglichen Bereichen gegen planstaatliche Gigantomanie entstanden. Sie griffen einerseits die Projekte des Staates an, sahen sich aber andererseits in der Verpflichtung, an alternativen Modellen mitzuwirken - so wie die BISA (Köln: Bürgerinitiative Südliche Altstadt) in der Stollwerkbesetzung vor allem ein Druckmittel zur Durchsetzung ihrer architektonischen Pläne für das Rec ycling alter Industriegebäude sah. Andere Initiativen, wie die des SSK in den 70er Jahren z.B. gegen die Sanierungspolitik der Gothaer Versicherung, trieben zwar die Konfrontation weiter, blieben



DEN PLANSTAAT

aber auf die kämpferische Interessenvertretung der "Bürger im Viertel" oder der "armen Menschen" beschränkt. Der Erfolg vieler Aktionen lag vor allem in der Angreifbarkeit einer reformerischen Technokratie, die sich in der Öffentlichkeit der Widersprüchlichkeit ihrer erklärten Ziele nicht entziehen konnte. In diesen Initiativen, die von unten her nichts vereinheitlichen oder organisieren konnten - eine Mieterversammlung in einem Haus war schon ein Erfolg -, lag daher immer die Gefahr, daß sie von der kämpferischen Interessensvertretung zur institutionalisierten übergehen. Die Einrichtung der Sanierungsbeiräte und das Vordringen der Grünen in die kommunalen Vertretungsstrukturen (Stadtrat und Bezirksvertretungen) boten dazu den organisatorischen Rahmen. Die jetzige Beteiligung des früheren Mülheimer SSK, jetzt SSM, am Sanierungsbeirat in einem der letzten großen Flächensanierungsgebiete in der BRD (was heute auch nicht mehr Kahlschlag heißt!) ist in diesem Sinne nur konsequent - und die Grünen gaben sich alle Mühe, Hausbesetzer und Sanierungsgegner in die Räte zu hiefen.

Daß das jetzt so reibungslos und unkritisiert läuft, hat seinen Grund in den neuen Sanierungskonzeptionen. Zu den alten technokratischen Konzepten gab es kaum Vermittlungsmöglichkeiten, die nackte Gewalt der Planungen ließ sich nur angreifen. Heute sind die Planungen nur noch vorsichtige Rahmenvorgaben, deren Durchsetzung viel versteckter auf der Ebene der finanziellen Bezuschussung und Erpressung der einzelnen Hausbesitzer liegt.

Einige Besetzer aus der Marienstraße haben zusammen mit dem Ehrenfelder SSK jahrelang versucht, ein Musterbeispiel von "Rahmenplanung" (Alt-Ehrenfeld West) anzugreifen, und dabei sind die ganzen Schwierigkeiten sowohl von Viertelsarbeit wie der Konfrontation mit den neuen Sanierungskonzepten deutlich geworden: weder konnte jemals die Stadt als zentrale Instanz der Sanierung überhaupt deutlich oder greifbar gemacht werden, noch konnten wir an irgendwelchen sozialen Zusammenhängen im Viertel anknüpfen. Der soziale Gehalt der Sanierung hat sich dabei gegenüber Flächenplanungen wie in Mülheim kaum geändert - die Sprache der Planer ist nur zu deutlich. Aber auch das endlose Zitieren des dort wörtlich angestrebten "qualitativen Bevölkerungsaustauschs" führte noch nichtmal zu agitatorischen Erfolgen. Durch die Arbeit und Beratung im Viertel bekamen wir zwar die konkrete Umsetzung dieser "Rahmenplanung" hautnah mit (z.B. die Vertreibung von türkischen Familien durch Modernisierungsmaßnahmen, den kalten Rausschmiß durch Handwerker), kamen aber nicht darüber hinaus, dem entweder individuelle Beratungen und Unterstützung oder nur von einem kleinen Grüppchen getragene Störmanöver auf öffentlichen Anhörungen entgegenzusetzen. Bei einer Masse von Leuten haben wir mitgekriegt, daß sie sich durchaus des sozialen Gegensatzes und der Miete als Kampfverhältnis bewußt waren - nur gab es für sie auf dieser Ebene des Wohnens keine Ansatzpunkte von kollektiver Macht. Allzuoft waren unsere Aktionen gegen einzelne Vermieter (und gegen deren Unterstützung durch die Stadt) nur die Begleitmusik zum schließlich resignativen Auszug der Mieter, worauf wir die Häuser bestenfalls noch besetzt haben (was dann dem von den Planern gewünschten "Bevölkerungsaustausch" sehr nahe kam).

Nach all diesen Erfahrungen müssen wir jedenfalls die Vorstellung, auf dieser Ebene lägen günstige Ansatzpunkte für gemeinsame Kämpfe, zurückweisen. Entweder liegt dieser Vorstellung die völlig anachronistische Auffassung zugrunde, der Stadtteil sei ein irgendwie sozial stabiler Ort, was schon die statistisch hohe Mobilität widerlegt, oder es ist sowieso nicht ernstgemeint.

Für eine Veranstaltung zum Kölner Häuserkampf hatten wir - ohne eingehendere Diskussion - auf diese alte Parole zurückgegriffen. Das einzige, was dem im Konzept der Veranstaltung Rechnung trug, war die in ihr (in Form zweier widersprüchlicher Beiträge) geführte Diskussion um den Stadtteil. Ein Beitrag kratzte die klassische "Verteidigung des Veedels gegen die Sanierung" an, indem er herausstellte, daß das "Arbeiten und Leben im Viertel" in den Konzepten kleinräumiger Sanierung von den Planern wieder neu aufgelegt wird: in den diversen Kombinationen von Altbaumodernisierung, Wohnumfeldverbesserung und prekarisierten Arbeitsformen. Wollen wir den politischen Fallstricken des "Stadtteils" entgehen, dann müssen wir uns mit **der kapitalistischen Stadt** auseinandersetzen, sie als ganze und im Zusammenhang von Produktion und Reproduktion, von Maloche und Subkultur, von Sozialstaat und Aneignung untersuchen.

Gerade weil der Begriff des "Stadtteils" von autonomer Seite so oft explizit gegen die Zentralität der Arbeit verwandt wird, produzieren sie nun selbst die mystifizierende Ideologie des Stadtteils. Dabei könnten wir in den Fabriken und Klitschen mehr darüber erfahren, was das Leben und Wohnen in der kapitalistischen Stadt bedeutet, als durch die Suche nach der verlorenen Welt des Arbeiterquartiers. Die Frage ist dabei nicht in erster Linie eine des Zugangs: durch eine ernsthafte Betätigung in den Wohnsituationen der Klasse ließe sich ebenso vieles über den Alltag der Ausbeutung erfahren, gerade was die weitgehend ausgeblendeten Sektoren der prekarisierten und illegalisierten Arbeit, der Ausbeutung von Frauen und Kindern in den "sozialen Zusammenhängen des Viertels" anbelangt. Wichtig ist dabei in erster Linie von einem Verständnis der Stadt als Territorium der Ausbeutung und des Klassenkampfs auszugehen - und nicht von dem, was einem vor der Nase liegt.

Das zweite Problem liegt darin, daß hier zwar die Voraussetzungen für einen revolutionären Bezug auf die Klasse entwickelt werden können, aber daß Vorschläge in diese Richtung nix unmittelbar Mobilisierendes bieten können. Der Berliner Riot kann in diesem Sinne vielleicht einen Anstoß nach vorne bedeuten, indem er die Notwendigkeit eines Bezugs auf die Klasse, die Notwendigkeit einer Organisierung nicht als Ghetto sondern im praktischen Verhältnis zur Klasse auf die Tagesordnung setzt, aber einlösen läßt sich das nicht allein in einer bullenfreien Nacht....

Als Opfer der behutsamen Stadterneuerung sehen sich Heymann & Kreuels, die Besitzer der Reichenberger Str. 63a: Schließlich sei ihnen 1977 beim Kauf des Hauses unter dem damaligen Kreuzberger Baustadtrat Wolfgang Kliem (CDU) signalisiert worden, einem Abriß stünde nichts im Wege. Die Firma ließ das Haus verkommen und bemüht sich seit 1979 vor wechselnden Instanzen um den Abriß.

Im Mai 85 verwies das Bundesverwaltungsgericht die Kläger an das Oberverwaltungsgericht zurück. Das erteilte dem Bezirksamt im Oktober 87 die Auflage, durch ein Gutachten feststellen zu lassen, ob sich eine Instandsetzung innerhalb der nächsten zehn Jahre lohne.

Denn eine Abrißgenehmigung muß erteilt werden, wenn der Besitzer sonst draufzahlen würde. Zwar sei es inzwischen Gerichtspraxis, wie ein Sprecher des OVG anläßlich des Prozesses erklärte, Kosten, die durch unterlassene Instandhaltung entstanden sind, dem Eigentümer aufzubürden. Aber die restlichen Renovierungskosten sind hoch genug und können nur von den späteren Mietern aufgebracht werden, denn Öffentliche Mittel, so erklärten Heymann und Kreuels vor Gericht, würden sie aus Prinzip nicht beantragen: »Wir sind Eigentümer und keine Sozialhilfeempfänger.«

Das ist wohl kaum der Grund. Heymann & Kreuels, eine Firma für Baubetreuung und Kapitalbeschaffung, residieren am Kurfürstendamm 206. Sie sind Bevollmächtigte für verschiedene westdeutsche Kapitalanleger. Sie gelten als sanierungserfahren, bringen einige Häuser pro Jahr durch die öffentliche Förderung — zu möglichst günstige dingungen: So klagen sie in der Moabiter Quit straße 136 auf die Erteilung von Geldern nach die nicht so lukrativen Mittel des Landesmod sierungsprogramms haben sie abgelehnt. Das verfällt seit Jahren. Auch Riehmers Hofgart Kreuzberg, mit Mitteln der Wohnungsbau-K anstalt schick modernisiert, wurde von ihne treut.

Die Größe der Firma läßt sich nur schätzen: schen ein paar Dutzend und hundert Häusern walten sie treuhänderisch, wie die Reichenb 63a, die einem westdeutschen Ehepaar gehört so Steuern spart. Der Abriß ist für Heyma Kreuels denn auch eine Renditefrage: Im Soz Wohnungsbau ist mehr zu verdienen, die Koste die WKB wie auch die Mieten freilich wesen höher.

Das Gutachten über die Rendite des Seitenfl und des Fabrikgebäudes, das die S.T.E.R.N Auftrag des Bezirksamtes erstellt hat, ist nun fe Ein BSM-Gutachten für das Vorderhaus ga schon. Heymann & Kreuels können durchaus dienen, wenn die Steuervorteile, die die Eige mer durch die Verlustzuweisungen haben, m rechnet werden.

Ob das Gericht dieser Argumentation folg allerdings fraglich. Einen neuen Gerichtste gibt es noch nicht. Inzwischen verhandeln Be WBK, Senatsbauverwaltung und Eigentümer ter um das Haus. Die Alternative ist Abriß ode lohnung für die Spekulanten: Möglichst gute derkonditionen.

PRESSE

taz 3.1.

14.11.87
taz (5)

Ein Kiez zeigt, wo's lang geht: Tour de Kreuzberg 36

Kiezinis laden zur Demo mit Kurzvorträgen an Brennpunkten / Kritik an »Sozialsanierung« der CDU

Foto: Hans-Peter Stiebing /Zenit

Bei der »Kiez-Demo« heute in Kreuzberg werden Brennpunkte der Kiez-Geschichte besichtigt. An den verschiedenen Stationen halten Kenner der Materie, zum großen Teil –Betroffene,– kurze –Vorträge über das jeweilige Objekt. Die taz gibt einen Überblick über einige Stationen längs der Route:

Block 104 (am Heinrichplatz)

Nur noch ein nicht modernisierter Altbau steht einsam an der Hochbahn, darumrum wurde im Zug der Kahlschlagsanierung alles abgerissen. Der Besitzer Sölle, der sich standhaft gegen den Abriß wehrte, ist nun gestorben. Hat er keine Erben, fällt das Haus an das Land Berlin. Bis jetzt ist noch alles offen. Zu Füßen des Hauses soll ein Blockpark angelegt werden, dessen Finanzierung auch schon gesichert ist. Im Sommer versuchte Ex-Baustadtrat Kliem (CDU), die geplante Kita im Hinterhaus Oranienstraße 192 zu torpedieren, statt des Parks die Kita in den Block 104 zu verlegen und die Oranienstr. 192 abreißen zu lassen. Auf öffentlichen Druck erklärte inzwischen der Bausenator, das Vorderhaus bleibe stehen, für das Hinterhaus läßt er im Moment prüfen, wie und ob die Kita umgestaltet werden kann.

Neues Kreuzberger Zentrum am Kottbusser Tor

Von Anfang an war es als ungeliebte Betonburg geschmäht, und nur knapp ist es den Abrißplänen des Bausenators entgangen, wie auch dem Sozialsenator, der sich dort niederlassen wollte — die Mieter sollten in die Südliche Friedrichstadt umgesiedelt werden. Inzwischen gibt es eine Arbeitsgruppe aus Mietern, Vermietern, S.T.E.R.N und Verwaltung, die Umbaumöglichkeiten diskutiert. Erste Wünsche der Mieter sind: Saubere Gänge, Treppenhäuser und Aufzüge, Beschilderung, die Hausverwaltung soll auf Beschwerden eher reagieren und öfter erreichbar sein, außerdem soll es eine Belegungskontrolle für Neueinzüge und einen Hausmeister geben, der darauf achtet, daß die Briefkästen und die Kellertüren nicht demoliert werden.

Moritzplatz

Den Platz, um dessen Zukunft im Bezirk diskutiert wird, will sich jetzt Sozialsenator Fink für seine Verwaltung unter den Nagel reißen. Unmöglich, so Orlowsky, denn dort soll eine gemischte Nutzung von Wohnen, Kultur und Gewerbe hin. Schorsch Uehlein vom Mieterrat ist empört, daß in dem Bezirk, wo um einen Acker gekämpft wird und kaum Platz ist für Schulen und Kitas, so viel Raum an die Behörde verschwendet wird. Selbst Finks Mitarbeiter sehen das so: Nach einer Umfrage sprachen sich 90 % gegen einen Umzug nach SO 36 aus: Man nehme den Kreuzbergern den Platz weg, der nötige Neubau koste ein Vermögen, das in keinem Verhältnis zum evtl. Nutzen steht, und die übrigen Berliner, die dann weitere Wege hätten, wären benachteiligt. Nur Kreuzbergs Bürgermeister Krüger (CDU) heißt Fink noch willkommen.

Foto: Christian Schulz

Neubauviertel »Graue Laus« am Wassertorplatz

Auch dort wären Verbesserungen dringend nötig, nur redet noch keiner davon. Die Mieten in den Sozialwohnungen dort, die jetzt schon über 6,- DM kalt liegen, werden erheblich steigen, wenn es mit der Anschlußförderung durch die Wohnungsbau-Kreditanstalt (WBK) nicht klappt.

Backsteinfabrik, Kinderbauernhof (Waldemar-/Adalbertstr.)

Beide Orte waren heiß umstritten in diesem Sommer. Die Backsteinfabrik war vor zwei Jahren geräumt worden, die Vermietungsgesellschaft GSG hatte den damaligen Nutzern, dem Kosmos e.V., nach zähem Verhandeln einen Pachtvertrag versprochen. Im September ließ sie aber de Sachen aus dem Fenster wer.en, Verträge gebe es nun doch nicht, höchstens an einzelne Projekte des Kulturzentrums. Gerüchte, die GSG habe mit Einverständnis des Bausenators gehandelt, haben sich inzwischen bestätigt. Die Kita auf dem Kinderbauernhof, trotz ihres ökologischen Anspruchs wie ein Klotz in der Landschaft und nur außen aus Holz, wurde vom gesamten Bezirksamt, auch der AL, nach langen Verhandlungen mit Polizeigewalt gegen die Kinderbauern durchgesetzt, die dort ihren Acker hatten.

Spielhallen, Eisenbahnstraße

In der Eisenbahnstraße wurden vor knapp einem Jahr nach dem Verkauf an Karolinski-Kohlenzecher Läden mit Mieterhöhungen von über 400 % herausgeekelt — ein Vorgeschmack auf den Weißen Kreis. Nur Spielhallen können diese Mieten zahlen, sie sind unerwünscht, aber vom Bezirk nicht zu verhindern. Versuche, die Ansiedlung per Bebauungsplan zu stoppen, sind vom Senat vereitelt worden.

Görlitzer Park

Der Park, in jahrelangen Bürgerversammlungen mühsam gegen eine zähe Verwaltung durchgesetzt, wird jetzt aus autonomer Ecke kritisiert: Sie wollen keinen »Schicki-Park«, eine Brachfläche sei viel schöner. Außerdem beschweren sich die Kinderbauern dort: Sie sollen einen Pachtvertrag unterschreiben, nach dem sie für den Park ein Stück Land gegen ein anderes tauschen müssen. Der Verein SO 36 erklärte, dies sei seit Jahren so abgesprochen., Baustadtrat Orlowsky machte auf eine andere Gefahr aufmerksam: Der Finanzsenator stimmt, im Gegensatz zum Bezirk, der vorgesehenen kostenlosen Pacht nicht zu. Er will Geld sehen, das die Bauern nicht aufbringen können.

Bollegrundstück Skalitzerstr.

Noch unklar ist die Zukunft des am 1. Mai abgebrannten Supermarktes: Während Bolle über dem neuen Markt gerne ein Wohnhaus hätte, gibt es Vorschläge aus dem Stadtteil, darüber ein türkisches Kulturzentrum zu errichten, das von der DITIP, einer quasi staatlichen türkischen Organisation, getragen wird.

Reiseleiterin: Eva Schweitzer

Demonstration gegen Räumung der Hamburger Hafenstraße

Berliner Polizei nimmt Vermummung nicht hin

Mit allen zu Gebote stehenden Mitteln des Rechtsstaats will die Berliner Polizei verhindern, daß in einem heute nachmittag durch Kreuzberg führenden Demonstrationszug vermummte Chaoten mitmarschieren. Sollten maskierte Teilnehmer auftauchen, werden die Beamten dafür sorgen, daß sie ihre Verkleidung ablegen müssen.

Spezialeinheit bleibt in Reserve

Die Spezialeinheit, die für das Einschreiten bei gewalttätigen Auseinandersetzungen ausgebildet ist, wird so „in Reserve gehalten", daß sie dem Einsatzleiter sofort zur Verfügung steht. Leitende Polizeibeamte, die den Aufzug überwachen, haben dies der Veranstalterin, Frau Ulrike Volz-Walk, gestern in aller Deutlichkeit mitgeteilt.

Wie verlautet, hat Frau Volz-Walk die Zusage gemacht, daß es bei der Demonstration keine Vermummten geben werde. Die Polizeiführung wies Frau Volz-Walk darauf hin, daß die Veranstalter selbst die Ordnungsfunktionen zu übernehmen und noch vor der Polizei für eine Isolierung unfriedlicher Demonstrationsteilnehmer sorgen müßten. Die Polizei wird bei ihrem Einsatz „vom Prinzip der Deeskalation ausgehen". Während die Anmelderin mit 700 Teilnehmern rechnet, glaubt die Polizei, daß es 500 sein werden. Mit der Demonstration soll gegen die Einführung des „Weißen Kreises" in Berlin und die Räumung der Häuser in der Hamburger Hafenstraße protestiert werden.

In anonymen Flugblättern für diese Veranstaltung, die in den vergangenen Tagen in der „Szene" verteilt wurden, wird ziemlich eindeutig zur Gewalt aufgerufen. So heißt es zum Beispiel, daß jede „spontane Möglichkeit" genutzt werden soll, „proletarische Aktionen durchzuführen". Im einzelnen werden genannt: „Supermärkte plündern, Bullis angreifen, Banken plattmachen." In Anspielung auf die schweren Krawalle im Frühjahr in Kreuzberg erklären die anonymen Schreiber: „Am 1. Mai haben wir mitgekriegt, welche Stärke wir in der gemeinsamen Revolte entwickeln können."

Der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Egon Franke, forderte gestern Innensenator Kewenig auf, das aus Senatsmitteln finanzierte Jugend-Center „Drugstore" sofort zu schließen oder ihm die Mittel zu streichen.

„Jugendliche werden zur Gewalt erzogen"

Von dieser in der Potsdamer Straße in Schöneberg gelegenen Begegnungsstätte waren am Mittwoch abend die Krawalle, bei der zahlreiche Schaufensterscheiben in dieser Straße eingeworfen wurden, ausgegangen. Das „Drugstore" sei eine „linke Bastion, in der Jugendliche zur Gewalt gegen den demokratischen Rechtsstaat erzogen, also mißbraucht werden", betonte Franke. **eck**

16.(1.87

Gründe für Hausbesetzungen gibt es noch

Das seit Jahren leerstehende Haus Reichenberger Straße 63a wurde anläßlich der »Kiezdemo« durch SO 36 für einige Stunden besetzt / Die Polizei hatte nix davon bemerkt / Die Demonstration mit 3.000 TeilnehmerInnen blieb weitgehend friedlich

taz

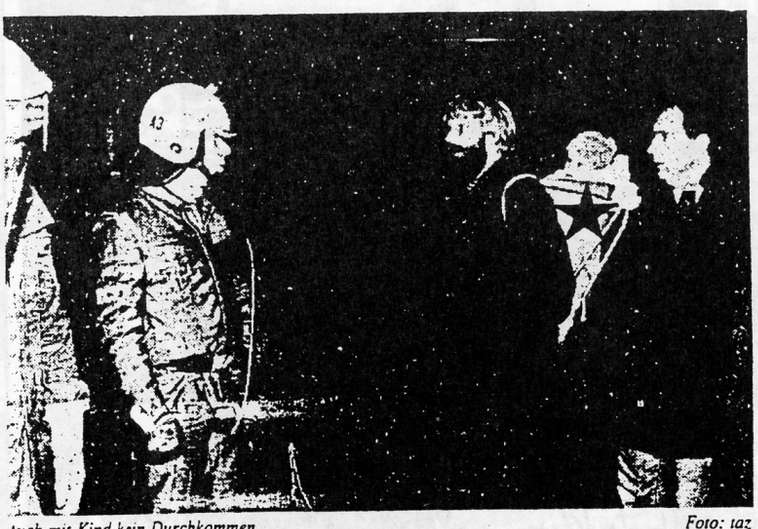
Für eine Überraschung sorgten gegen Ende der Kreuzberger »Kiezdemo« Besetzer, die es schon Freitag nacht geschafft hatten, trotz zahlenmäßig überlegener ziviler und uniformierter Bewachung, das seit Jahren leerstehende Haus Reichenberger Straße 63a zu okkupieren. Die Besetzung war auch der Anlaß, warum es nach dem offiziellen Ende der Demonstration vor dem abgebrannten Bolle-Markt in der Reichenberger Straße zu Auseinandersetzungen kam, als die Polizei sich auf der Kreuzung Ohlauer Straße breit machte, um das Haus ungehindert zu räumen. Nachdem die Staatsgewalt trotz beschlagener Scheiben und lauten Unterhaltungen im Haus von der Besetzung den ganzen Samstag vormittag nichts mitbekommen hatte, ließ sie nichts unversucht, um die Besetzer wenigstens nach einem Flugblattabwurf festzunehmen. Ohne Erfolg, da die Besetzer nicht auf die Staatsmacht gewartet hatten.

Während des Umzuges blieb es weitgehend ruhig, obwohl die Polizei, die mit 800 Mann weitraumig im Kiez verteilt war, angekündigt hatte, hart gegen Vermummte durchgreifen zu wollen. Die meisten Demonstranten zeigten sich aber unverhüllt, die Uniformierten blieben während der Demonstration im Hintergrund. Im Vorfeld der Demonstration wurden zehn Personen wegen »Mitführens gefährlicher Gegenstände« vorläufig festgenommen, eine weitere im Laufe der Demo.

Die Besitzer des kurzfristig besetzten Hauses in der Reichenberger Straße, Heymann und Kreuels, lassen es seit fast zehn Jahren verrotten, um Abriß und Neubau genehmigt zu bekommen. Seit Jahren prozessieren sie deswegen mit dem Bezirksamt. Dem wurde jetzt vom Oberverwaltungsgericht die Auflage gemacht, mit einem Gutachten zu beweisen, daß das Haus nach einer privat finanzierten Instandsetzung innerhalb von zehn Jahren Gewinn abwirft. Diese Berechnung läßt sich aber erst durchführen, wenn der Mietspiegel fertig ist. Ein Urteil wird so schnell also nicht gefällt werden.

Der Kreuzberger Baustadtrat Werner Orlowsky fördert in diesem Zusammenhang, daß Häuser, die mit öffentlichen Mitteln renoviert würden, trotz Weißem Kreis weiternin preisgebunden blieben, um Mietsteigerungen in Grenzen zu halten. Mit über 3.000 TeilnehmerInnen war die Kiezdemo am Samstag nachmittag eine der großten der letzten Jahren im Kreuzberger Südosten. Um Luxusmodernisierung und Vertreibung von Alternativprojekten und Kleingewerbe als Folge der CDU-Soziai- und Mietenpolitik greifbar zu machen, ging der Demozug an den »Schandflecken« des Bezirkes vorbei. Dort wurde jeweils auf kurzen Kundgebungen über diese »Sehenswürdigkeiten« informiert. Das bruchige »Neue Kreuzberger Zentrum« fehlte genausowenig wie die AOK, das Sozialamt und die beiden Kinderbauernhöfe.

Die Vertreterin des Mieterladens Waldemarstraße, Ilse Mock, zeigte sich zufrieden mit dem Verlauf der friedlichen Demo. Sie war allerdings sauer daruber, daß Mieterläden wie der in der Dresdener Straße oder der Verein SO 36 sich im Vorfeld distanziert hätten. Anlaß dazu war ein auch bei den Demoveranstaltern umstrittenes Flugblatt, daß zum »Steineschmeißen und Banken plattmachen« aufgerufen hatte, sowie AL und S.T.E.R.N. vorgeworfen hatte, die CDU-Sozialsanierung mitzutragen. Veranstalter der Demonstration waren u.a. der Mieterrat Waldemarstraße, Kosmos e.V., die VoBo Im 61, der AStA-TU und die Mietergemeinschaft. *swresch*



Auch mit Kind kein Durchkommen — *Foto: taz*

Film ab

»Wenn du hier fotografierst, is der Film weg« — und »Hör auf zu knipsen, scheiß Zivi!«: solche und ähnliche Sprüche aus der Demonstration begleiteten die Lichtbildner Zunft auch jetzt wieder in Kreuzberg. Einschüchterungen dieser Art machen die Bildberichterstattung von Polit-Aktionen immer schwieriger. Bleibt zu fragen, wer an der Verhinderung von (Gegen-)Öffentlichkeit im Bild ein Interesse haben konnte. *Der taz-Knipser*

14.11.87 taz (9)

Vermummung wird nicht geduldet

Heute nachmittag Kiez-Demo in SO36 / Protest gegen Horrormieten und Stadtteilzerstörung / Polizei kündigt hartes Vorgehen an / AL Kreuzberg, Verein SO36 und Mieterläden gehen auf Distanz zu Demonstrationsaufruf / Breites Bündnis im Demo-Aufruf gefordert

Friedliche „Kiez-Demonstration" mit mehr als 2000 Teilnehmern

Friedlich verlief gestern nachmittag die „Kiez-Demonstration gegen Rausmodernisierung" im Kreuzberger Stadtteil SO 36. Nach unseren Beobachtungen zogen mehr als 2000 ausnahmslos unvermummte Teilnehmer vom Heinrichplatz aus durch mehrere Straßen zur zerstörten ehemaligen Bolle-Filiale am Görlitzer Bahnhof. Die Polizei, eigenen Angaben zufolge mit mehreren hundert Beamten im Einsatz, nahm bei intensiven Kontrollen im Vorfeld des Umzugs zehn Personen wegen des Mitführens von gefährlichen Gegenständen vorläufig fest.

Nach dem Ende der Veranstaltung zogen etwa 300 Personen vor das leerstehende Haus Reichenberger Straße 63 a, das nach Aussage eines Polizeisprechers am Ort unmittelbar vorher besetzt worden war. Als die Polizei das Haus durchsuchte, war es bereits wieder verlassen. Journalisten wurde von Polizeibeamten nicht gestattet, die Räumung der Kreuzung vor dem Haus zu beobachten. (5) 15.11.87 (sp)

Die Polizei hat schon vor der heutigen Kiez-Demo in Kreuzberg deutlich gemacht, daß sie einen harten Kurs fahren wird. »Vermummung und Straftaten« würden nicht geduldet, hieß es in einer Erklärung. Die Polizeiführung habe die Veranstalter darauf hingewiesen, daß sie selbst für die »Isolierung unfriedlicher Demonstranten Sorge zu tragen« hätten. Die Polizei selbst wolle vom »Prinzip der Deeskalation« ausgehen.

Knatsch und Distanzierungen in der Scene bestimmten die Tage vor der Kiezdemo, die heute nachmittag vom Heinrichplatz in Kreuzberg 36 über verschiedene Stationen zum Bolle-Grundstück an der Skalitzer Straße führen soll.

Vor allem ein Flugblatt, in dem zu »proletarischen Aktionen wie Plünderungen, Bullis angreifen und Banken plattmachen...« aufgerufen wurde, sorgte für Aufregung. Zu Distanzierung fühlten sich nicht nur die eigentlichen Aufrufer der Demo (u.a. Blockrat Waldemarstraße, das Heilehaus, Kerngehäuse der AStA TU und die VoBo-Ini 61) berufen.

Man wisse nicht, woher dieses Flugblatt komme, sagte Schorsch Uehlein, Mieterrat aus der Waldemarstraße, es sei nicht von den Aufrufern der Demo verfaßt worden.

Die Alternative Liste Kreuzberg und Baustadtrat Orlowsky warnen vor falschen Feindbildern, die in dem doppelseitigen Flugblatt aufgebaut würden. Von »Rausmodernisierung« könne in den öffentlich sanierten Häusern keine Rede sein, sagte er.

Auch der Verein SO 36 und die Mieterläden Manteuffelstraße und Dresdner Straße werfen den unbekannten Flugblattschreiber-Innen vor, »gezielte Falschinformationen« zu verbreiten. Der Verein SO 36 und die beiden Mieterläden distanzieren sich von der Demonstration. »Wir können e der gegenwärtigen Situation n verantworten, zu einer solc Demonstration aufzurufen«, n es.

Man müsse derzeit damit re nen, von welcher Seite auch mer, in Gewalttätigkeiten hine gezogen zu werden. So sei breites Bündnis aller Kiezbew ner nicht möglich, konstatie die Unterzeichner.

Gerade dieses breite Bünd gegen die Mieterhöhungen Kiez, gegen »Umstrukturieru und »Zwangsräumungen« aber es, was die Initiatoren der K demo wollen. Sie wollten s nicht in »Autonome und Bürger nen, Deutsche und Ausländer nen spalten lassen«, heißt es Demoaufruf.

Die Demo beginnt heute um Uhr am Heinrichplatz und en am Bolle-Grundstück.

Informationen zur Demo-Ro siehe Seite 27.

Kiez-Demonstration friedlich

2000 Menschen protestierten gegen Mieterhöhungen

Etwa 2000 Menschen beteiligten sich gestern an einer „Kiez-Demonstration" durch Kreuzberg SO 36, mit der gegen „Rausmodernisierung, Mietenzwang und Sozialsanierung" protestiert werden sollte. Der Zug führte vom Heinrichplatz über mehrere Zwischenstationen zum Trümmergrundstück der im Mai abgebrannten Bolle-Filiale an der Skalitzer Straße.

Während der Demonstration wurden an mehreren Punkten, wie dem Neuen Kreuzberger Zentrum, dem Moritzplatz und dem Kinderbauernhof am Mauerplatz Kundgebungen abgehalten, bei denen die Veranstalter auf die von ihnen befürchteten Folgen der Umstrukturierung des Kiezes und der bevorstehenden Aufhebung der Mietpreisbindung hinwiesen. Auf den mitgeführten Transparenten wurde zum „Mietboykott" und zur Unterstützung der Besetzer in der Hamburger Hafenstraße aufgerufen.

Die Demonstration, zu der unter anderem der Mieterrat Waldemarstraße und der AStA der TU aufgerufen hatten, war, wie berichtet, im Vorfeld auf die Kritik der Kreuzberger Alternativen Liste gestoßen.

Bis zum Redaktionschluß kam es zu keinen schwereren Auseinandersetzungen. Lediglich im Vorfeld der Demonstration kam es zu drei Festnahmen von Personen, die sich nach Angaben der Polizei im Besitz von gefährlichen Gegenständen befunden hatten. mak

Rund 2000 Menschen demonstrierten gestern gegen Mieterhöhungen. (Foto: mak)

15.11.87 taz

Polizei befürchtet Ausschreitungen auf heutiger Demonstration

Im Zusammenhang mit der für heute angemeldeten sogenannten „Kiez-Demonstration" in Kreuzberg hat die Polizei vor Ausschreitungen gewarnt. „Vermummungen und Straftaten" würden nicht hingenommen, teilte ein Polizeisprecher gestern mit.

Die Polizeiführung habe die Veranstalter in Gesprächen darauf hingewiesen, daß diese selbst Ordnungsfunktionen zu übernehmen und noch vor der Polizei für eine Isolierung unfriedlicher Demonstrationsteilnehmer Sorge zu tragen hätten. Die Polizei werde bei ihrem Einsatz vom „Prinzip der Deeskalation" ausgehen. Die Anmelder der Demonstration rechnen mit etwa 500 Teilnehmern. 14.11.87 dpa (9) (dpa)

Vermummung wird nicht hingenommen

Im Zusammenhang mit der für heute angemeldeten sogenannten „Kiez-Demonstration" in Kreuzberg hat die Polizei vor Ausschreitungen gewarnt. „Vermummungen und Straftaten" würden nicht hingenommen, teilte ein Polizeisprecher gestern mit. Die Polizeiführung habe die Veranstalter in Gesprächen darauf hingewiesen, daß diese selbst Ordnungsfunktionen zu übernehmen und noch vor der Polizei für eine Isolierung unfriedlicher Demonstrationsteilnehmer Sorge zu tragen hätten. Die Polizei werde bei ihrem Einsatz vom „Prinzip der Deeskalation" ausgehen. Die Anmelder der Demonstration rechnen mit etwa 500 Teilnehmern.

2000 protestierten friedlich gegen Mieterhöhungen

Kreuzberger ließen vor der Demo Rolläden runter

Rund 2000 Personen demonstrierten gestern in Kreuzberg gegen „Mietwucher und Bauspekulation" und gegen die erwartete Räumung der Häuser in der Hamburger Hafenstraße. Bis zum Nachmittag verlief die Aktion friedlich. Alle Teilnehmer hielten sich an das Vermummungs-Verbot. Die Polizei nahm zehn Personen vorübergehend fest, weil sie gefährliche Gegenstände mit sich geführt hatten.

Anzeige

Eigentumswohnung statt Aktien!

Der Börsenkrach hat gezeigt, wie wichtig die Sicherheit einer Geldanlage besonders für Normalanleger ist. Die Immobilie kennt weder einen „schwarzen Montag" noch eine Quellensteuer. Mit einer Eigentumswohnung als Anlage-Objekt sichern Sie Ihre Ersparnisse, Ihre Altersvorsorge und Ihre Rente, und Sie können auch noch Steuern sparen. Bendzko Immobilien, Kurfürstendamm 16, 1000 Berlin 15, 88 99-213

★

Kurz vor 14 Uhr – die Demonstration hat noch nicht begonnen –, sieht der Heinrichplatz noch aus wie immer. Vielleicht ein wenig mehr Hektik als sonst üblich. Viele Passanten streben etwas rascher mit ihren Einkauftüten gen Heimat. Doch von Unruhe oder gar Panik keine Spur. Nur vereinzelt drücken sich Demonstranten an die schäbigen Wände der Häuser rings um den Platz, schauen zu, wie die Polizisten ihre Einsatzfahrzeuge in Stellung bringen. Auch die Beamten wirken gelassen. Man lacht, scherzt. Man hat Routine bei Einsätzen hier in SO 36.

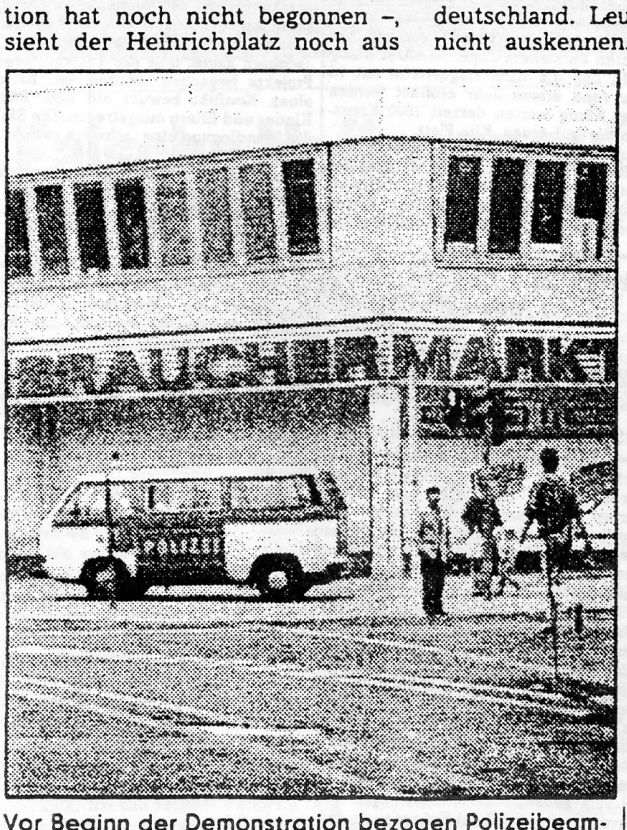
Routine auch bei der Geschäftswelt. Die, die sich fürchten, haben früh dichtgemacht. Banken, Supermärkte. Fenster und Türen verrammelt. Auch der kleine Tabakladen in der Skalitzer Straße nahe der U-Bahn-Station. Am ersten Mai ging hier die Scheibe zu Bruch. 400 Mark Schaden. Viel Geld für den Besitzer. Verstehen tut man es übrigens bis heute nicht, weshalb auch sie damals zum Opfer wurden. „Viele von den Jungs sind doch Kunden hier", rätselt der Inhaber noch immer, „wahrscheinlich waren es welche aus Westdeutschland. Leute, die sich hier nicht auskennen." Er hat keinen Zorn auf die Leute, aber er hat gelernt aus jener Nacht, ist vorsichtig geworden. Ein dickes Holzbrett schützt nun das kostbare Glas.

Vorsicht – das alles beherrschende Wort. Längs des Weges, den später die Demonstranten nehmen werden, brennt schon früh am Nachmittag das Licht in den Parterre-Wohnungen. Die Bewohner haben die Rolläden runtergelassen.

Purer Haß auf alles Staatliche

Die Rolläden geben auch den Blick frei auf das, wovor sich viele in Kreuzberg fürchten. Es sind Graffitis, die puren Haß ihrer Autoren auf alles Staatliche offenbaren. Einige sind noch ganz frisch. „Frankfurt – weiter so".

Besondere Vorsicht bei den Besitzern der ungeliebten Läden Kreuzbergs. Der Nobelrestaurants zum Beispiel. Nachdem einige von ihnen den Unmut der Szene zu spüren bekommen haben, ihnen Fäkalien in die schicken Läden gekippt wurden, leben sie in Sorge. Sie genießen jetzt Objektschutz. **alf**



Vor Beginn der Demonstration bezogen Polizeibeamte in ihren Wagen Stellung, um gefährdete Geschäfte zu schützen (links). Die etwa zwei Stunden dauernde Aktion verlief jedoch friedlich. Fotos: BM

taz 19.11.87 (9)

WENN »AUTONOME« SPRECHEN KÖNNTEN FAHRENSCHWENKEN, REDENSCHWINGEN

Mit den Kollegen von der selbsternannten »autonomen« Front verhält es sich so: wenn man mit ihnen turnus- und demomäßig durch die Gegend latscht, dann tut man moralisch etwas für die Ri-Ra-Revolution und weiß dabei genau: mit diesen Leuten kommt sie nie.

Letzten Samstag gings im gestreckten Schweinsgalopp einmal quer durch den 36er Kiez, wunde Punkte bekucken. Sehr schön hätte man hier die Haudrauf-Entwicklung der letzten Jahr vorzeigen und die Senatspolitik darstellen können als das, was sie ist: gezielte Pressluftthammer- und Knüppelschläge auf unkontrollierte Bereiche und Sterilsanierung nach bekanntem Muster: auch Kreuzberg muß endlich ein Friedhof werden. Oder man hätte durch die Gegend ziehen und fröhlich Flagge zeigen können. Oder was weiß ich.

Statt dessen ein Spaziergang mit Jammerlappen, zwischen lahmer Geschichtswerkstatt und strikt antiimperialistischem Kampf ums Goldene Sportabzeichen angesiedelt. Was die Damen und Herren Speerspitzen bei der »solidaritäts«-schwappenden Stadtteilbegehung über ihren knarzenden Lautsprecher zum besten gaben, war in seiner Wirkung verheerend *konterrevolutionär* und extrem *schädel*spaltend. Sprache als Instrument der Selbstbezichtigung: *Imperialismusfaschismuskapitaliiiismuszementiertkleinbürgerlichunterdrückungbefreiungskrampf* – ein Schwall aus geistiger Labbrigkeit und Denkersatz ergoß sich auf die bang Lauschenden. *Das ist nicht als Phrase* gemeint., entblößte sich ein Tribun am Mikrophon und setzte seine bitterste Kämpfermiene auf. *Unser Kampf gilt den Spielhallen, den Vertrauensärzten, den Sexshops, der Unterdrückung der Frau*, zur *Weltrevolution* gibt es *keine Alternative*, und *bitte trinkt keinen Alkohol*. Sonst noch was?

Stichwortkataloge als Glaubensbekenntnisse. Lasset uns beten. Die Medien, brunftete eine Rednerin vor der Bolle-Ruine, stürzen sich auf uns wie Kadaver — sie meint, wie Geier auf einen Kadaver, aber wenn sie sich schon selbst als Leiche apostrophiert, mochte ich auch nicht mehr widersprechen.

Einmal in die Runde, Symbole statt Wirklichkeit, Kreuzberger als Volk ohne Wohnraum, phrasenmähende Revolutionspfaffen, Radikalsimulanten, die ganze Welt verwurstend zum Wortbrei der Siebziger K-Grüppchen. Es ist die Sprache der Kohls, hilfloser Schwachsinn *in aller Geiassenheit*.

Wenn diese »Autonomen« sprechen könnten, hätten sie uns nichts zuerzählen. Ihr Problem liegt nicht in der Sprache — es liegt im Kopf.

Kreuzberg ist auf illegale Obdachlosen-Heime angewiesen

Das Bezirksamt Kreuzberg hat gestern in einer Sondersitzung eine Entscheidung »für die Obdachlosen« im Kreuzberger Haus »Sonnenschein« getroffen. Demnach wird die Zustellung des Bußgeldes für die illegale gewerbliche Nutzung, das heißt die Vermietung an Obdachlose, bis zum März '88 verschoben. Bekräftigt wird, daß wegen der »nicht hinnehmbaren Zweckentfremdung der Räume nach wie vor die Voraussetzungen für die Verhängung eines Bußgeldes bestehen«. Auslöser für diesen Beschluß war die Räumung der Schleiermacher Straße 17, zu der sich der Betreiber nach der Androhung eines Bußgeldes veranlaßt sah. Ergebnis: 25 Menschen standen auf der Straße. Die nun verbleibende Zeitspanne bis März soll genutzt werden, um »andere Unterbringungsmöglichkeiten zu suchen«.

Im letzten viertel Jahr hat die Zahl der Wohnungslosen um 900 Menschen auf insgesamt 4.408 zugenommen. Damit ist der Höchststand der 70er Jahre übertroffen. Wie der Fall Sonnenschein zeigt, sind die Bezirke so in Bedrängnis, daß sie die »Zweckentfremdung« dulden und die Betreiber bitten, keine Obdachlosen auf die Straßen zu setzen. Der Senat sei nicht zum Bau weiterer Einrichtungen bereit, meinte Sozialstadtrat Waldemar Schulze. »Daher wird billigend in Kauf genommen, daß der Graue Markt sich weiter betätigt.«

Generelle Kritik an Heimunterbringungen, ob staatlicher oder privater Art, äußert Baustadtrat Orlowsky, der darin eine »Fortsetzung des Knastes mit anderen Mitteln« sieht. Das Geld könne wesentlich sinnvoller verwendet werden, wenn Häuser angemietet würden, in denen betroffenenorientiertes Leben — etwa in Wohngemeinschaften — ermöglicht würde. Mehr als die Hälfte der Obdachlosen sind zur Zeit in privaten Einrichtungen untergebracht. In den privaten Unterkünften von Monika Haake, unter anderen dem Haus Sonnenschein, wohnen 120 Menschen. Herbert Haake, fungierend als »technischer Berater« und Sprecher seiner Ehefrau, hebt deren vorbildliches soziales Engagement hervor. Dieses zahlt sich aus: 3.600 Mark konnten für Zweieinhalb-Zimmerwohnungen kassiert werden.

Petra Schrott

INTERVIEW

»Den Kinderbauernhof räumen«

Der Kreisvorsitzende der CDU-Kreuzberg, Günter Elsner (Jhg. 1916), zum KiTa-Brand

taz: *Die CDU hat gestern nach dem Brandanschlag auf die Kindertagesstätte die Räumung des Kinderbauernhofs gefordert. Glauben Sie, daß das jetzt den Konflikt lösen kann?*

Günter Elsner: Ich glaube schon, daß das etwas lösen kann, nämlich die Unsicherheit. Die Kindertagesstätte muß und wird wieder aufgebaut. Wenn ich mir die Verlautbarungen der letzten zwei Jahre angucke, dann geht eindeutig daraus hervor, daß die Leute vom Kinderbauernhof überhaupt nicht willens sind, zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen. Wir haben ja auch keinen Hehl daraus gemacht, daß wir ursprünglich für eine totale Räumung waren.

Sie sind politisch verantwortlich in Kreuzberg und müssen, wenn Sie räumen wollen, auch sagen, wo die Leute hin sollen. Das sind doch Kreuzberger!

Das ist zur Zeit nicht mein Bier. Wenn die nicht kompromißfähig sind, läuft nichts. Ich kann mich ja auch nicht mit meinem Schlafzimmer auf den Kreuzberg stellen und sagen — so, ich schlage jetzt hier ein Zelt auf. Im Prinzip ist das genau dasselbe. Die gehen irgendwo rein und sagen: 'Wenn ihr uns rausschmeißt und wenn wir keine Staatsknete kriegen, dann seht zu, wo ihr uns unterkriegen wollt.' Das müssen die sich vorher überlegen.

Der Kinderbauernhof ist einer der wenigen Brachflächen. Warum ist es nicht möglich, daß es für Kinder in einem so dicht besiedelten Bezirk einen Raum gibt, wo nicht alles schon vorbestimmt ist?

Sie sprechen mir aus der Seele, wenn Sie sagen, daß für Kinder nicht alles vorbestimmt sein soll. Aber ich habe den Eindruck, daß das gerade in der Szene nicht der Fall ist.

Herr Elsner, Sie gehören der älteren Generation an und hatten noch eine Kindheit, die wahrscheinlich nichts so durchorganisiert ist wie heute der Alltag der Kinder. Da müßten Sie doch Verständnis haben für ein Bedürfnis nach, na ja, sagen wir mal »Wildnis«.

Darüber können wir reden, ich bin der letzte, der sich da uneinsichtig zeigt. Ich hab' als Kind noch auf dem Tempelhofer Feld Fußball spielen können, ich habe als Junge noch im Köpenicker Busch rumtoben können. Das Studentenbad in der Ratiborstraße hat man ja leider zugeschüttet, da hab' ich Schwimmen gelernt. Das war früher alles möglich. Aber es müssen Kompromisse geschlossen werden.

Könnten Sie den Kinderbauernhof akzeptieren, wenn dort eine andere Gruppe arbeiten würde?

Das hat mit der Gruppe nichts zu tun. Ich muß als Politiker auch Gruppen ertragen können, mit denen ich keinesfalls konform gehe. Wir sind zwar für die Räumung, aber wir sind gesprächsbereit. Anscheinend ist die andere Seite nicht gesprächsbereit.

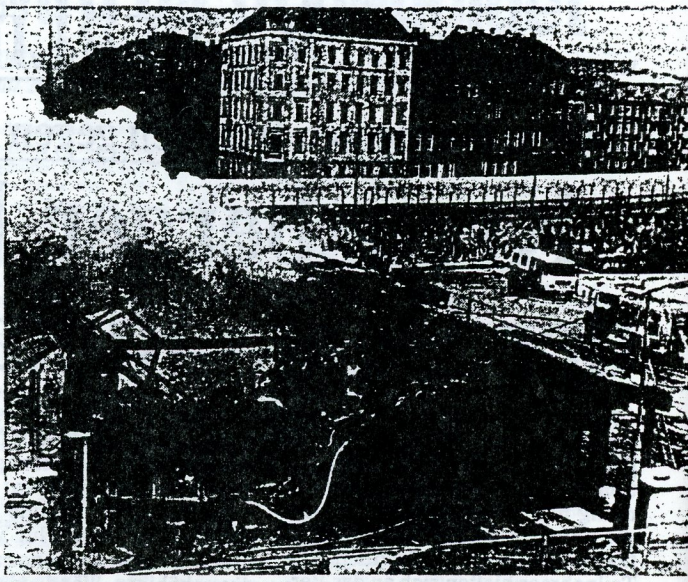
Wird es denn jetzt von Ihrer Seite noch ein Gesprächsangebot an die Kinderbauern geben?

Wir haben keins zu machen, werden uns aber einem Gespräch nicht verschließen.

Aber die Kinderbauern müßten auf Sie zugehen.

Ja.

Interview: Brigitte Fehrle



Großbrand an der Mauer. Die fast fertiggestellte Kindertagesstätte an der Kreuzberger Adalbertstraße ging gestern früh in Flammen auf. Die Eröffnung des Holzbaus war für Mitte Januar 1988 vorgesehen. Das Feuer konnte auch von Ost-Berliner Wohnhäusern aus beobachtet werden. Foto: Mrotzkowski

Kreuzberger Kindertagesstätte bei Großbrand vollständig zerstört

Schaden auf 2,3 Millionen geschätzt — Polizei vermutet Brandstiftung

Ein Großbrand hat die umstrittene Kindertagesstätte an der Kreuzberger Adalbertstraße gestern früh nur wenige Wochen vor der Fertigstellung völlig zerstört. Den Sachschaden bezifferte das Bezirksamt in ersten Schätzungen auf etwa 2,3 Millionen DM. Menschen wurden nicht verletzt. Obgleich die Ursache des Feuers gestern nicht geklärt werden konnte, vermutet die Polizei Brandstiftung. Der Staatsschutz übernahm die Ermittlungen. Der Brand in dem Holzbau brach aus, obgleich das Kita-Gelände bewacht wurde.

Bezirksbürgermeister Krüger (CDU) kündigte gestern nach einem Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister den „umgehenden Wiederaufbau" des Gebäudes an. Soweit möglich, solle der Bau auf den bereits vorhandenen Fundamenten entstehen. Jugendstadtrat König (SPD) hofft, daß die Kindertagesstätte mit 76 Plätzen in rund einem Jahr eröffnet werden kann. Laut König warten derzeit 1500 Kreuzberger Kinder auf einen Kita-Platz.

Die Bauarbeiten für die Kindertagesstätte an der Adalbertstraße hatten im März dieses Jahres unter Polizeischutz begonnen. Mehrmals war es zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten gekommen. Umstritten ist die Errichtung der Kita, weil die von ihr beanspruchte Fläche lange Zeit von einem benachbarten Kinderbauernhof als Acker genutzt worden war. Die Betreiber des Hofes sehen diesen Nutzflächenverlust als existenzbedrohend an.

Die Baustelle für die Kindertagesstätte war bis zum 30. November rund um die Uhr von der Polizei bewacht worden. Seit dem 1. Dezember versah ein Wachschutzunternehmen diesen Dienst jeweils außerhalb der Bauarbeitszeit. Auch zur Tatzeit war das Gelände bewacht. Bürgermeister Krüger übte gestern heftige Kritik an dem Wachunternehmen, das sich an eine Reihe von Absprachen mit dem Bezirksamt nicht gehalten habe. So habe der eingesetzte Mann weder einen Wachhund noch ein Funkgerät bei sich gehabt.

Auf Unverständnis stieß bei Krüger auch, daß der Wachmann seinen Dienst in einer kleinen Bude ohne Fenster versah. Dort habe der 54jährige zudem offenbar Radio gehört. Als der Mann den Brand nach Polizeiangaben gegen 3 Uhr 50 entdeckte, lief er zu einer Telefonzelle in der Waldemarstraße und informierte von dort die Feuerwehr. Unklar blieb bislang, warum er nicht ein Telefon in einem der Baucontainer benutzte, zu dem er laut Polizei einen Schlüssel hatte. „Da sind einige Fragen klärungsbedürftig", sagte Krüger.

Als die Feuerwehr schließlich nach 4 Uhr am Ort eintraf, standen große Teile des Holzgebäudes in Flammen. Drei Löschzüge mit über 40 Beamten brachten den Brand bis 6 Uhr unter Kontrolle, die Nachlöscharbeiten dauerten bis zum Abend. Als hinderlich für die Arbeit der Feuerwehrleute erwies sich, daß in die durch die Mauer abgeschnittene Adalbertstraße nur eine Stichleitung mit Wasser führt. Diese hatte anders als eine Ringleitung nicht ausreichend Druck, um genügend Wasser für die Löscharbeiten bereitzustellen. Die Brandhelfer setzten daher zwei Großtankfahrzeuge ein.

Senat, Bezirksamt und Parteien haben die Zerstörung der Kita einhellig verurteilt. Senatssprecher Fest sprach von einer „hinterhältigen Brandstiftung". Familiensenatorin Schmalz-Jacobsen sagte, falls die Tat von Gegnern des Projekts begangen worden sei, hätten diese einen Konflikt bewußt auf dem Rücken der Kinder und Eltern ausgetragen. Die SPD nannte die Brandlegung eine „schwere sozialschädliche Tat".

Bezirksbürgermeister Krüger bezeichnete die Brandstiftung als Unfähigkeit einiger Kritiker der Kita, sich mit politischen Sachfragen intellektuell auseinanderzusetzen. Dabei schreckten sie offenbar vor kriminellen Handlungen nicht zurück. Die Kreuzberger AL-Fraktion sprach von einem „Anschlag gegen die Interessen der Kreuzberger Bevölkerung", wandte sich jedoch dagegen, den Kinderbauernhof für den Anschlag verantwortlich zu machen. Die AL will am kommenden Montag eine Sondersitzung der Bezirksverordnetenversammlung zu diesem Thema vorschlagen. lei

Anzeige
MINHOFF Software • Text • Computer
Schnell & leistungsfähig Multitech Personal-Computer
782 30 09

Anzeige
Erlesenes aus Leder in jeder Preislage
Lederwaren Koffer Reiseartikel
Mode rodewald
Rheinstr. 34 (zw. Rönnebergstr. u. Walther-Schreiber-Pl.) 1/41

»Das ging alles furchtbar schnell«

Die Öko-KiTa an der Adalbertstraße ist niedergebrannt / Schwierige Löscharbeiten / Wachschutz versagt? / Kripo sucht in den Resten nach der Brandursache / Staatsschutz hat Ermittlungen aufgenommen

Nur rauchende Trümmer boten sich gestern vormittag den Schaulustigen am Bauplatz der geplanten Öko-Kita an der Adalbertstraße. Die stehengebliebenen Wände sind vom Feuer geschwärzt, teilweise ist die völlig aus Holz gebaute Kindertagesstätte eingestürzt. Zwischen den Trümmern hocken Kripo-Beamte und schütteln die Brandreste durch »Goldgräbersiebe« auf der Suche nach Hinweisen auf die Brandursache.

Gegen vier Uhr morgens war das seit Baubeginn umstrittene Bauwerk auf dem Gelände des Kinderbauernhofes direkt an der Mauer in Brand geraten. Die aus der nahegelegenen Wache Görlitzerstraße anrückende Feuerwehr fand den Bau bereits lichterloh brennend. »Da war schon alles zu spät«, betonte Hauptbrandmeister Wirr. Weil man an Zwischenräume unter dem mit Erde belegten Dach nicht herangekommen sei, hätten sich die Löscharbeiten schwierig gestaltet.

»Das hat astrein gebrannt«, bestätigt auch ein Augenzeuge des nächtlichen Geschehens. »überrascht zu sein, ist nicht unser Beruf«, äußerte Zugführer Wirr zu dem seit Monaten angedrohten Brandanschlag: »Wir rechnen immer mit einem Feuer.«

Der ständige Polizeischutz für das Bauwerk war erst am 1. Dezember abgezogen worden. Das Bezirksamt Kreuzberg habe keine erhöhte Gefährdung mehr gesehen, erklärte dazu der Polizeisprecher. Seitdem habe ein privater Wachschutz im Auftrag des Bezirksamts die Aufgabe übernommen. Ob der Wachmann versagt hat, ist derzeit unklar. Sicher sei nur, daß er nach Bemerken des Brandes in offenbarer Verwirrung nicht das Telefon im Baucontainer benutzte, sondern erst zur nächsten Telefonzelle lief.

Der Staatsschutz hat die Ermittlungen aufgenommen. Es gebe Hinweise auf die Verwendung brennbarer Flüssigkeit, erklärte die Polizei, doch wollte man eine Brandstiftung bis zur Auswertung der Spuren nicht bestätigen. Zeugen erklärten, sie seien von einem explosionsartigen Knall wachgeworden. Unmittelbar danach habe die gesamte Kita in Flammen gestanden. Spätere Explosionen führte die Feuerwehr auf detonierende Gasflaschen der Bauarbeiter zurück. »Das ging alles furchtbar schnell«, erzählt ein Beobachter.

Noch in der Nacht erschienen der Kreuzberger Bürgermeister Krüger (CDU) und der Polizeipräsident Schertz am Brandherd. Sofort wieder aufbauen, war auch der Tenor der anrückenden Bezirkspolitiker und der Senatorin Schmalz-Jacobsen. Anderen Schaulustigen war dagegen die klammheimliche Freude am Gesicht abzulesen. »Sauber abgefakkelt«, bewertete einer die Zerstörung.

Während Feuerwehrleute noch in den Trümmern herumstochern und verborgene Brandnester suchen, schwillt der Schau-Tourismus an. Auch Kindergruppen und ihre BetreuerInnen finden sich ein. »Nur mal schauen«, heißt es. Empört ist keiner, und an ein Unglück mag niemand glauben. Nur eine Bezirksverordnete der SPD hegt Zweifel: »Hier brennt es eben oft; gestern erst am Kottbusser Tor«, sagt sie. *gn*

Ein absehbarer Konflikt

Chronologie der Auseinandersetzung

Die Auseinandersetzung um die Kindertagesstätte auf dem Gelände des Kinderbauernhofes an der Mauer hat eine lange Geschichte. Diskussionen zwischen den bezirklichen Gremien und den Kinderbauern, die den Platz auf dem Höhepunkt des Häuserkampfs im Winter 81 besetzten, gingen dem voran. Ging es zuerst darum, das okkupierte Gelände zu sichern, Hütten zu bauen und Tiere anzuschaffen, so kam bald das Schreckgespenst des KiTa-Baus hinzu.

Anfang März 1987 entschied die große Kreuzberger Koalition aus SPD, CDU und AL den Bau. 2,9 Millionen Mark sollten für die 70 KiTa-Plätze in einer ausschließlich aus Holz hergestellten »Bio-KiTa« ausgegeben werden. Bezirksbürgermeister Krüger (CDU) sprach von einem »Kompromiß« und der AL-Baustadtrat Orlowsky von einem »fairen Angebot im Interessenkonflikt«, die Kinderbauern und ihre Unterstützer sahen einen »Hohn« in diesem »Angebot«. Für sie war und ist die Existenz ihres Projekts gefährdet. Der Bau der KiTa beraube sie ihrer mühselig angelegten Ackerfläche, vernichte die gepflanzten Bäume und nehme den Tieren und Kindern den notwendigen Auslauf. Die angebotene »Ersatzfläche« wiesen sie als unzureichend zurück. Die Kinderbauern verstehen sich als Teil der Besetzerbewegung, deren Lebensentwurf auch für die Kinder einen Ausweg aus den normierten Beton-Landschaften der Kinderspielplätze und Aufbewahranstalten suchte.

Als am 27. März mit dem Bau begonnen werden sollte, wurde der Platz besetzt und von der Polizei gewaltsam geräumt. Orlowsky, der den Polizeieinsatz mittrug, erhielt Morddrohungen. Die AL, die fast 30% der Wählerstimmen hielt und zwei Stadträte stellte, argumentierte mit den 1.600 fehlenden KiTa-Plätzen im Bezirk. Die Kinderbauern und ihre Unterstützer fühlten sich vertrieben von einer AL, die sich auf die alternative Mittelschicht stütze. Hinweise aller Parteien, die KiTa sei v.a. für türkische Kinder da, drangen nicht durch. In den folgenden Wochen kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen am Bauplatz, bei der auch schon mal ein LKW-Anhänger in die Baugrube stürzte. Erst die massive Bewachung durch die Polizei brachte den Bau vorwärts.

Eine Rolle spielte der KiTa-Bau auch als (ein) Auslöser für die Krawalle am 1. Mai. Der Bau stelle ein Stein in der Strategie der Sozialsanierung des Bezirks und Vertreibung des autonomen Widerstands dar, so die Argumente. *gn*

Foto: Thomas Siegmund / SOE

»Wir brauchen Freiflächen«

Erste Stellungnahme von Heike vom Kinderbauernhof

taz: *War es abzusehen, daß die KiTa abgefackelt würde?*

Heike: Vermuten konnte man das. Wenn irgendwas gegen den Willen der Bevölkerung eingerichtet wird, gibt's halt entweder die Möglichkeit, daß das durchgesetzt wird, oder daß sich Menschen dagegen wehren. Wir haben gemerkt, welche Auswirkungen der KiTa-Bau und die Wegnahme des Ackers auf die pädagogische Arbeit hier hat: Daß die Kinder, die vor einem Jahr noch auf dem Gelände mit Erde, Feuer und Wasser auf den Sandbergen gespielt haben, mit ihren Aggressionen nicht mehr wußten wohin. Es kamen Zerstörungen vor, die es vorher nicht gab.

Eine Identifikation mit dem Kinderbauernhof und gegen die KiTa?

Eine Identifikation mit etwas Gewachsenem. Bring das mal nem Kind bei, das pflanzt einen Baum, und dann kommt die Polizei und reißt ihn wieder raus. Das hat für die Kinder, die hier leben, Erfahrungen staatskundlicher Art hinterlassen.

Aber es waren sicher keine Kinder, die die KiTa angesteckt haben.

Das habe ich nicht gesagt. Ich weiß nicht, wer das gemacht hat. Ich habe heute aber nicht viele traurige Gesichter gesehen.

Senat und Bezirk haben sich für den Wiederaufbau der KiTa ausgesprochen. Was sagst du dazu?

Die Politiker müssen natürlich ihr Gesicht wahren, statt eine Fehlplanung zuzugeben. Wenn jetzt eine neue KiTa gebaut wird, würde ich das als eher sinnlose Aktion betrachten.

Gibt es jetzt, nach dem Brand, neue Möglichkeiten, daß Gegner und Befürworter der KiTa den Konflikt lösen?

Das ist gelaufen. Ob das nochmal versucht wird? Die Verantwortung liegt bei den Politikern. Wir haben Konzepte vorgelegt, wie diese 70 Kinder anders versorgt werden können. Und wir haben immer vertreten, daß eine zusätzliche Bebauung von Freiflächen nicht nötig ist, sondern ein großer Bedarf an Freiflächen besteht.

Falsche Hoffnung auf Kompromiß

Jugendsenatorin Cornelia Schmalz-Jacobsen nach dem Brand zum Konflikt und zur Konfliktlösung

taz: ***Hat Sie das überrascht, daß heute Nacht der KiTa-Holzbau in Flammen aufgegangen ist?***

Schmalz-Jacobsen: Ja. Ich war der Meinung, nachdem wir und die Kinderbauernhofleute miteinander geredet hatten, daß man es eingesehen hätte, daß einfach ein Bedarf für die KiTa besteht. Ich hatte gehofft, daß wir zu einem Kompromiß gekommen seien, mit dem alle leben können.

Nach den heftigen Auseinandersetzungen um den Kinderbauernhof im Mai war doch abzusehen, daß der Kinderbauernhof für viele zum Symbol für die Verteidigung autonomer Freiräume im Kiez gegen eine Verplanung Kreuzbergs geworden ist. Haben Sie da nicht etwas falsch eingeschätzt, wenn Sie meinen, es ginge nur um KiTa-Plätze?

Nein, ich habe das nicht falsch eingeschätzt. Wir wollten ja immer den Kinderbauernhof und die KiTa zugleich. Ich hab verstanden, daß das für die Leute, die den Kinderbauernhof machen, ein schmerzlicher Einschnitt war. Und ich habe auch begriffen, daß manchen Leuten der Kinderbauernhof wahrscheinlich genauso schnuppe ist wie die KiTa und es ihnen nur um eine Machtprobe geht.

Senatorin Schmalz-Jacobsen. u+p

Mich wundert, daß Sie die KiTa sofort wieder aufbauen wollen. Die neue KiTa wird wahrscheinlich wieder in Flammen aufgehen.

Ich möchte, daß die KiTa entsteht und gebe Brandstiftern nicht einfach klein bei. Ich werde aber genauso dafür eintreten, daß der Kompromiß mit dem Kinderbauernhof bestehen bleibt. Beides soll und kann da sein. Wenn jetzt allerdings die Freunde des Kinderbauernhofs mit klammheimlicher Freude rumgehen, dann tut das sicher niemandem gut.

Es waren ja sicher nicht die Kinderbauern, die die KiTa angesteckt haben. Wie wollen Sie denn sicherstellen, daß die nächste KiTa nicht wieder abgefackelt wird?

Ich denke, daß die Kinderbauern mehr Zugang zu den Leuten haben, die das gemacht haben, als ich.

Und ich denke, daß ein Wort der Konfliktlösung bei meiner Kompromißbereitschaft von den vernünftigen Leuten im Kiez eine ganze Menge tun könnte. Natürlich will ich auch keine KiTa, die permanent unter Polizeischutz steht. Ich bin immer zu Gesprächen bereit.

Ist es denn völlig ausgeschlossen, daß nochmal andere Standorte für eine KiTa durchdacht werden?

Das ist ausgeschlossen.

Interview: Myriam Moderow

»Kaum traurige Gesichter« (9) 4.12.87

Stellungnahmen von CDU, SPD, AL und vom Mieterrat Waldemarstraße am Morgen danach taz

Ilse Mock, Mieterrat Waldemarstraße: Man wird heute morgen in Kreuzberg kaum traurige Gesichter finden. Hier herrscht eine gute Stimmung. Die KiTa ist doch selbst in den Köpfen der Verantwortlichen nie fertig geworden. Das war klar, daß die irgendwann abbrennt.

Bürgermeister Krüger, CDU: Wir werden uns mit neuen Ideen befassen, wie eine erneute Brandstiftung verhindert werden kann: das ist eine Frage von Baustoffen. Es gibt Beschlüsse im Bezirksamt, den Kinderbauernhof zu erhalten, daran bin ich gebunden.

Jugendstadtrat König, SPD: Ich bin immer der Meinung gewesen, daß diese KiTa zusammen mit dem Kinderbauernhof existieren kann, aber nach diesem Vorfall müssen die miteinander existieren. Nach Bolle, Bilka, nach dem Abfackeln der Baumaschinen auf dem Görlitzer Bahnhof und der Brandstiftung in der KiTa Dresdner Straße sollte den Leuten, die sowas machen, klarwerden, daß das aufhören muß, um in diesem Bezirk überhaupt wieder Politik machen zu können.

Für die AL-Kreuzberg gab jede der in der Kinderbauernhof-Frage zerstrittenen Fraktionen eine eigene Erklärung heraus:

Birgit Arkenstette u.a. forderten unter der Überschrift »Nachdenken statt zuschlagen«: Die Zerstörung der KiTa war zu erwarten und ist möglicherweise das Ergebnis eines Konflikts, den die AL mitzuverantworten hat. Dies bedeutet nicht, eine Brandstiftung als Versuch, mit den Kreuzberger Konflikten umzugehen, zu akzeptieren. Viele Eltern haben sich auf die dringend benötigten KiTa-Plätze eingestellt.

AL II: Baustadtrat Orlowsky, Volker Härtig, Reimund Helms: Wir verurteilen die Brandstiftung als einen Anschlag gegen die Interessen der Bevölkerung. Die AL wendet sich jedoch gegen den Versuch, die Kinderbauern für den Anschlag verantwortlich zu machen und die Situation für eine Räumung auszunutzen. Die AL unterstützt den sofortigen Wiederaufbau der KiTa. Vertrauensbildende Maßnahmen zur Entspannung des Klimas im Kiez sind notwendig. Der Senat ist aufgefordert, unverzüglich über die Instandsetzung der Backsteinfabrik in Verhandlungen zu treten und dem Kiezverein Kosmos die Realisierung seines Konzepts zu ermöglichen.

CDU-Kreuzberg: Die CDU-Fraktion fordert das Bezirksamt auf, endlich seine Illusion, daß ein Nebeneinander von Kinderbauernhof und KiTa möglich ist, aufzugeben und die Räumung einzuleiten. Für die Senatsverwaltung Jugend und Familie sollte dies Veranlassung sein, die Unterstützung für den sogenannten Kinder-

Alternative im Schatten der Kirche

Die abgebrannte KiTa müßte nicht auf dem Gelände des Kinderbauernhofs wiederaufgebaut werden / Eine Möglichkeit wäre die Verlegung auf den Parkplatz neben der Thomaskirche

Flexibilität im Umgang mit dem Kinderbauernhof-Konflikt hatte nicht nur die taz in ihrem Kommentar zum Brand der Holz-KiTa gefordert. »Warum wird die KiTa nicht in der leerstehenden Thomas-Kirche untergebracht?« hieß unsere Frage. Die Pfarrerin der Thomasgemeinde, Frau Mukurarinda, bestätigte gestern, daß die Kirche vor zwei Jahren zugemacht wurde, nachdem festgestellt worden sei, daß die Schallisolierung der Wände Blauasbest enthalte. Eine Restaurierung des Gebäudes sei geplant, als KiTa verwendet werden könne es jedoch nicht, weil es unter Denkmalschutz stünde und demzufolge nicht umgebaut werden dürfe.

Frau Mukurarinda, die sich für den Erhalt des Kinderbauernhofs in seiner ursprünglichen Größe einsetzte, hätte es am liebsten gesehen, wenn dem Kinderbauernhof die Trägerschaft für die KiTa angetragen worden wäre: »Das wäre die optimale Lösung gewesen.« Die Pfarrerin befürchtet, daß das KiTa-Projekt als politische Machtfrage »nun erst recht« durchgezogen werde: »Damit sind die nächsten Konflikte vorprogrammiert«. Sie will sich in der kommenden Woche mit den Leuten vom Kinderbauernhof treffen, um das Projekt zu unterstützen, und hat auch schon eine Idee für eine Lösungsmöglichkeit: Die Freifläche neben der Thomaskirche, die jetzt für Parkplätze genutzt werde, sei für den Bau einer KiTa ideal. Der Platz gehöre jedoch dem Land Berlin.

Der Brand der KiTa ist dem Superintendenten der Evangelischen Kirche Kreuzbergs, Roth, zufolge Ausdruck der »totalen Kommunikationslosigkeit« im Bezirk. 40.000 Leute, die die Volkszählung boykottieren, die Abriegelung Kreuzbergs am 12. Juni — »das sind alles Signale ein- und desselben Phänomens: Sprachlosigkeit«. *plu*

Brandursache unklar

Die Ursache des Feuers, das am Donnerstag die KiTa zerstörte, ist weiterhin ungeklärt. Trotz intensiver Suche in den Trümmern des Gebäudes, an der sich auch Fachkräfte der Bundesanstalt für Materialprüfung beteiligten, seien keine Reste eines Zündmittels gefunden worden, teilte die Polizei gestern mit. Für die in Polizeikreisen am Donnerstag zunächst geäußerte Vermutung, das Feuer sei durch eine brennbare Flüssigkeit entfacht worden, gebe es keine Anhaltspunkte. Der naheliegende Verdacht einer Brandstiftung werde weiterhin nicht ausgeschlossen, doch gebe es bislang weder Hinweise auf mögliche Täter, noch seien Selbstbezichtigungsschreiben bei der Polizei eingegangen. *dpa*

Bäckermeister als Rädelsführer verhaftet

Wegen schweren Landfriedensbruchs, Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und versuchter gefährlicher Körperverletzung muß sich in wenigen Wochen der 36jährige Berliner Bäckermeister Wolfgang K. vor Gericht verantworten. Der Mann sei, so die Staatsanwaltschaft, maßgeblich an den Krawallen in Kreuzberg in der Nacht vom 24. zum 25. Dezember beteiligt gewesen und sitzt deshalb in Untersuchungshaft.

Rund 60 den militanten „Autonomen" zugerechnete Chaoten hatten die Ausschreitungen am Heiligabend nach einer mißglückten Hausbesetzung angezettelt. Einige von ihnen hatten zuvor versucht, das Gebäude Reichenberger Straße 63 a zu besetzen, was von der Polizei jedoch verhindert wurde. Dieses Haus war vor einigen Jahren schon einmal besetzt gewesen.

Danach zogen die Chaoten nach Angaben der Polizei durch einige Kreuzberger Straßen, errichteten Barrikaden, versuchten einen Bauwagen anzuzünden und empfingen heranrückende Beamte mit Steinwürfen. Auch die Feuerwehr wurde beim Löschen der Straßensperren mit Pflastersteinen beworfen.

25 der etwa 60 „Autonomen" wurden nach Angaben der Polizei zunächst festgenommen. Vier von ihnen – der Bäckermeister, ein Medizinstudent, eine Auszubildende sowie ein angehender Architekt – wurden einem Richter vorgeführt. In Haft blieb nur noch Bäckermeister Wolfgang K., erklärte Justizsprecher Cornel Christoffel.

Nach der Beendigung der Krawalle hatten die „Autonomen" in einem Flugblatt zu einer Demonstration gegen die von der Polizei verhinderte Hausbesetzung aufgerufen. Diese Aufforderung blieb, so die Justiz, ohne jede Resonanz.

Über die Alternative Liste erklärten die Betroffenen gestern dagegen, sie hätten das Haus über mehrere Stunden besetzt gehalten. Erst in der Nacht gegen 1 Uhr 30 habe die Polizei mit der Räumung begonnen. Weiter erklärten sie, mit der Hausbesetzung hätten sie gegen den Abriß des Gebäudes protestieren wollen. -yer

Hopo 23.12.

ISP 29.12.

Haftbefehle gegen vier Personen nach Krawallen in Kreuzberg

Auseinandersetzung um ehemals besetztes Haus in der Reichenberger Straß

Nach Krawallen um das ehemals besetzte Haus Reichenberger Straße 63a in Kreuzberg in der Nacht zum 1. Weihnachtstag ist gegen vier Personen Haftbefehl erlassen worden. Während zwei Studenten und einer Auszubildenden Haftverschonung gewährt wurde, bleibt ein 35jähriger Bäckermeister aus Kreuzberg in Haft, wie Justizsprecher Christoffel gestern mitteilte. Dem Verhafteten werden schwerer Landfriedensbruch, schwerer Widerstand sowie versuchte gefährliche Körperverletzung zur Last gelegt. Bei den Ausschreitungen seien 26 Personen vorläufig festgenommen und 14 Beamte verletzt worden, teilte die Polizei mit.

Eine Stunde nach Mitternacht hatten nach Polizeiangaben etwa 60 Personen Steine, auf Polizisten geworfen, Bauwagen umgestürzt und angezündet sowie Hindernisse errichtet. Bereits dreimal hatten zuvor Personen das leerstehende Haus betreten, waren jedoch jedesmal vor der Polizei geflüchtet.

Unterschiedliche Darstellungen gibt es über die folgenden Ereignisse. Die Besetzer behaupteten gestern, sieben Festgenommene hätten zwei Stunden lang mit erhobenen Armen im Hof des Hauses stehen müssen. Ferner hätten „angetrunkene Zeugen" einige Festgenommene als diejenigen identifiziert, die in der Wiener Straße einen Bauwagen umgekippt hätten.

Dem gegenüber hieß es im Polizeiabschnitt Friedrichstraße, diese Darstellung sei „nicht richtig". Die Festgenommenen hätten sich höchstens eineinhalb Stunden mit nicht erhobenen Armen im Hof aufgehalten, weil kein Transportfahrzeug zur Verfügung gestanden habe. Bei der Gegenüberstellung hätten „ganz normale Zeugen" die Festgenommenen identifiziert.

Bei der Auseinandersetzung, der Observationen des Hauses vorangegangen seien, wurden nach Mitteilung der Polizei 150 Beamte eingesetzt. Die Hausbesetzer hätten auch Steine gegen Feuerwehrleute geworfen, die die gelegten Brände löschen wollten, hieß es. Der Sachschaden sei noch nicht zu beziffern.

Das fünfgeschossige Gewerbehaus in der Reichenberger Straße war im Oktober 1984 als vorletztes besetztes Haus in der Stadt geräumt worden. Nach Auskunft der die Eigentümer vertretenden Hausverwaltung liegt eine Abrißgenehmigung für das Fabrikgebäude vor. Man halte aber den gesamten Komplex für „nicht modernisierungsfähig" und strebe daher die völligen Abriß des 1888 errichteten Hauses an. Von der Hausverwaltung wurde ferner auf den „jahrelang schwebenden Rechtsstreit" mit dem Land Berlin um das Haus verwiesen. Das Bundesverwaltungsgericht habe den Fall an das Oberverwaltungsgericht zurückverwiesen, nachdem dieses Gericht den Abriß abgelehnt hatte. (Ts)

Festnahmen nach Ausschreitungen im Berliner Stadtteil Kreuzberg

Rt. BERLIN, 27. Dezember. Im Berliner Stadtteil Kreuzberg ist es in der Nacht zum 25. Dezember zu Ausschreitungen gekommen. Wie die Polizei mitteilte, haben etwa sechzig Personen kurz nach Mitternacht versucht, ein leerstehendes Haus zu besetzen. Als die Polizei anrückte, seien in unmittelbarer Nähe des Gebäudes Straßensperren aus umgeworfenen und angezündeten Bauwagen errichtet. Polizeibeamte und Feuerwehrleute mit Steinen beworfen worden. Die 150 eingesetzten Beamten konnten gegen drei Uhr die Ruhe wiederherstellen; 26 Randalierer wurden vorläufig festgenommen. In einer Stellungnahme des Berliner Landespolizeidirektors hieß es, durch schnelles und konsequentes Einschreiten sei es gelungen, die sich anbahnenden Ausschreitungen in kürzester Zeit zu unterbinden. Hausbesetzungen würden auch in Zukunft nicht hingenommen. SZ 28.12.

Haftbefehl erlassen

Gegen einen an den Kreuzberger Ausschreitungen in der Nacht zum Freitag Beteiligten ist Haftbefehl erlassen worden. Das teilte die Polizei mit. 25 andere Personen waren vorübergehend festgenommen worden. Etwa 60 Beteiligte hatten Polizeibeamte mit Steinen beworfen, Bauwagen umgestürzt, sie zum Teil in Brand gesetzt und an anderen Orten in Kreuzberg Hindernisse errichtet. Auch Feuerwehrleute wurden beim Löschen der brennenden Bauwagen durch Steinwürfe behindert. Auslöser der Zwischenfälle war unbefugtes Betreten des früher besetzten Hauses Reichenberger

Kreuzberger Weihnachtsgeschichte

26 Festnahmen nach erneuter Besetzung der Reichenberger Str. 63a zum Weihnachtsfest / Seit zehn Jahren Kampf gegen Spekulanten / Oberverwaltungsgericht entschied: Wenn nicht genug Profit gemacht wird, darf der Eigentümer abreißen

In der »Heiligen« Nacht vom 24. zum 25. Dezember 87 wurde das leerstehende Haus Reichenberger Str. 63a erneut besetzt. Obwohl das Haus bereits mehrere Tage lang observiert wurde, gelang es einer größeren Gruppe, ins Haus zu kommen. Aus der geplanten Weihnachtsfete mit den 100 bis 150 UnterstützerInnen vor dem Haus wurde aber nichts: Die eiligst von den privaten Gabentischen zusammengetrommelte Polizei räumte gegen 1.30 Uhr und nahm sieben BesetzerInnen wegen »Gefahr im Verzug« fest. Eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch und damit ein Räumungstitel lag nicht vor.

Im Hof mußten die BesetzerInnen, zu zweit mit Handschellen aneinandergefesselt, rund zwei Stunden lang mit erhobenen Armen gegen die Wand stehen bleiben. Erst dann wurden sie abtransportiert und nach einer »Gegenüberstellung« am frühen Weihnachtsfeiertag freigelassen.

Hatten die BesetzerInnen noch den Eindruck, daß das Räumkommando bis auf verbale Provokationen »relativ zurückhaltend« auftrat, machten die SympathisantInnen vor dem Haus ganz andere Erfahrungen.

Im Zuge der Räumung auch vor dem Haus und der Straßenkreuzung flogen Steine und wurden mehrere Bauwagen umgestürzt. Am Spreewald brannte eine kleine Barrikade aus Hausmüll. Die anrückenden Beamten stürmten die Szenekneipe »Madonna«. Augenzeugen berichten, daß der Barkeeper sofort brutal niedergemacht wurde, wie auch andere Kneipenbesucher: »Die haben mindestens drei bis vier Leute aus dem 'Madonna' rausgezerrt und noch auf dem Bürgersteig getreten und geknüppelt.«

Seit zehn Jahren ist die »Reiche« Spekulationsobjekt mit besonderem Charakter. 1977 wurde es von Heymann & Kreuels zwecks Abriß und Neubau von »Sozialwohnungen« gekauft. Die Eigentümer klagen seit 1979 um die Abrißgenehmigung für den Seitenflügel, die Farbik und das Vorderhaus. 1984 wurde der Seitenflügel als letztes besetztes Haus in Kreuzberg geräumt, als Reaktion darauf die »IBA-Ausstellung« im »SO 36« und im Schlesischen Tor besetzt. Der letzte Bewohner des Vorderhauses gab Anfang 87, nach dem strengen Winter, auf: Dringende Reparaturen konnte auch das Bezirksamt nicht durchsetzen. Aber es verweigert die Abrißgenehmigung. Der Prozeß, den Heymann & Kreuels seitdem führen, ist inzwischen beim Oberverwaltungsgericht. Das erteilte dem Bezirksamt die Auflage, den Eigentümern vorzurechnen, wie nach einer freifinanzierten Instandsetzung bzw. Modernisierung das Haus renditeträchtig zu bewirtschaften sei. Ansonsten garantierten Abriß und die Subventionen im Sozialen Wohnungs-Neubau das gewünschte Geschäft. Gerichtlich abgesegnet. — Andere Interessen, z.B. billiger Wohnraum, oder Städtebau, fallen nicht ins Gewicht.

Nach der Kreuzberger »Kiezdemo« am 14.11.87 war die »R63A« symbolisch wiederbesetzt worden — als die Wannen anrückten, war niemand mehr im Haus. Am Nachmittag des 24. Dezember startete man eine »Scheinbesetzung«, in der Hoffnung, von der »richtigen Aktion« abends abzulenken und diese länger und erfolgreicher durchzuführen.

Von den insgesamt 26 Festgenommenen wurden 13 (incl. sieben BestzerInnen) in der Friedrichstraße einer sogenannten »Gegenüberstellung« vorgeführt. Vorwurf: »Schwerer Landfriedensbruch«. So sollten die BesetzerInnen gemeinschaftlich einen Bauwagen in der Wiener Straße umgekippt und den Landfrieden schwer gebrochen haben, zu einer Zeit, als sie nachweislich gefesselt im Polizeigewahrsam im Hof der Reichenberger Str. 63a standen. Nichtsdestotrotz wurden die Vorgeführten von den Zeugen als »Täter« identifiziert. Eine Zeugin sei anscheinend so betrunken gewesen, daß man sie stützen mußte. Aber nicht nur Zeugen, auch die prügelnde Besatzung der Mannschaftswagen wurde von Passanten der Wiener Straße verdächtigt: »Die waren ganz schön blau.« Einer der Festgenommenen sitzt auch nach dem Haftprüfunstermin wegen »schweren Landfriedensbruchs« noch ein. *taz*

BESETZT

3.50 DM

Fotos von uns und vom Südostexpress